

THE ASPEN INSIGHT

Heute schon wissen, was morgen bewegt

SAMSTAG, 21. OKTOBER 2025 | NR. 1

GRATIS | 0,00 EURO

Chinesische Volksarmee in Gefechtsbereitschaft

China entsendet seinen Flugzeugträger „Shandong“ ins Rote Meer und kündigt Vergeltungsschläge gegen den Iran an. Der Mittlere Osten steht vor einem Flächenbrand.

WELT ▶ Seite 2



Bild: MC2 Sean M. Castellano/CC BY 2.0, modified

Chinesischer Flugzeugträger „Shandong“ in Kampfbereitschaft

WELTPOLITIK China entsendet seinen Flugzeugträger „Shandong“ ins Rote Meer und kündigt Vergeltungsschläge gegen Teheran an. Tags zuvor hatte Peking Beweise zum Einsatz der radiologischen Bombe vorgelegt, die vergangenen Freitag in der chinesischen Hauptstadt mehr als 120 Tote und fast 1.000 Verletzte gefordert hatte.

Peking. In einer landesweiten Fernsehansprache erklärte Chinas Staats- und Regierungschef Xi Jinping gestern Abend, seiner Regierung lägen „unwiderlegbare Beweise“ vor, wonach die mit Plutonium-238 bestückte „schmutzige Bombe“ von Uiguren gezündet worden sei. Die Uiguren sind ein mehrheitlich muslimischer Volksstamm in der nach Unabhängigkeit strebenden Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas.

Nach dem Anschlag am vergangenen Freitag war in Peking eine Massenpanik ausgebrochen, die Dutzende weitere Tote gefordert hatte. Infolge des Anschlags brachen weltweit die Börsenkurse ein; der Deutsche Aktienindex (DAX) sackte gestern am dritten Tag in Folge um mehr als 500 Punkte ab.

Laut Präsident Xi handele es sich bei den beiden Attentätern vom Freitag um den 23-jährigen Mahdi U. aus

Kashgar sowie seinen zwei Jahre älteren Bruder Hassan. Beide Täter lebten seit Juni 2023 mit falschen Identitäten im Iran und seien in der Nähe von Nathan von Spezialeinheiten der Revolutionären Gardien auf ihre Mission vorbereitet worden. Mithilfe des iranischen Auslandsgeheimdienstes VAJA seien Bombe wie Attentäter vergangene Woche über den nur schwer zu kontrollierenden Landweg nach China eingeschleust worden.

Teherans Außenminister Hassan al-Sistani wies indes alle Vorwürfe zurück und erklärte am frühen Morgen: „Das in Peking verwendete Plutonium-238 kann schon deshalb nicht aus dem Iran kommen, weil alles spaltbare Material seit dem Nuklear-Abkommen vom Juli 2015 unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde steht.“ Teheran verlangt die Einsetzung einer internationalen Ermittlungskommission

zur Aufklärung des Terrorangriffs und warnte Peking vor voreiligen Schritten.

Russlands Präsident Putin schloss sich der Forderung Teherans an. Putin erklärte am Rande der Feierlichkeiten zur 25. Wiederkehr seiner Amtseinführung, die chinesische Führung wolle mit ihren Drohungen lediglich von inneren Problemen ablenken und lanciere deshalb ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver. In den sozialen Medien kursieren bereits Spekulationen, wonach das Plutonium-238 womöglich aus Russland stammen könnte.

Xi hatte in seiner abendlichen Ansprache angekündigt, China sei entschlossen, diesen „feigen, kriegerischen Akt“ zu vergelten; er habe Teile der Volksarmee in Gefechtsbereitschaft versetzt und den Flugzeugträger „Shandong“ ins Rote Meer entsandt. ▶ Seite 2

Einer Demontage der Weltwirtschaftsordnung sehen wir nicht tatenlos zu.

UN-Generalsekretärin Angela Merkel ▶ Seite 6

HEUTE

Silicon Valleys Hochverrat

Gemeinsame Sache mit dem Terrornetzwerk „Schias Erweckung“

Politik ▶ Seite 4

Kreative Diplomatie

Steckt Vladimir Putin hinter Deutschlands WM-Titelverteidigung?

Politik ▶ Seite 5

Interview mit Barack Obama

Der amerikanische Ex-Präsident fordert „völlig neuen Gesellschaftsvertrag“

Weitblick ▶ Seite 8–9

BÖRSE INTERNATIONAL

Leitindex DAX Angaben in Punkten



WETTER



The Aspen Insight – eine fiktive Zeitung aus dem Jahr 2025 – ist ein Projekt des Aspen Instituts Deutschland. Sie basiert auf den Ergebnissen eines internationalen Szenario-Workshops zur Zukunft der liberalen Weltordnung.

The Aspen Institute | Deutschland

► FORTSETZUNG VON SEITE 1



Chinesische Jagdbomber vom Typ J-15: Sie würden im Ernstfall Einsätze gegen Ziele im Iran fliegen

Das chinesische Jahrhundert

Chinas Aufstieg zur geostrategischen Großmacht

WIRTSCHAFT

- 2001** Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO
- 2009** Eröffnung der schnellsten Hochgeschwindigkeitsbahn der Welt zwischen Wuhan–Guangzhou
- 2014** China ist nach Kaufkraft die größte Volkswirtschaft der Welt

WELTRAUM

- 2003** Erster bemannter Raumflug Chinas
- 2007** Chinesische Volksarmee testet 535 Meilen über der Erde erstmals erfolgreich eine Anti-Satelliten-Rakete
- 2012** Start der Weltraumstation Tiangong I

SPORT

- 2004** Erstes Formel-1-Rennen in Shanghai
- 2008** Olympische Sommerspiele in Peking

SICHERHEIT

- 2009** Chinas Online-Spionage-Dienst GhostNet wird entlarvt (operativ in mehr als 200 Ländern)
- 2012** Indienststellung des Flugzeugträgers „Liaoning“
- 2018** China verhandelt mit Nord-Korea einen Atomwaffenverzicht, koreanische Halbinsel wird atomwaffenfreie Zone
- 2019** China annektiert die Senkaku-Inseln im Ost-Chinesischen Meer; Wiederaufnahme unterirdischer Atomwaffentest
- 2025** Intervention im Nahen Osten; China entsendet Flugzeugträgergruppe ins Rote Meer
- 2013** Beginn der „Neuen Seidenstraße“-Initiative (One Road, One Belt)
- 2021** Wiedervereinigung Chinas mit der Republik Taiwan
- 2023** Eröffnung der „Neuen Seidenstraße“ in Peking, Singapur, Kalkutta, Karachi, Dar es Salam, Athen, Istanbul, Rotterdam und Hamburg
- 2024** China erreicht als Unterhändler die Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas; die Republik Korea wird neutral; Abzug der amerikanischen Truppen

KURZ UND KNAPP

Das 20. Jahrhundert gilt als das „Amerikanische Jahrhundert“; die von den USA dominierte Weltordnung als „Pax Americana“. Wird das 21. Jahrhundert zum „Chinesischen Jahrhundert“? Und wie würde wohl eine „Pax Sinica“ – eine chinesische Weltordnung – aussehen?

Diskutieren Sie mit unter: www.aspen-insight.de Denn Ihre Meinung zählt.

Eskalation im Mittleren Osten

WELTPOLITIK China kündigt Vergeltungsschläge gegen Teheran an

► Fortsetzung von Seite 1 Der Träger, der erst vor wenigen Jahren in Dienst genommen wurde, hat 36 J-15-Jagdbomber an Bord sowie Aufklärungshubschrauber vom Typ Kamow Ka-31. Dem maritimen Großverband gehören ferner zwei Fregatten, zwei Zerstörer sowie drei atomgetriebene U-Boote an. Alle Kampfschiffe verfügen über modernste Lenkwaffensysteme.

Xi erklärte am Abend weiter, er sei mit dem saudischen König Mohammed bin Salman al-Saud überein gekommen, dass China so bald wie möglich dem „Anti-Terror-Pakt“ (ATP) beitreten werde. Der ATP wird von Saudi-Arabien und Ägypten angeführt und hat die Zerschlagung schiitischer Terrornetzwerke zum Ziel, die nachrichtendienstlichen Quellen zufolge von Teheran aus gesteuert werden. Dem Pakt gehören auch Jordanien sowie die Golfstaaten Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate an. Faktisch ist der ATP damit zum Militärbündnis des sunnitischen Islams geworden.

Vermittlungsversuche von UN-Generalsekretärin Angela Merkel verhallen indes unbeantwortet. Seit Jahren ist der UN-Sicherheitsrat bloß ein mattes Abbild einer tief gespaltenen Welt – daran hat auch die Auf-

nahme neuer ständiger Mitglieder im September 2021 (darunter Deutschland) nichts geändert.

Während das saudische Königshaus die Entschlossenheit Pekings begrüßte, mahnte Berlin zur Besonnenheit. Bundeskanzlerin Ursula von der Leyen sagte gegenüber dem Berliner Tagesspiegel: „Es steht nicht weniger als der Weltfrieden auf dem Spiel. All unsere Bemühungen müssen sich nun darauf richten, die Lage zu deeskalieren.“ Von der Leyen und die französische Präsidentin Marine Le Pen werden im Laufe des morgigen Tages in Riad erwartet, um die Lage mit dem saudischen König zu erörtern.

Deutschland und Frankreich sind die wichtigsten europäischen Partner im „Anti-Terror-Pakt“. Seit dem militärischen Rückzug der USA aus der Region bündeln die Europäer ihr sicherheitspolitisches Engagement unter dem Dach des ATP – dem neben den Führungsnationen Deutschland und Frankreich auch Großbritannien, Italien und die Niederlande angehören. Die ATP-Militäroperationen werden jedoch von der saudischen Armee koordiniert – eine Lehre aus den gescheiterten Militärinterventionen des Westens in den 2000er Jahren. Dank lang-

jähriger US- und EU-Rüstungsexporte ist das saudische Militär – neben den israelischen Verteidigungstreitkräften – schlagkräftigsten konventionellen Streitmacht in der Region aufgestiegen.

Neuordnung des Mittleren Ostens

Dem Bündnis steht eine Zweck-Allianz ungleicher Regionalmächte gegenüber: Die sogenannte „Astana Allianz“, bestehend aus dem Iran, Russland und der Türkei. Seit dem Zerfall der Sykes-Picot-Ordnung als Folge des syrischen Bürgerkrieges strebt die „Astana Allianz“ eine Neuordnung des Mittleren und Nahen Ostens an. Während es dem Iran dabei vor allem um ideologische Deutungshoheit im inner-islamischen Konflikt geht – und damit um politische Vorherrschaft –, nutzt Russland die Allianz mit dem Mullahs zum Ausbau der Eurasischen Wirtschaftsunion – gleichsam als strategisches Gegenprojekt zu Chinas „Neuen Seidenstraße“. Und Erdogans Türkei kann sich im Kampf gegen die Unabhängige Republik Kurdistan der Duldung Moskaus und Teherans gewiss sein.

Seit der Dreiteilung des Iraks entlang ethnisch-religiöser Siedlungsgebiete kommt der „Astana Allianz“ eine Schlüsselposition

in der Region zu: Zwar ist Saudi-Arabien Garantemacht der neu geschaffenen Volksrepublik Sunnistan. Doch während der Iran dieselbe Rolle gegenüber der Islamischen Republik Schiastan einnimmt, ist die Haltung Ankaras gegenüber der Unabhängigen Republik Kurdistan bestenfalls ambivalent.

Zugleich ist mit der Aufteilung des Irak ein vorgerückter Posten Teherans entlang des Sunnitischen Dreiecks entstanden, der nicht nur die Existenz Israels bedroht, sondern bereits zu direkten militärischen Auseinandersetzungen zwischen iranischen und saudischen Streitkräften geführt hat. Seitdem ist der Ölpreis auf über 150 US-Dollar pro Fass gestiegen – Tendenz weiter steigend.

Sollte nun auch China in der Konfliktregion militärisch eingreifen, könnte dies nicht nur einen Flächenbrand auslösen, sondern auch zu einer weltweiten Wirtschaftskrise führen. Kriegsgewinnler wäre dann Russland: Das Land verfügt über die größten nachgewiesenen Öl- und Gasvorkommen. Gelingt es Moskau, sich nicht in einen großen Konflikt entlang seiner Südgrenze hineinziehen zu lassen, dann könnte Putins Strategie „divide et impera“ am Ende aufgehen.

Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller

ASTANA-ALLIANZ Iraks Neuordnung erweist sich als Fehlschlag

Erbil. Das Pariser Zug-Attentat von vorletzter Woche reiht sich ein in eine Serie schwerer Attentate, die Frankreich seit dem Amtsantritt von Marine Le Pen im Mai 2022 erschüttert haben. Zu allen elf Attentaten, denen in Marseille, Nizza, Cannes, Biarritz, Saint-Tropez, Toulouse und Paris 1240 Menschen zum Opfer fielen, hat sich das sunnitische Kalifat bekannt.

Seitdem hat sich eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt entwickelt, aus der es kein Entrinnen zu geben scheint: Während die französische Luftwaffe seit mehr als anderthalb Jahren von Jordanien aus Sunnistan bombardiert – jenen Landesteil der 2021 geschaffenen Kurdisch-Islamischen Föderation Irak, von dem aus das sunnitische Kalifat operiert –, häufen sich die Attentate in Frankreich. Und sie werden von Tag zu Tag folgenschwerer; nach dem Zünden einer schmutzigen Bombe in Peking (► siehe Seite 1), rechnet der französische Geheimdienst DGSE nun auch mit ähnlichen Anschlägen in Frankreich.

Zugleich verschärft sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten zunehmend. „Die Gründung der Kurdisch-Islamischen Föderation Irak hat sich als Pyrrhus-Sieg erwiesen“,

urteilt Wolf Perthesen, Sondergesandter von UN-Generalsekretärin Angela Merkel für den Mittleren und Nahen Osten. „Die Aufteilung des alten Irak in autonome Teil-Republiken hat zu einer Situation geführt, in der alle großen Regionalmächte ihren Teil vom irakischen Kuchen für sich beanspruchen“, erklärt der Nahost-Experte. Perthesen war seinerzeit EU-Unterhändler und hatte das „Abkommen von Astana“ verhandelt, das im Mai 2021 auf Betreiben des Astana-Quartetts (Russland, Türkei, Iran und die USA) zur Gründung der Islamisch-Kurdischen Föderation Irak geführt hatte. Während sich die USA weitgehend aus der Region zurückgezogen haben, führt die Türkei im Nordwesten des Landes Krieg gegen das Autonome Kurdistan; zugleich macht sich Teheran mithilfe schiitischer Milizen Schiastan gefügig. Und im Westen des Landes – dem heutigen Sunnistan – regiert das sunnitische Kalifat. Ohne massive Unterstützung aus Riad wäre der Wüstenstaat wohl kaum überlebensfähig. Zugleich hält Russland den Konflikt in Syrien weiter am Köcheln, um Teheran und Ankara im Zweistromland nicht allzu dominant werden zu lassen.

Mit der vermeintlichen Neuordnung des Iraks hat sich die EU in eine Sackgasse manövriert – doch das sagt Perthesen nur hinter vorgehaltener Hand. Weil sich alle großen Regionalmächte als Schutzmächte unterschiedlicher ethnischen Gruppen verstehen,



Die Kurdisch-Islamische Föderation Irak nach dem Teilungsplan von Astana

besteht die Gefahr eines ausgeweiteten Regionalkonflikts“, warnt Perthesen. Es sei völlig unklar, wie die Staatengemeinschaft diesen Gordischen Knoten zerschlagen wolle.

Klar ist indes, wer von dieser Dauerkrise profitiert: Russlands Autokrat Vladimir Putin

und der türkische Diktator Recep Erdogan. Denn über die östliche Kontinentalroute führen die Türkei und Russland seit Jahren systematisch kurdische und syrische Kriegsflüchtlinge nach Mitteleuropa. Ihr Ziel: Die Destabilisierung der Europäischen Union.

Migration destabilisiert deutsches Sozialsystem



Bild: flickr/Die Linke

KOMMENTAR

Notfalls mit Waffengewalt

Von Corinna Crass

Die fragile Sicherheitslage in Frankreich hat eine Diskussion über verschärfte Maßnahmen zur Grenzsicherung ausgelöst. Während die vorübergehende Schließung der Landgrenzen nach terroristischen Anschlägen zum Ritual vieler EU-Länder geworden ist, hat Frankreichs Innenminister Claude de Bastille nun eine Debatte losgetreten, die das Land entzweit. Es geht um die Frage, ob zum Schutz der Außengrenzen – genauer: zur Verhinderung illegaler Migration – von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden darf.

De Bastilles Äußerung, notfalls müsse „dem Gesetz mit Waffengewalt Nachdruck verliehen werden“, ist eine gezielte Provokation. Während Menschenrechtsgruppen Sturm laufen, stößt der französische Innenminister in Kreisen der regierenden Front Nationale auf breite Zustimmung. Bezeichnend ist, dass sich Frankreichs Präsidentin Marine Le Pen bislang noch nicht zu Wort gemeldet hat. Ihr Schweigen kann als stille Zustimmung zu einer Debatte verstanden werden, die das Zeug zur Aushöhlung jener Prinzipien und Grundrechte hat, auf denen bislang die Fünfte Republik ruhte – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Nach dem Urteil des Conseil constitutionnel, Frankreichs Verfassungsgericht, das die dauerhafte Internierung von illegalen Flüchtlingen in sogenannten „Transitzentren“ erlaubt, ist die Debatte über den Schusswaffengebrauch an Frankreichs Außengrenzen die nächste Stufe zum Umbau Frankreichs in einem semi-autoritären Polizeistaat. Ein Schießbefehl an Frankreichs Außengrenzen würde das politisch-moralische Ende der „Grande Nation“ bedeuten.

Obwohl die französische Küstenwache das Gros der Flüchtenden auf hoher See abfängt und zurück nach Nordafrika bringt, dringen tagtäglich Dutzende Boote in französische

Über die östliche Landroute schleusen Russland und die Türkei jährlich bis zu zwei Millionen Flüchtlinge nach Deutschland

MIGRATION Bund und Gemeinden werden 2026 rund 82 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen aufbringen müssen.

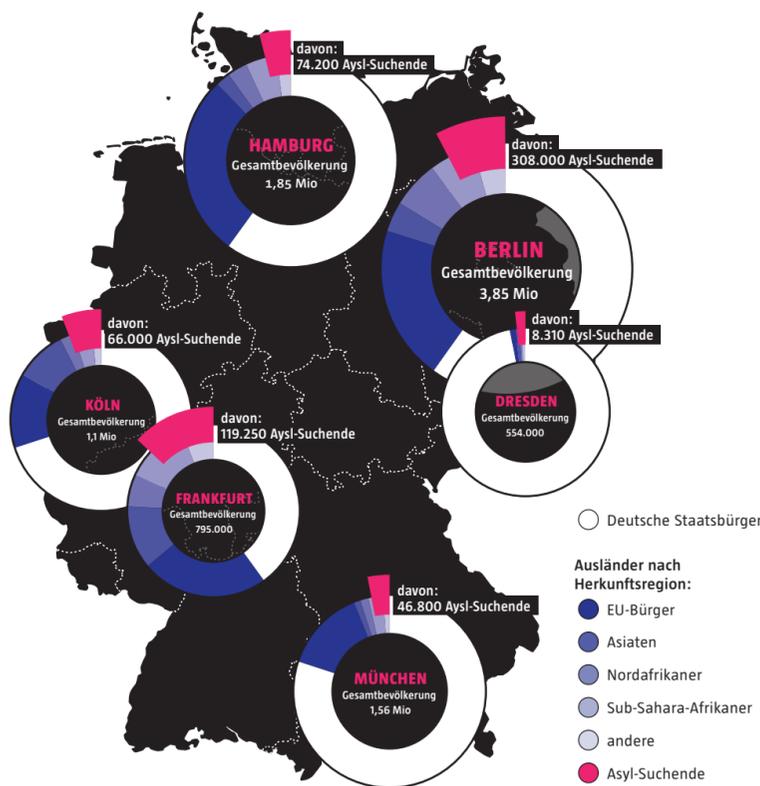
Die seit fast einem Jahrzehnt anhaltende Massenflucht bringt das deutsche Sozialsystem zusehends an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Seit dem Wahlsieg Marine Le Pens hat sich die Lage nochmals verschärft, verweigert Frankreich doch mit dem Hinweis auf die soziale und Sicherheitslage im Land jegliche Aufnahme von Flüchtlingen. Durch die nun erfolgte Grenzschließung kommt die französische Präsidentin ihrer Vision von Europa wieder ein Stück näher. Denn was die 57-jährige nach ihrem spektakulären Wahlerfolg im Mai 2022 prophezeit hatte, ist nun in greifbarer Nähe gerückt: ein isolationistisches und nationalistisches Frankreich.

Kanzlerin von der Leyen hat sich dieser Isolationspolitik bislang widersetzt – gegen den massiven Widerstand aus den eigenen Reihen. CDU-Sozialpolitiker halten der Kanzlerin seit langem vor, mit ihrem einwanderungsfreundlichen Kurs nicht nur die Sozialkassen zu plündern, sondern auch die Kommunen an den Rand ihrer Integrationsfähigkeit zu bringen. Tatsächlich sind in den zurückliegenden Jahren am Rande fast jeder deutschen Großstadt Container-Siedlungen entstanden, um die in den 2020er Jahren rund 8,5 Millionen Geflüchteten unterzubringen.

Der jüngst vorgelegte Bundeshaushaltsentwurf für das Jahr 2026 sieht denn auch Bundeszuschüsse für Länder und Gemeinden in Höhe von 38,7 Milliarden Euro vor; die Bundesländer werden ihrerseits im kommenden Jahr 43,1 Milliarden Euro zur Versorgung der Flüchtlinge aufbringen müssen. Zum Vergleich: Vor 10 Jahren – 2015/16 auf dem Höhepunkt der ersten Flüchtlingswelle – mussten Bund, Länder und Gemeinden gerade einmal 20 Milliarden Euro aufbringen.

Diese Kosten gehen weitgehend zu Lasten des Soziallebens, was angesichts der schwächelnden Wirtschaft eine immense Belastung für den sozialen Zusammenhalt im Land darstellt. „An die Integration von Flüchtlingen ist schon lange nicht mehr zu denken“, heißt es aus dem Umfeld des scheidenden Bundesinnenministers. „Wir sind froh, wenn wir die Menschen einigermaßen würdig unterbringen und vor gewaltsamen Übergriffen aus der Bevölkerung schützen können.“

Die Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre hatte sich auch im Ergebnis der Bundestagswahlen niedergeschlagen: Beim Urnengang vor vier Wochen war das nationalistische Wahlbündnis „Deutschland den Deutschen“ auf 20,4 Prozent der Wählerstimmen gekommen. Da die etablierten Parteien bislang keine Einigung über ein mögliches Regierungsbündnis erzielen konnten, ist eine Regierungsbeteiligung des Rechtsbündnisses wahrscheinlich.



Grafik: Anteil der Ausländer und Asyl-Suchenden in Bezug auf die Gesamtbevölkerung deutscher Städte (2025) Grafik: smr

„FRÜHER WAR DIE ZUKUNFT AUCH BESSER.“
Karl Valentin

Hoheitsgewässer ein. Drehen sie trotz Aufforderung der Küstenwache nicht ab, müssen sie fortan mit Beschuss rechnen. Das geht aus einem Geheimpapier der für die Küstenwache im Mittelmeer zuständigen Gendarmerie maritime in Toulon hervor, das „Aspen Insight“ von einer anonymen Quelle zugespielt wurde. Es wird als authentisch eingestuft. Danach sei es bereits mehrfach für Beschuss von Flüchtlingsbooten innerhalb der 70 Seemeilen umfassenden „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ (AWZ) gekommen.

Amnesty International hat eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) angekündigt. Die scheidende Bundesregierung will sich einer Klage vor dem EGMR anschließen, sollte es zwischen Berlin und Paris nicht zu einer politischen Einigung über die einheitliche Behandlung von Flüchtlingen kommen.

Das kann indes ausgeschlossen werden, denn nach dem Bombenattentat von Paris haben Le Pen und der Front National die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Frankreich habe das Recht, so Le Pen, seine Freiheit und seine nationale Identität zu verteidigen. Notfalls mit Waffengewalt.

Sollte künftig in Berlin das Rechtsbündnis „Deutschland den Deutschen“ mit am Kabinettschiff sitzen, dürfte die Debatte um die Behandlung von Flüchtlingen auch hierzu-lande an Radikalität gewinnen.

IN EIGENER SACHE

Die vorliegende „Zeitung aus der Zukunft“ ist das Ergebnis eines dreitägigen Szenarien-Workshops, den das Aspen Institut im Mai 2017 zur Frage veranstaltete, wie unsere Weltordnung im Jahre 2025 aussehen könnte.

Der unerwartete Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und die überraschende Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten haben zu einer tiefgreifenden Verunsicherung geführt, stellen diese Ereignisse doch die Welt, wie wir sie kennen, von Grund auf in Frage. Während Länder wie China und Russland schon lange unzufrieden sind mit der vom Westen geprägten Nachkriegsordnung, so steht diese Ordnung in jüngster Zeit vor ganz neuen Herausforderungen: In Europa wachsen die Zweifel an der

The Aspen Insight – Ein Projekt des Aspen Instituts Deutschland

EU, Populisten gewinnen an Einfluss, die Ausläufer der globalen Finanzkrise wirken nach, Kriege und Staatszerfall kennzeichnen die Nachbarschaft unseres Kontinents. Zugleich vollziehen sich in allen Lebensbereichen umfassende technologische Entwicklungen – und das in atemberaubender Geschwindigkeit.

Um den Langzeitfolgen dieser Entwicklungen auf den Grund zu gehen, versammelte das Aspen Institut Deutschland 24 Experten aus 17 Ländern, darunter Vertreter aus den USA, China, Russland, der Ukraine, Ägypten, Kenia, der Türkei sowie der Europäischen Union. Ihre Aufgabe war es, den wichtigsten Triebkräften und Trends der Gegenwart, aber auch den leisen Veränderungen nachzuspüren – und mutig nach vorne zu denken. Dabei geht es nicht darum, die Zukunft vorauszusagen, sondern mögliche und plausible Szenarien der Welt im Jahre 2025 zu entwerfen. Das Er-

gebnis sind eine Reihe denkbarer Zukunftsbilder zu Themen wie Sicherheit, Terrorismus, Handel und wirtschaftliche Entwicklung sowie Migration und Wanderungsbewegungen. Sie skizzieren zwei mögliche Welten: Eine sich positiv entwickelnde, kooperierende Welt und eine von Krisen und Machtkämpfen geschüttelte Welt.

Diese Szenarien bilden den Stoff, aus dem der „Aspen Insight“ entstanden ist. Die Artikel erzählen Geschichten unserer Welt, wie sie sich in den kommenden sieben Jahren entwickeln könnte. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind rein zufällig. Zukünftige Ereignisse, Allianzen sowie Funktionen realer Personen sind konstruiert. Informationen, die Personen des öffentlichen Lebens zugeschrieben werden, sind neu kontextualisiert bzw. dienen als Ausgangspunkte, um sie als Geschichten in die Zukunft fortzuschreiben.

Die beiden skizzierten Welten

spiegeln sich auch im Layout wieder. So kann die Zeitung von zwei Seiten gelesen werden: „Von vorn“ gelesen, präsentiert sie das positive Szenario, „von hinten“ gelesen, das negative. Die unterschiedliche Aufmachung und Gestaltung der beiden Zeitungsversionen komplementiert diese denkbaren, aber gegensätzlichen Welten auch atmosphärisch.

Ziel des Projekts ist es, anschaulich vor Augen zu führen, dass beide Szenarien eine reale Möglichkeit, aber keine Zwangsläufigkeit darstellen. Es will Entscheidungsträger und Bürgern gleichermaßen bewusst machen, dass unsere Entscheidungen und unser Handeln – aber auch unsere Unterlassungen – Konsequenzen haben. Es will ermutigen, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und Zukunft aktiv mitzugestalten. Denn Zukunft geschieht nicht einfach – sie ist das Ergebnis der Summe unserer Taten und Versäumnisse.

Die Leitung des Projekts hatte Dr. Anna Kuchenbecker, stellvertretende Direktorin des Aspen Instituts. Die methodische Betreuung und Redaktion lagen bei Dr. Oliver Gnad vom Bureau für Zeitgeschehen.

Das Aspen Institut dankt der Lotto Stiftung Berlin für ihre umfassende Förderung des Projekts, das Teil des von der Stiftung geförderten Berliner Transatlantik Forums ist. Ferner gilt unser Dank der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die den „Aspen Insight“ großzügig unterstützte sowie dem Bureau für Zeitgeschehen, ohne dessen tatkräftige Kooperation der Aspen Insight nicht entstanden wäre.

Schließlich danken wir den Art-Direktoren Andreas Strack und Melanie Haamann von der Agentur Schumacher – Brand + Interaction Design in Darmstadt für die kreative Gestaltung und optische Inszenierung des Projekts.

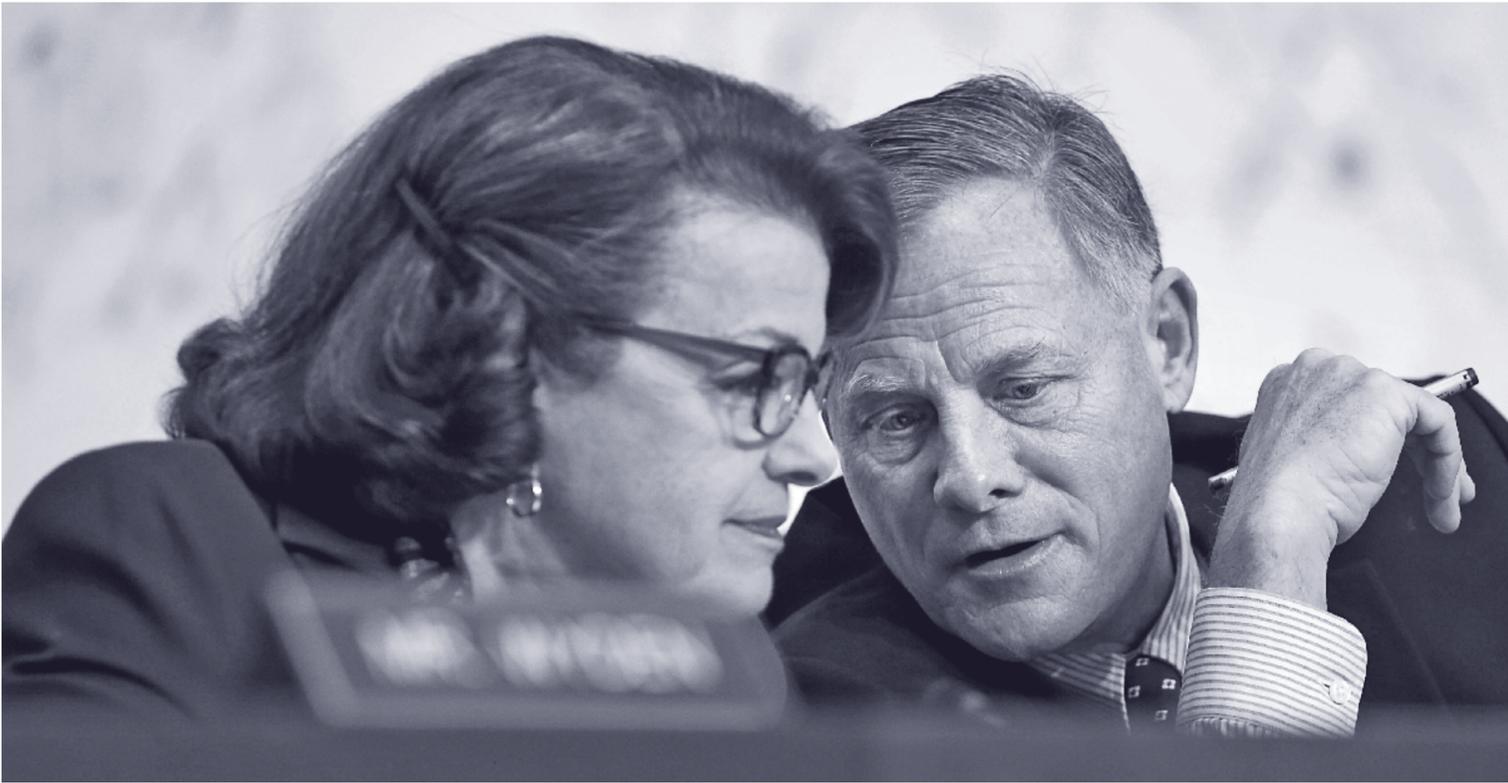


Bild: picture alliance/AP Photo

US-Sonderermittler Steven Snoops (rechts) am vergangenen Donnerstag bei der Anhörung des US-Senatsausschusses zur Aufklärung der Navigate-Affäre

Navigate: Silicon Valleys Hochverrat im Cyber-Space

SICHERHEIT US-Sonderermittler Snoops deckt Verschwörung zwischen Silicon Valley und der pro-iranischen Terrororganisation „Schias Erweckung“ auf

Washington. Im Fall um Verbindungen US-amerikanischer Software-Unternehmen mit internationalen Terrororganisationen spricht der amerikanische Sonderermittler Steven Snoops mittlerweile von einem „pro-iranischen Terrornetzwerk, das unsere nationale Sicherheit untergräbt“. Dagegen nehme sich der Verrat der Atombombe durch Julius und Ethel Rosenberg Anfang der 1950er Jahre wie ein „Lausbubenstreich“ aus, so Snoops gestern vor Pressevertretern in Washington.

Als Snoops vor zwei Jahren seine Ermittlungen gegen Firmen aus dem Silicon Valley aufnahm, ging es lediglich um den Verdacht, dass es dem pro-iranischen Terrornetzwerk „Schias Erweckung“ gelungen sein könnte, Datenbanken des amerikanischen Geheimdienstes NSA zu manipulieren. Der Fall war im Zuge der Überprüfung des mysteriösen Todes von NSA-Direktor Richard P. Allsight aufgedeckt worden. Allsight war im Herbst 2023 beim Absturz seines autonom fliegenden Helikopters ums Leben gekommen. Untersuchungen hatten seinerzeit ergeben, dass der Unfall durch einen Virus in der Navigationssoftware verursacht worden war.

„Wir gehen mittlerweile davon aus, dass NSA-Direktor Allsight einem Attentat zum Opfer gefallen ist“, erklärte Snoops vergangene Woche vor dem Untersuchungsausschuss des US-Senats. „Das FBI ermittelt in alle Richtungen.“ So sind vorgestern Nacht in einer großangelegten Razzia die Entwicklungszentren der amerikanischen Software-Riesen Navigate und Encryptech durchsucht worden. Die Staatsanwaltschaft hat Haftbefehle gegen die Technikvorstände und die Leiter der Entwicklungsabteilungen beider Unternehmen ausgestellt. Während Navigate für die Steuerungssoftware der autonom fliegenden Helikopter im Dienst der NSA zuständig ist, verantwortet Encryptech die Verschlüsselung der Flugdaten. Beide Systeme kommen auch an Bord von „Marine One“, dem Helikopter von US-Präsident Mike Pence zur Anwendung.

Der Verdacht: Obwohl Navigate und Encryptech schon lange von Sicherheitslücken in ihren Software-Anwendungen wussten, seien diese erst nach Allsights Tod geschlossen und ein Vertuschungsversuch unternommen worden. Doch womöglich reicht der Skandal noch viel tiefer. „Aspen Insight“ sind Dokumente zugespielt worden, wonach es in Silicon Valley seit Jahren ein Netzwerk organisierter Kriminalität von globaler Reichweite gibt, das auch Verbindungen zu



Überreste des autonomen Helikopters von Ex-NSA-Direktor Allsight (2023) Bild: pexels/CC0

iranischen Terrorzellen unterhält. Die Unterlagen sind an die Strafverfolgungsbehörden weitergereicht worden; das FBI hat keinen Zweifel an ihrer Authentizität. Demnach haben Navigate und Encryptech seit 2019 hohe Milliardenbeträge über amerikanische Tarnfirmen der islamistischen Terrorvereinigung „Schias Erweckung“ erhalten und im Gegenzug Sicherheitslücken in sicherheitsrelevante Anwendungen hineinprogrammiert. Hinter der Terrorvereinigung „Schias Erweckung“ steht nach Geheimdienstkenntnissen das Mullah-Regime in Teheran.

Encryptech – Tarnfirma von „Schias Erweckung“

Aus den Unterlagen, die „Aspen Insight“ vorliegen, wird deutlich, wie dieses Komplott funktionierte: Autonome Systeme, wie sie die Firma Navigate zur Steuerung des Helikopters von NSA-Direktor Allsight entwickelt hat, verfügen über sogenannte „Bridges“ (Brücken). Solche „Brücken“ dienen Software-Entwicklern im Falle eines akuten Notfalles als Zugangstür, um autonome Systeme direkt steuern zu können – etwa zum Anhalten selbstständig fahrender Züge, zum Landen autonomer Flugzeuge und Helikopter oder zur Abschaltung kritischer Atomreaktoren. Solche Einfallstore stellen aber immer auch Sicherheitslücken dar, die Hackern das Eindringen in Hochsicherheitsanwendungen erlauben. Aus diesem Grund sind „Brücken“ durch unabhängige und sehr komplexe Verschlüsselungstechnologien geschützt.

Im Falle der Steuerungssoftware Navigate stellte die Firma Encryptech diese Verschlüsselungstechnologien bereit – wie sich nun herausstellt, eine amerikanische Tarnfirma des Terrornetzwerkes „Schias Erweckung“. Warum die Verbindungen zwischen Navigate, Encryptech und dem Netzwerk so

Das Pentagon hat im Haushaltsjahr 2024 Aufträge in Höhe von 656 Mrd. US-Dollar an IT-Unternehmen vergeben.

lange nicht aufgefliegen sind, ist Gegenstand internationaler Ermittlungen. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Geflecht aus Vorteilsnahme, Erpressung und geheimen Absprachen innerhalb der amerikanischen IT-Industrie, in die auch Regierungsstellen verwickelt sind.

Kein Wunder, ist doch die personelle und finanzielle Verflechtung zwischen Staat und Industrie in keinem amerikanischen Wirtschaftssektor größer als im IT-Bereich. Allein das Pentagon hat im vergangenen Haushaltsjahr (2024) Aufträge an IT-Unternehmen in

Höhe von 656 Milliarden US-Dollar vergeben – das sind rund 60 Prozent des amerikanischen Verteidigungsetats. Nicht enthalten sind darin die immensen Auftragssummen der anderen US-Sicherheitsbehörden – darunter die des Heimatschutzministeriums, des FBI, der CIA sowie von 11 weiteren Sicherheitsbehörden, die im In- und Ausland tätig sind.

Größte Sicherheitsbedrohung der US-Geschichte

Sollten sich die Anschuldigungen bestätigen, ließe sich der Schaden kaum absehen. Denn wenn das Eindringen in die Großrechner des NSA gelingt, der hat potentiell Zugriff auf die Daten sämtlicher Rechenzentren in den USA – und weit darüber hinaus. Denn die NSA verfügt über die größte Datensammlung weltweit. Über Weltraumsatelliten und Datenknotenpunkte in New York, Frankfurt, Singapur und Tokio kann der amerikanische Geheimdienst nicht nur sämtliche Telefongespräche mitschneiden; extrem leistungsfähige Späh-Software kann auch den Inhalt sämtlicher E-Mails und online übertragener Dokumente auswerten – in mehr als 3.600 Sprachen. Mehr noch: Selbstlernende Viren (SmartVir) sorgen dafür, dass sie mutieren, ehe sie entdeckt und eliminiert werden können. Genau das ist offenbar im Fall Allsight geschehen.

Unmittelbar nach dem Auftritt von Sonderermittler Snoops vor dem Senatsausschuss hat US-Justizminister Gerald R. Cobb die Überprüfung sämtlicher Großrechenzentren im Land angeordnet. Sie steuern nicht nur den öffentlichen Verkehr (darunter den Flugverkehr), sondern auch die Wasser- und Stromversorgung des Landes (u.a. den reibungslosen Betrieb von mehr als 100 Atomreaktoren). Seit Bekanntwerden der Sicherheitslücken bei der NSA besteht begründeter Verdacht, dass die Serie von Stromausfällen im Großraum New York kurz vor Weihnachten 2024 ebenfalls von Hackern verursacht worden ist. Bestätigt sich diese Vermutung, dann wäre dies die größte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

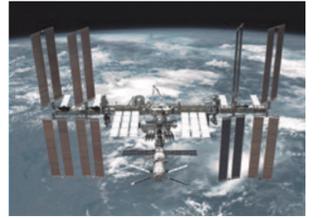
Damit spitzt sich die ohnehin angespannte Sicherheitslage weiter zu. Während China nach dem blutigen Anschlag in Peking seinen Flugzeugträgerverband „Shandong“ in den Mittleren Osten entsendet, scheint sich das US Cyber Command auf eine umfassende kriegerische Auseinandersetzung mit dem Iran im virtuellen Raum vorzubereiten.

NACHRICHTEN

Ende der ISS besiegelt Chinas Vorherrschaft im All

Moskau. Es ist besiegelt: Die Internationale Raumstation ISS, die seit 1998 in einer Höhe von 400 Kilometern die Erde umkreist, wird im Sommer 2026 nach jahrelangen Einsparungen endgültig aufgegeben. Sie galt als Musterbeispiel internationaler Forschungskoooperation.

Das Ende der ISS kommt nicht überraschend: Mit der Einstellung ihres Space-Shuttle-Programms schied die amerikanische Weltraumagentur NASA bereits 2011 das Interesse an der Raumstation verloren zu haben. Seither waren die NASA und ihr europäischer Partner, die europäische Raumfahrtagentur ESA zur Versorgung der ISS auf russische Sojus-Kapseln angewiesen. 2020 ließ dann Washington verlauten, man werde sich nur noch an den Kosten der Raumstation beteiligen, wenn auch amerikanische Astronauten an den jeweiligen Missionen teilnahmen; das war zuletzt 2022 der Fall. Im vergangenen Jahr erklärte Präsident



Internationale Raumstation ISS hat ausgedient Bild: NASA

Pence schließlich, die USA konzentrierten sich fortan darauf, bis zum Ende des Jahrzehnts einen Amerikaner auf den Mars zu entsenden.

Nun hat der russische Präsident Vladimir Putin die Konsequenzen gezogen und die Weltraumkooperation seines Landes mit ESA und NASA aufgekündigt. Man wolle zukünftig, so Putin, mit China an einem gemeinsamen Raumfahrtprogramm arbeiten. Dieser Schritt zeichnete sich schon lange ab. Bereits 2022 stiegen die Chinesen mit dem Start ihrer Weltraumstation Tiangong-III zur bedeutendsten Weltraummacht auf; Russland hatte China für das ambitionierte Programm seinerseits sein Test- und Entwicklungszentrum in Baikonur/Kasachstan geöffnet.

Mit den freierwerden russischen Träger-Kapazitäten soll die Versorgung der Tiangong-III-Raumstation sichergestellt werden. Sämtliche Sojus-Kapseln des russischen Raumfahrtprogramms sollen deshalb nun auch Peking zur Verfügung gestellt werden.

Im Gegenzug gewährt die chinesische Raumfahrtbehörde CNSA russischen Kosmonauten Forschungsaufenthalte auf der Raumstation Tiangong-III. Wie vergangene Woche zudem bekannt wurde, streben Peking und Moskau darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit in der Marsforschung an. Damit sind wohl die Weichen für einen Wettlauf zweier Blöcke um die Vorherrschaft im All gestellt – wie zuletzt Ende der 1960er Jahre.

KURZ UND KNAPP

Ohne, dass es uns bewusst ist, wird unser Alltag immer mehr von Algorithmen bestimmt. Was aber geschieht, wenn künstliche Intelligenz über Leben und Tod entscheidet? Wo werden Grenzen erreicht? Etwa, wenn schon heute autonome Systeme Autos oder gar Flugzeuge steuern?

Diskutieren Sie mit unter: www.aspen-insight.de Denn Ihre Meinung zählt.



Illustration: Jennifer Wagner, Berlin

Fußball als „kreative Diplomatie“

HYBRIDE KONFLIKTE Dossiers der Sekretärin Jupp Flatters legen nahe: Putin kaufte Deutschlands WM-Sieg 2018, weil er politischen Spielraum wollte.

Nach dem Tod von Elke Himmelreich, der langjährigen Sekretärin des ehemaligen FIFA-Präsidenten Jupp Flatter, werden deren jüngst veröffentlichten Tagebücher zur wichtigsten Indiziensammlung in den Ermittlungen von Interpol gegen den Weltfußballverband FIFA. Himmelreich, die im April 2024 einem Krebsleiden erlag, hatte seit 1998 für Flatter als Sekretärin gearbeitet und galt als seine engste Vertraute.

Von der Öffentlichkeit abgeschirmt lebt der an Alzheimer erkrankte Flatter seit Jahren in einem Genfer Pflegeheim. Bis zuletzt verfügte der heute 89-jährige über hervorragen

de Verbindungen zu beinahe allen Fußballverbänden. Mithilfe dieser Netzwerke und seiner Vertrauten Himmelreich trug Flatter über Jahre Informationen zusammen, die seine Unschuld beweisen und die Hintermänner des Korruptionsskandals der Jahre 2014/2015 entlarven sollten.

Staatlich organisierte Kriminalität

Alles hatte im Frühsommer 2015 begonnen. Damals ließ die amerikanische Bundespolizei FBI einen Teil der Führungsriege des Weltfußballverbandes FIFA verhaften und erhob Anklage wegen Bestechlichkeit. Der Verdacht: Die Fußballweltmeisterschaften 2018 in Russland und 2022 in Katar seien ebenso für Millionenbeträge verschoben worden wie die Vermarktungsrechte für das Turnier 2014 in Brasilien. Die Anschuldigungen führten im Februar 2016 nicht nur zum Rücktritt von Jupp Flatter, sondern auch zur Überführung mehrerer FIFA-Funktionäre, darunter Jesus Vess (Cayman Islands), John Walter (Trinidad und Tobago) und Ex-UEFA-Präsident Marius Panini (Frankreich).

Alles war generalstabsmäßig vorbereitet. Nichts wurde dem Zufall überlassen.

Melinda Barrati, Ehefrau von Jupp Flatter

Panini, der sich nach Verbüßung einer vierjährigen Verbandsstrafe zuletzt um den FIFA-Vorsitz bemüht hatte, gilt seit voriger Woche als vermisst. Die Ermittlungsbehörden gehen davon aus, dass zwischen seinem Verschwinden und der Veröffentlichung der Himmelreich-Dossiers ein Zusammenhang besteht. Denn die Aufzeichnungen Himmelreichs weisen auf tiefe Verstrickungen von FIFA-Funktionären mit Netzwerken staatlich organisierter Kriminalität in Russland hin. Auch Panini wurden vor seiner Suspendierung im Jahre 2016 exzellente Verbindungen nach Russland nachgesagt.

Himmelreichs Aufzeichnungen geben nun Anlass zu der Vermutung, dass die erkaufte WM-Vergabe an Russland im Dezember 2010 nur ein erster Mosaikstein in einer weitaus umfassenderen und langfristig angelegten Strategie Moskaus gewesen war, Fußball zu einem Bestandteil der subversiven Politik des Kremls zu machen.

So soll auch die deutsche Titelverteidigung bei der WM 2018 gekauft worden sein. Ein Sieg Deutschlands sei von Putin persönlich als politisch „opportunistisch“ eingestuft und von Oligarchen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten organisiert worden sein. Mit Datum des 14. Juli 2018 vermerkt das Himmelreich-Dossier: „Putin sorgt für deutsche Titelverteidigung. Nennt es ‚kreative Diplomatie‘ und ‚Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Bestechung von Spielern und Schiedsrichtern

Wie es zu dem Komplott kam, erläuterte Melinda Barrati, mit der Flatter in fünfter Ehe verheiratet ist, vergangene Woche in einem Interview im schweizerischen Crans Montana. Demnach soll es Anfang Januar 2018 in Sankt Petersburg zu einem Treffen Putins mit mehreren Oligarchen gekommen sein – allesamt alte Freunde aus der Zeit von Putins Aufstieg zum Chef der Stadtverwaltung Anfang der 1990er Jahre. Putin habe deutlich gemacht, dass er in Osteuropa „politischen Spielraum“ benötige, und Deutschland der Schlüssel dazu sei. Wer die deutsche Volksseele auf seiner Seite wisse, so Putin im engsten Kreis, der könne sie auch für seine eigenen Zwecke instrumentalisieren. Allen

Teilnehmern der Petersburger Besprechung sei klar gewesen, was Putin erwartete. Wie Flatter an diese Informationen gelangt ist, darüber hüllt sich seine Frau wie auch das Himmelreich-Dossier in Schweigen. Interpol und die Schweizer Staatsanwaltschaft ermitteln.

Doch Barrati verfügt über brisantes Detailwissen: Im Frühjahr 2018 seien über verschlungene Kanäle knapp 700 Millionen Rubel (damals rund 95 Millionen Euro) aufgetan worden, um Schiedsrichter und Spieler zu bestechen sowie die Software der Torbild-Kameras zu manipulieren. „Alles war generalstabsmäßig vorbereitet“, so Barrati. „Nichts wurde dem Zufall überlassen.“ Zwar hätten sich einzelne Spieler und Schiedsrichter gestraubt, aber „mehr oder minder sanfter Druck“ habe die Aufrechten schließlich gebrochen. Selbst Todesdrohungen seien gegen die Familien von FIFA-Schiedsrichtern ausgesprochen worden.

Regenschauer: „Nicht überbewerten“

Im Lichte dieser Enthüllungen hat Felix Mahn, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) eine „lücken- und schonungslose Aufklärung“ gefordert. Mahn war 2020 angetreten, um „den Sumpf von Korruption und Vetternwirtschaft im Fußball trocken-zulegen“. Nun hat er einen Austritt des europäischen Fußballverbandes UEFA aus dem Weltfußballverband FIFA gefordert. Mahn ist seit Juni 2024 auch UEFA-Vize-Präsident. „Solange Fußball für politische Zwecke missbraucht wird“, so Mahn, „sollte der Deutsche Fußball-Bund nicht mehr an internationalen Wettbewerben teilnehmen. Gleiches gilt für den europäischen Verband.“

Der Vorstoß Mahns war von den meisten Klubs der ersten Bundesliga scharf kritisiert worden. Schließlich gehe es um viel Geld. Auch der Übervater des deutschen Fußballs, Frank Regenschauer (80), fordert, es müsse einen anderen Weg geben: „Wenn der DFB und die UEFA jetzt aus dem internationalen Fußball aussteigen, dann beschleunigt das bloß ihren Niedergang.“ Ohnehin würde schon jetzt in der panarabischen Liga und in Südamerika besser Fußball gespielt und mehr Geld verdient als in Europa, so der „König“. Und Regenschauer belehrt: „Sport und Politik hatten schon immer eine symbiotische Beziehung.“ Bei den Römern seien es Brot und Spiele gewesen, „heuer sind es eben der Fußball und TV-Rechte. Wir sollten das nicht überbewerten“, so Regenschauer lapidar.

Kein Wort zu den angeblichen Mächtigkeiten Putins. Dass Regenschauer zwischen 2012 und 2018 im Auftrag des russischen Energieunternehmens Gazprom „Sportbotschafter“ Russlands war und Aushängeschild für die Initiative „Fußball für Freundschaft“, findet der Ex-Weltmeister aus München hingegen „völlig normal“. Schließlich gehe es „um ein Miteinander, nicht um Politik“.

Serbien sucht Schulterchluss mit Russland

Angesichts der sich zuspitzenden ethnischen Konflikte in Bosnien und Herzegowina hat der serbische Präsident Danilo Adžić Russlands Präsident Vladimir Putin offenbar um militärischen Beistand im Falle eines erneuten Balkankrieges gebeten. Das berichtete gestern die russische Nachrichtenagentur TASS.

Ein Sprecher der serbischen Regierung wies die Meldung am Abend als „frei erfunden“ zurück. Hochrangige EU-Diplomaten glauben indes an eine gezielte Provokation Moskaus, um die Dauerkrise auf dem Westbalkan zu eskalieren.

Noch in der Nacht kündigte die kroatische Regierung an, Teile der Armee in Alarmbereitschaft zu versetzen, um im Falle einer Zuspitzung der Krise die rund 550.000 bosnischen Kroaten „unter ihren Schutz zu stellen“, wie aus Zagreb verlautete.

Seit der Ermordung des serbischen Bürgermeisters von Srebrenica vor neun Monaten kommt es in Bosnien und Herzegowina immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen muslimischen Bosniaken und bosnischen Serben. Beobachter halten es deshalb für „sehr wahrscheinlich“, dass Serbien schon bald eigene Streitkräfte in den östlichen Teil Bosniens und die Republika Srpska entsenden wird, um die dort lebenden Serben vor Übergriffen zu schützen.

Im Falle einer militärischen Eskalation droht ein Wiederaufbrechen alter Konfliktlinien: Nachdem Serbien seine EU-Beitrittsverhandlungen im Sommer 2023 abgebrochen und eine Reihe von bilateralen Wirtschaftsabkommen mit Russland geschlossen hat, können die Serben auch auf die militärische Unterstützung Moskaus zählen. EU-Mitglied Kroatien wird dagegen den Beistand der übrigen EU-Mitglieder und der NATO einfordern. Und die bosniakischen Milizen werden schon seit Jahren von Ankara unterstützt.

Friedenskanal: Ökologischer Albtraum

Wovor Experten schon zu Beginn der Planungsphase des sogenannten „Friedenskanals“ (auch Zweimeereskanal) zwischen dem Toten und Roten Meer warnten, scheint sich nun zu bewahrheiten: Der Kanal, der die Wiederauffüllung des Toten Meeres und die Trinkwasserversorgung der jordanischen Hauptstadt Amman sicherstellen soll, bereitet Umweltschützern große Sorgen.

„Das Projekt ist ein ökologischer Albtraum“, so Neena Mahmoud, Pressesprecherin der schwedischen Umweltstiftung. Bereits 2013 hatte die Weltbank eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, in der auf ökologische Risiken hingewiesen wurde – darunter großflächige Gipsbildung, die entsteht, wenn sich das sulfatreiche Rote-Meer-Wasser mit dem kalziumhaltigen Wasser des Toten Meeres mischt.

Schon seit Monaten berichten Hotelbetriebe entlang des Toten Meeres von vergipften Ufergebieten, die ein Betreten der Strände unmöglich machen. Die hohen Reinigungskosten der Uferabschnitte bleiben an den Hoteliers hängen. Anliegern bereitet auch die zunehmende Algenbildung Sorgen, die das Tote Meer in weiten Teilen rot färbt. Am anderen Ende des Kanals, im Golf von Akaba, kommt es indes zu einem weit um sich greifenden Korallensterben. Ursache hierfür ist offenbar der starke Sog der Turbinen, die das Wasser aus dem Roten Meer ansaugen; er verhindert, dass die Organismen genügend lebenswichtige Nährstoffe aufnehmen können.

Werden die Schwachstellen nicht rasch nachgebessert, könnte der Friedenskanal schon bald zu einem Konfliktherd zwischen Arabern und Juden werden.

„NATÜRLICH
KÜMMERE ICH MICH
UM DIE ZUKUNFT.“

ICH HABE VOR,
DEN REST MEINES
LEBENS DARIN
ZU VERBRINGEN.“

Mark Twain

Machen auch Sie Ihre Entscheidungen zukunftsfest.
Wir zeigen Ihnen wie.

**BUREAU
FUER
ZEITGESCHEHEN**

STRATEGIE • PLANUNG • UMSETZUNG

Bureau für Zeitgeschehen GmbH
Gustav-Freytag-Straße 5
10827 Berlin

www.bureau-fz.eu

„Wieder Herr im eigenen Haus“

WELTWIRTSCHAFT Nach dem GATT-Austritt der USA steht die Welthandelsordnung vor dem Ende

Genf. Nach dreiwöchigen, zähen Verhandlungen hat der amerikanische Präsident Mike Pence den Austritt der USA aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) erklärt. Das Handelsabkommen begünstigt seit Jahren „aufstrebende Volkswirtschaften in Asien und Afrika, die mit unfairen Handelspraktiken ein Komplott gegen amerikanische Arbeiter und Unternehmer geschmiedet haben“, erklärte Pence. „Nun sind wir endlich wieder Herr im eigenen Haus.“ Zugleich kündigte der US-Präsident an, die amerikanische Regierung werde nun auch ihre Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank überprüfen.

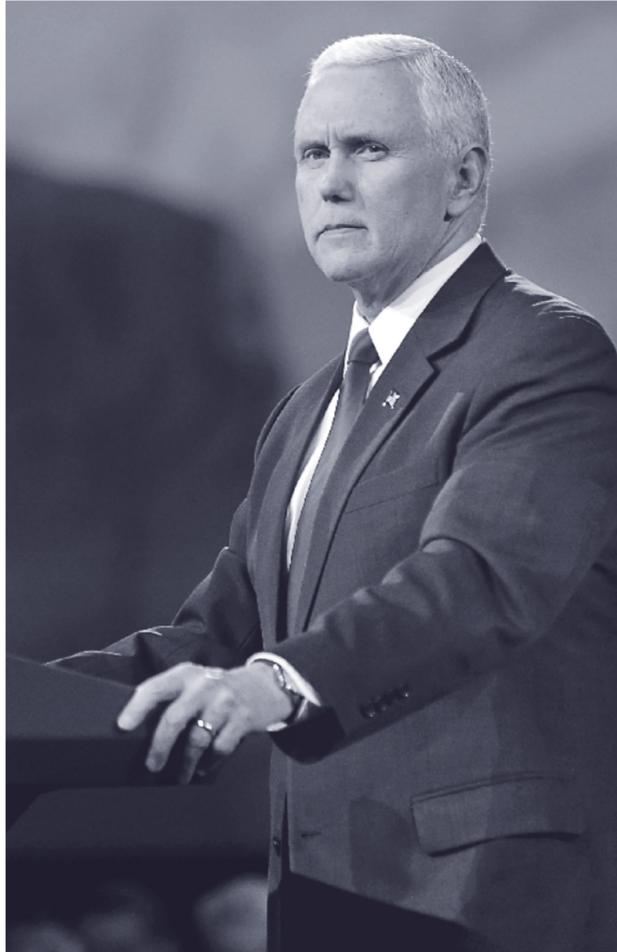
Damit steht die Welthandelsordnung, die auf Betreiben der USA am Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Konferenz von Bretton Woods entworfen worden war, vor dem Kollaps. Ziel dieser Neuordnung war es, eine erneute wirtschaftliche Abschottung großer Volkswirtschaften und Autarkiebestrebungen wie die Nazi-Deutschlands oder des japanischen Kaiserreichs ein für alle Mal zu verhindern. Stattdessen sollten Freihandel, wirtschaftliche Integration und gegenseitige Wohlstandsförderung zum Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung werden.

Durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen hatte GATT seit 1948 zu einem massiven Anstieg des Welthandels beigetragen und war so zum Geburtshelfer der Globalisierung geworden. GATT war 1994 in der Welthandelsorganisation (WTO) aufgegangen, die neben Zoll- und Handelsfragen auch internationale Dienstleistungen und sämtliche Angelegenheiten rund um intellektuelles Eigentum regelt.

Mit dem Ausstieg der USA aus dem GATT steht die WTO faktisch vor dem Aus. Nicht nur, weil die amerikanische Volkswirtschaft – trotz eines weiter abnehmenden Anteils am Welthandel – auf absehbare Zeit einer der wichtigsten Eckpfeiler der Weltwirtschaft bleiben wird. Es steht vielmehr zu befürchten, dass der amerikanische GATT-Austritt einen Schneeball-Effekt auslösen könnte.

Zwar beilegt sich EU-Kommissionspräsident Radosław Sikorski noch am Freitagabend mitzuteilen, „die Europäische Union steht weiterhin geschlossen zu den unveräußerlichen Werten einer liberalen Wirtschaftsordnung, wie sie durch die WTO verkörpert wird“. Doch vorbehaltlos gilt das nur für einen Teil der EU-Mitgliedsstaaten. Denn die schwächelnden Ökonomien Süd- und Osteuropas sowie des Balkans, die sich im Herbst 2022 im „Budapest-Block“ zusammengeschlossen haben, verlangen von Brüssel seit langem einen protektionistischeren Kurs zum Schutz ihrer heimischen Wirtschaft. Auch Spanien, Polen und Frankreich liebäugeln mit einem solchen Abschottungskurs, sind ihre Agrarsektoren doch schon lange nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den Großproduzenten aus den USA und Ost-Afrika.

Indes warnte UN-Generalsekretärin Angela Merkel: „Einer Demontage der internationalen Wirtschaftsordnung wird die Staatengemeinschaft nicht tatenlos zusehen.“ Die Politik Washingtons bedrohe nicht nur



US-Präsident Mike Pence gestern in Genf

Wohlstand und die wirtschaftlichen Errungenschaften der zurückliegenden 80 Jahre, sondern auch das friedvolle Zusammenleben der Nationen.

Börsenhandel vorerst ausgesetzt

Auch die Reaktion Pekings ließ nicht lange auf sich warten – und sie war eindeutig: Seit seinem WTO-Beitritt 2001 habe sich China stets zum Freihandel bekannt, war am Abend aus dem Umfeld des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu hören. Wenn sich die USA nun abschotteten, dann bleibe China keine Wahl: „Dann werden wir auf eine Vielzahl amerikanischer Waren Strafzölle erheben – ganz besonders auf alles, was aus Silicon Valley zu uns kommt.“ Im Übrigen sei ein solches Vorgehen vom WTO-Regelwerk gedeckt.

Sollte Peking diese Drohung wahrnehmen, dann bleibe auch der Europäischen Union keine andere Wahl: Sie müsste ihre Märkte schützen, um im allgemeinen Sog um Wettbewerbsvorteile nicht in den Abgrund gerissen zu werden.

Aus Sorge vor einem Kurssturz bleibt Wall Street am kommenden Montag und Dienstag

geschlossen; auch der Internethandel wird bis auf weiteres ausgesetzt. Damit sollen Panikverkäufe verhindert werden, die zu einer negativen Kettenreaktion auf den internationalen Finanzmärkten führen könnten.

Unmittelbar nach Pence' Erklärung kündigte die US-Notenbank Federal Reserve massive Stützungskäufe an, um ein Einbrechen des US-Dollars gegenüber dem Renminbi und dem Euro zu verhindern – denn nun, da die US-Wirtschaft vor allem auf ihren Binnenmarkt angewiesen sein wird, würde ein Währungseinbruch die von hoher Arbeitslosigkeit gepeinigten amerikanischen Gesellschaft vor weitere soziale Herausforderungen stellen.

Damit nimmt eine Entwicklung ihr vorläufiges Ende, die mit der Präsidentschaft Donald Trumps eingeleitet worden war. Unter dem Slogan „America First“ hatte Trump zunächst das Freihandelsabkommen mit Asien (TPP) aufgekündigt und dann die Verhandlungen mit Europa (TTIP) auf Eis gelegt. Im Sommer 2018 war er aus dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA ausgestiegen, um es neu zu verhandeln. Nach Trumps Rücktritt im

Herbst 2019 führte sein Nachfolger Mike Pence die Abschottungspolitik seines Vorgängers fort und hatte anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2020 erklärt, sein Ziel sei die „vollkommene Restrukturierung einer Weltwirtschaftsordnung, die den amerikanischen Arbeiter mehr kostet als sie ihm einbringt“.

Seitdem war es zu einem Wettlauf um bilaterale Handelspartnerschaften zwischen Washington, Brüssel, Moskau und Peking gekommen. Dass Washington im Sommer vergangenen Jahres das NAFTA (New North American Free Trade Agreement) abschließen konnte, war wohl der Sargnagel für die alte Weltwirtschaftsordnung und dürfte das Ende der Bretton Woods-Ära bedeuten.

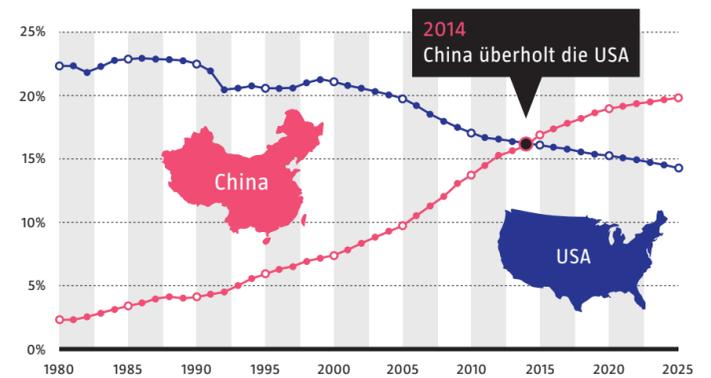
Der Chef des Münchner ifo-Instituts, Professor Carsten Schmiedtke, sieht schwere Zeiten auf die deutsche Wirtschaft zukommen: „Als eine der größten Handelsmächte wird Deutschland zu den großen Verlierern dieser Entwicklung gehören“, erläutert Schmiedtke. „Wir rechnen mit einem massiven Einbruch der Exportwirtschaft und mit Arbeitslosenzahlen, wie wir sie zuletzt in den 1990er Jah-

Wir rechnen mit einem massiven Einbruch der Exportwirtschaft und steigenden Arbeitslosenzahlen.

Carsten Schmiedtke, Chef des Münchner ifo-Instituts

ren hatten.“ Noch-Bundeskanzlerin Ursula von der Leyen kündigte für Montag eine Regierungserklärung an.

China ist die mit Abstand größte Wirtschaftsmacht



Anteile der USA und Chinas am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Graik: smr

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 30 Billionen US-Dollar erwirtschaftet die Volksrepublik China in diesem Jahr ein Fünftel des Welteinkommens. Trotz hoher Schutzzölle bleiben die USA Chinas wichtigster Absatzmarkt.

Auch wenn die USA ihre Schlüsselstellung in der Weltwirtschaft eingebüßt haben, so lebt die US-Wirtschaft mit seinen 380 Millionen Einwohnern vor allem von einem konsumfreudigen Binnenmarkt – und chinesische Produkte führen in vielen Branchen die Verkaufslisten an. Vor allem in der Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik.

Doch trotz ihres relativen Niedergangs sind die USA noch immer die

innovativste Volkswirtschaft der Welt; nirgendwo werden mehr Patente angemeldet. Nicht minder bedeutsam: Neben Russland sind die USA eines der rohstoffreichsten Länder der Erde. Im strategisch wichtigen Energiesektor sind die USA dank immenser Öl- und Gasvorkommen seit Mitte 2022 vollkommen unabhängig. Dieser verschärfte Autarkiekurs hat nun zur Abnabelung von der wichtigsten Handelsorganisation beigetragen – der WTO. Auf diese Weise versuchen die USA, ihre wirtschaftliche Tal-fahrt zu verlangsamen. Ein zweifelhaftes Manöver, denn die USA müssen mit Vergeltungsmaßnahmen der anderen großen Handelsmächte rechnen.

Frankreichs Grenzschießung belastet die deutsche Wirtschaft

AUTOMOBIL-BRANCHE Einbußen in dreistelliger Millionenhöhe

Die Grenzschießung in Frankreich hat immer gravierendere Folgen für die deutsche Wirtschaft. Die Maßnahme war vorletzte Woche von Frankreichs Präsidentin Marine Le Pen verhängt worden, nachdem ein TGV-Schnellzug bei der Einfahrt in den stark frequentierten Pariser Gare du Nord durch eine Kofferbombe zum Entgleisen gebracht wurde und 226 Fahrgäste und Wartende in den Tod gerissen hatte. Zugleich verhängte Le Pen den Ausnahmezustand; seitdem ist der Bahn-, Flug- und Straßenverkehr von und nach Frankreich aufgrund scharfer Kontrollen fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Frankreich ist seit Jahrzehnten Deutschlands größter Handelspartner. „Weil Wa-

ren nicht rechtzeitig abgefertigt werden können, entstehen deutschen Unternehmen derzeit Mehrkosten in Höhe von ca. 375 Millionen Euro wöchentlich“, erklärte BDI-Präsident Dr. Michael Wundermann. Vor allem die Autoindustrie sei davon betroffen. Weil Zulieferteile aus Deutschland fehlen, wird in Smartville bei Hamburg im Department Moselle, derzeit Kurzarbeit gefahren. Dort wird der Elektro-Flitzer E-Smarty montiert. Auch bei Peugeot, Renault und Citroën gibt es immer wieder längere Produktionsunterbrechungen, von denen nur jene Kunden ausgenommen sind, die ihre Fahrzeuge als 3-D-Drucker-Selbstbausätze geordert haben.



Kilometerlange Staus an der deutsch-französischen Grenze



DESIGN KANN NICHT DIE WELT RETTEN - ABER WIR RETTEN IHR DESIGN.

www.design-retter.de

SCHUMACHER — Brand + Interaction Design

Der Golfstrom reißt ab

KLIMAWANDEL Weltklimarat: „Sibirischer Winter in weiten Teilen Westeuropas“

Ctd: Karsten Ceygann/CCO; Montage: sm

„MAN MUSS DEM LEBEN IMMER UM EINEN WHISKY VORAUSS SEIN.“
Humphrey Bogart

LESERBRIEF

Denn wir wussten, was wir tun

von Revilo Dang aus Berlin-Schöneberg



Ostern 2025: Geschlossene Eisdecke im Hamburger Hafen

Hamburg. Nun ist es amtlich: Der Weltklimarat (IPCC) hat bestätigt, dass der Golfstrom weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Das haben Analysen ergeben, die ein deutsch-amerikanisch-chinesisches Klimaforschungsteam Ende November im Rahmen einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates vorstellen werden. Erstmals seit seiner Gründung vor 80 Jahren wird der UN-Sicherheitsrat zu einem Umweltphänomen tagen – offenbar bewertet das Gremium den Abriss des Golfstroms als eine Bedrohung für den Weltfrieden.

Ursache für das Erliegen des Golfstroms ist die jahrzehntelange Erhöhung des Süßwasseranteils im Nordatlantik als Folge der anhaltenden Schmelze des grönländischen Eismantels. Seit der Jahrtausendwende hat Grönland Jahr für Jahr rund 300 Milliarden Tonnen Eis verloren – 7.500 Milliarden Tonnen in den zurückliegenden 25 Jahren. Das hat nicht nur zu einem Anstieg der Meeresspiegel im weltweiten Durchschnitt um 1,6 Meter geführt (und dem Verlust der sogenannten „kleinen Inselstaaten“ sowie Bangladeschs), sondern auch zu einer Reduktion der Salzkonzentration im Nordatlantik, die als Antrieb des Golfstroms gilt.

Die Folge: Was bisher nur als ein ungewöhnlich kalter Sommer erschien, entpuppt sich nun als Vorbote dramatischer Veränderungen. Der Weltklimarat erwartet Winter-Tiefsttemperaturen von bis zu minus 40

Grad Celsius auf dem europäischen Festland. In Skandinavien könnten die Temperaturen sogar auf minus 50 Grad Celsius fallen. Damit gleicht sich das europäische Klima dem von Kanada und Sibirien an.

Bislang hatte der Golfstrom dafür gesorgt, dass die Häfen Nord- und Westeuropas ganzjährig eisfrei bleiben – selbst im norwegischen Narvik, das jenseits des Polarkreises liegt. Das wird nun ein Ende haben: „Ohne die Wärmemassen des Golfstroms muss auch Mitteleuropa mit sibirischen Wintern rechnen“, erläutert Professor Dr. Mojib Latif (70), Ehrenpräsident des Kieler Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung (GEOMAR).

Für die deutschen Seehäfen bedeutet das, dass sie zwischen Oktober und April nicht mehr schiffbar sein werden. Die Folgen für den Warenverkehr sind gravierend, denn Deutschlands Exportwirtschaft ist ganzjährig auf eisfreie Schifffahrtslinien und Hafenzufahrten angewiesen. Ein- und Ausfahrten werden künftig überwiegend zu Lande und zur Luft erfolgen müssen, was zu empfindlichen Preissteigerungen, aber auch zu Lieferengpässen führen wird.

Ganz zu schweigen von den steigenden Heizkosten: Das Bundeswirtschaftsministerium schätzt, dass deutsche Haushalte künftig bis zu 40% mehr für Heizkosten aufwenden müssen. Das ist zugleich eine Hiobsbotschaft für das Weltklima, denn in dieser Notlage wird Deutschland nicht auf

Es wird zu einem massenhaften Artensterben kommen.

Professor Dr. Mojib Latif, GEOMAR

fossile Brennstoffe wie Gas, Öl und heimische Braunkohle verzichten können. Neben den ökonomischen Folgen sind die Auswirkungen auf unsere Lebenswelt noch kaum abzusehen. Sicher ist allein, dass es zu einem massenhaften Artensterben kommen wird – sowohl in der Pflanzen- wie auch in der Tierwelt. Nördlich der Alpen werden künftig – außer Wintergetreide – keine Körnerfrüchte mehr angebaut werden können. „Es ist schon anachronistisch“, erklärt Alois Hopfenhuber, Vorsitzender des Deutschen Bauernverbandes, „aber wir werden bald auf Getreidelieferungen aus dem äthiopischen Hochland und dem Sudan angewiesen sein.“

Wissenschaftler erwarten einen weitgehenden Kollaps der europäischen Biosphäre und damit das Verschwinden einer Kulturlandschaft, wie sie in einem Zeitraum von 11.000 Jahren – seit dem Ende der letzten Eiszeit – entstanden ist.

Dieses Jahr fing der Winter besonders früh an. Der erste Schnee fiel bereits Anfang Oktober. In meiner Kindheit war dies eine besondere Jahreszeit – Altweibersommer: Verblissenes Sonnenlicht, buntes Laub, emsige Eichhörnchen, die ihren Wintervorrat anlegten, Spaziergänger, die die letzten Sonnenstrahlen auskosten in dem Wissen, dass bald Regen, Tristesse und trübes Zwielicht den Tag bestimmen würden.

Auch dieses Jahr beschweren wir uns wieder über den kühlen, nassen Sommer. Und dass der Winter jedes Jahr ein bisschen früher kommt. Als ob wir nichts damit zu tun hätten. Ein ums andere Mal nehmen wir mit einem Achselzucken neue Hiobsbotschaften zum Klimawandel zur Kenntnis. Zuletzt die Nachricht vom Abreißen des Golfstroms. Gewundert hat uns dabei bloß, dass es so kalt geworden ist. Wurden wir nicht jahrzehntelang vor dem Treibhauseffekt gewarnt? Nun ist es anders gekommen. Künftig leben wir in einer neuen Eiszeit. Aber es ist nicht so, als ob wir nicht gewusst hätten, was wir tun.

Zur Erinnerung:

1972: Der Club of Rome warnt, dass die Menschheit bald mehr verbraucht, als die Erde bereithält und sagt „Die Grenzen des Wachstums“ für das Jahr 2012 voraus. Doch wir konsumierten weiter, als sei nichts geschehen. Daran ändert auch die erste Welt-Umweltkonferenz in Stockholm nichts, die im selben Jahr stattfindet.

1979: Die Nord-Süd-Kommission unter Alt-Bundeskanzler Willy Brandt warnt vor den Folgen einer Abkoppelung der Gesellschaften des globalen Südens von Wohlstand und Entwicklung. Heute sind 176 Millionen Menschen auf der Flucht, weil sie in ihrer Heimat nicht länger ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

1980: Als Reaktion auf den Bericht des Club of Rome legen die US-Umweltbehörde und das amerikanische Außenministerium Präsident Jimmy Carter im Oktober 1980 den Bericht „Global 2000“ vor – die bislang umfassendste Analyse der drohenden Umweltkatastrophe. Ihr Fazit: Wenn die Menschheit weiterlebt wie bisher, kann angesichts des Bevölkerungswachstums nur bahnbrechender technologischer Fortschritt die bereits angelegten Entwicklungstrends durchbrechen. Tatsächlich hat dieser technologische Wandel stattgefunden – dank der Digitalisierung können wir nun rund um die Uhr und rund um den Globus Güter konsumieren.

1992: Auf dem ersten Welt-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro geben sich die Staatschefs ein großes Stelldichein. Erstmals beteiligen sich auch Nichtregierungsorganisationen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Zweiteilung der Welt wird die Agenda 21 zum Fahrplan in eine gerechte und umweltfreund-

liche Zukunft. Es herrscht große Aufbruchstimmung.

1995: Der erste Klimagipfel tagt in Berlin, geleitet von Deutschlands Umweltministerin Angela Merkel. Fortan treffen sich jedes Jahr Hunderte Staatenlenker, Tausende Diplomaten, Aktivisten und Journalisten, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Es wird endlos geredet, versprochen, beschönigt – und weitergemacht wie bisher. Erst 2009 kommt es beim Klimagipfel in Kopenhagen zum Eklat, weil die Europäer China und die USA zum Schwur zwingen. Der Gipfel platzt, aber auch Europa macht danach weiter, als sei nichts geschehen. Denn nun hat man ja Sündenböcke, auf die man zeigen kann.

2015: Es dauert 20 Jahre, ehe sich die Weltgemeinschaft in Paris auf eine weltweite Strategie zur Rettung des Klimas einigt – um dann tatenlos zuzusehen, wie die USA als größter Pro-Kopf-Klimasünder nur 18 Monate später wieder aussteigen.

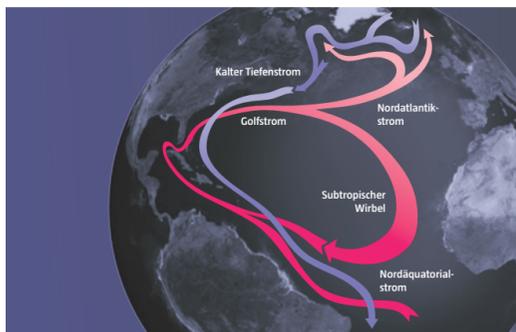
2020: In der Peking Abschlussklärung zur 26. Weltklimakonferenz heißt es lapidar, Ende dieses Jahrhunderts wird die Welt im Schnitt vier Grad Celsius wärmer sein als vor 30 Jahren. Grönland wird bis dahin eisfrei sein, die Arktis ganzjährig schiffbar, die Weltmeere werden die kleinen Inselstaaten, Bangladesch und zahllose küstennahe Städte und Siedlungen geflutet haben. Hunderte Millionen Menschen werden ihre Heimat verlieren. Nur wo werden sie hingehen?

2023: Rund um das Mittelmeer leiden die Menschen unter der zunehmenden Hitze. Hungersnöte in Ägypten und entlang des austrocknenden Nils haben bislang 550.000 Menschen den Tod gebracht – verhungert, verdurstet, getötet im Kampf um die verbleibenden Wasserressourcen. Am Horn von Afrika sieht es nicht besser aus: Hunderttausende sind auf der Flucht vor der Dürre. Zäune, Patrouillenboote und schwer bewaffnete Grenzsoldaten entlang der europäischen Mittelmeerküsten halten uns den Ansturm der Unglücklichen vom Leib. Weil wir nicht mehr wissen, wie wir der Katastrophen Herr werden sollen, dulden wir beschämt diese Unmenschlichkeit.

20. OKTOBER 2025: Gestern nun die vorerst letzte Hiobsbotschaft: Abriss des Golfstroms. Jeder Zweifel ausgeschlossen. Das Ende der europäischen Zivilisation, wie wir sie kannten.

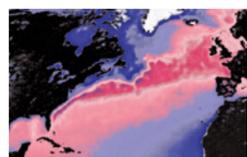
Abends fragt mich meine 21jährige Tochter Emely Marie, ob sie Angst vor der Zukunft haben müsse. Und warum wir in all den Jahrzehnten, als noch Zeit dafür war, nichts unternommen hätten. Wut, Verzweiflung und Sprachlosigkeit überkommen mich. Denn wir wussten, was wir tun.

Golfstrom – Europas karibische Fernwärmepumpe versiegt

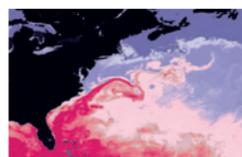


Der Golfstrom. Europas Wärmepumpe.

Der Golfstrom hatte seinen Ausgangspunkt vor der Westküste Afrikas und fließt zum Golf von Mexiko. Dort erreichte er bis zu 30 Grad Celsius Oberflächentemperatur; seine Wärme-Energie betrug bis zu 1,2 Millionen Gigawatt (zum Vergleich: ein Atomkraftwerk hat eine Leistung von einem Gigawatt). Am Ausgang der Karibik vereinigte sich der Golfstrom mit dem Florida- und dem Bahamasstrom und floss entlang der Küste Nordamerikas nach Norden. Bei Cape Hatteras vor der Küste North Carolinas wandte er sich nach Nordosten und transportierte auf seinem



Golfstrom im Jahr 1985



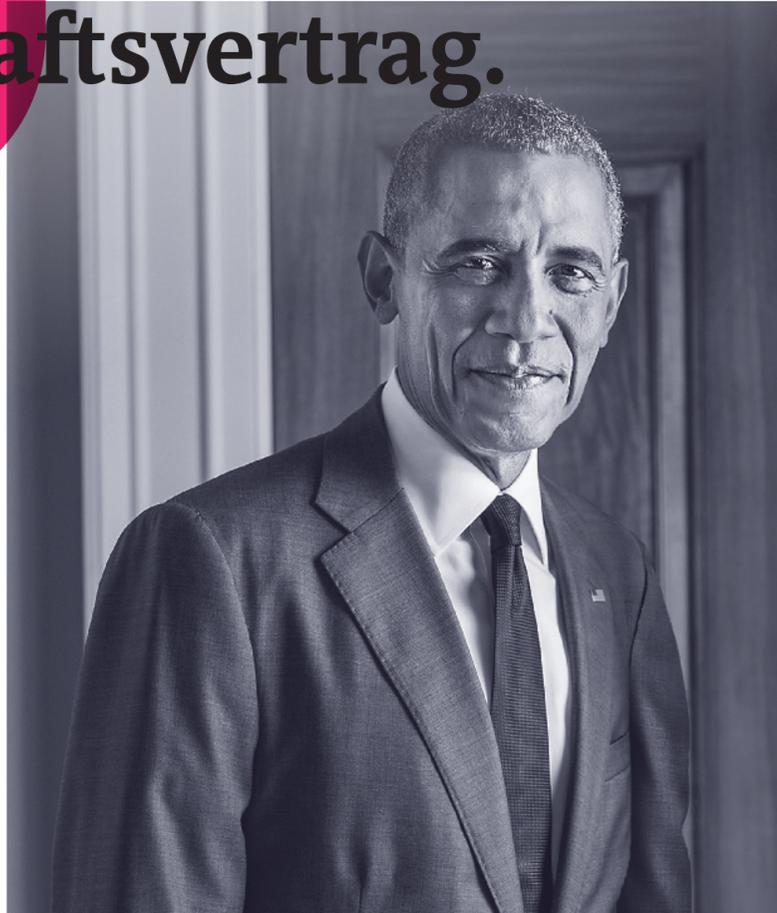
Abgerissener Golfstrom 2025

Weg in Richtung Europa bis zu 100 Millionen Kubikmeter Wasser pro Sekunde – 30 Mal mehr Wasser als sämtliche Flüsse der Erde.

Vor Europa spaltete sich der Golfstrom schließlich in drei Teilströme: Einer floss gen Süden in die Sargasso-See, ein zweiter nach Osten in den Kanaren-Strom, der dritte nach Nordwesteuropa (Nordatlantischer Strom). Auf dem Weg zur Arktis kühlte sich das Wasser des Nordatlantik-Stroms ab; die Verdunstung führte zu einem Anstieg des Salzgehalts im Wasser – es sank hinab in die Tiefsee. So bildete sich zwischen Spitzbergen und Grönland der größte Wasserfall der Erde: in 15 Kilometer breiten „Chimneys“ (Schornsteinen) fielen 17 Millionen Kubikmeter Wasser pro Sekunde 4.000 Meter tief. So entstand eine immense Sogwirkung, die der amerikanische Ozeanograph Wallace Broecker einst als „Ocean Conveyor Belt“ (ozeanisches Förderband) bezeichnet hat. Dieser Fernwärmepumpe hatte Europa in den vergangenen 11.000 Jahren seinen Aufschwung als Kulturlandschaft zu verdanken.

Quelle: NASA, Globus: Shutterstock, adaptiert

Wir brauchen einen vollkommen neuen Gesellschaftsvertrag.



Barack Obama vergangene Woche am Rande seines Berlin-Besuchs

INTERVIEW Nach dem Ende seiner Präsidentschaft im Januar 2017 war es still geworden um Barack Obama. Nun meldet sich der heute 64-Jährige wieder zu Wort. Auf seinen Touren durch die USA erinnert der Ex-Präsident seine Landsleute an ihre ureigenen Tugenden: Mut, Neugier, Fortschrittsglaube, Weltoffenheit. In einem Exklusiv-Interview mit „Aspen Insight“ spricht Obama über die Politik seiner Amtsnachfolger, den amerikanischen Protektionismus, die Neuordnung des Nahen Ostens und die Rolle Chinas. Dabei blickt er auch kritisch auf seine eigene Amtszeit zurück.

Das Gespräch führte Anna Kuchenbecker, Chefredakteurin des Aspen Insight.

Aspen Insight: Mr. President, als Sie vor knapp acht Jahren das Weiße Haus verließen, sprachen Sie in Ihrer Abschiedsrede davon, dass die Menschen in Ihrem Land auf ihre Fähigkeit zur Veränderung vertrauen könnten. Wenn Sie auf die Amtszeit Ihrer Nachfolger Donald Trump und Mike Pence blicken: Wie beurteilen Sie diese Veränderungen?

Barack H. Obama: Zunächst: Vieles läuft richtig in Amerika. Das liegt aber weniger an der republikanischen Administration in Washington als vielmehr an den hart arbeitenden Menschen in unserem Land. Auch nach dem Ende meiner Präsidentschaft im Januar 2017 engagieren Michelle und ich uns für das, wofür ich im Sommer 2008 angetreten war: Amerika für alle ein Stück gerechter zu machen und den Menschen dabei zu helfen, ihre Träume und Hoffnungen zu verwirklichen. Aus eigener Kraft. Mehr denn je bin ich davon überzeugt: „Yes, they can!“ Nicht wegen, sondern trotz der gegenwärtigen Regierung.

AI: „Yes, we can!“ – Das war das Motto Ihrer Wahlkämpfe und Ihrer Präsidentschaft. Was ist davon geblieben?

Obama: Die Präsidentschaft Donald Trumps dauerte zwar nur zwei Jahre, doch hat sie Amerika und unserem Ansehen in der Welt – milde gesagt – nicht gut getan. Am meisten aber haben die Trump-Jahre jenen Bürgern unseres Landes geschadet, die am unteren Ende der Einkommenspyramide stehen – Minderheiten, Einwanderer. Betroffen sind vor allem Menschen in den strukturschwachen kleinen und mittleren Städten sowie in den alten industriellen Zentren Amerikas, dem sogenannten „Rostgürtel“. Leider hat Präsident Pence dann kaum etwas unternommen, um diesen Kurs zu korrigieren.

AI: Worin liegt Präsident Pence' Versäumnis? Inwiefern ist die republikanische Administration für die gegenwärtige Wirtschaftskrise verantwortlich?

Obama: Das große Problem der gegenwärtigen Regierung ist ihre ideologisch bedingte Kurzsicht. Erinnern Sie sich: Um die heimische Produktion anzukurbeln und neue, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, haben Präsident Trump und dann auch Präsident Pence seit 2018 Schutzzölle auf zahlreiche Industrie- und Konsumgüter aus dem Ausland erhoben. Ihr Ziel war eine Re-Industrialisierung Amerikas und eine Steigerung des Anteils hochqualifizierter Jobs – Arbeitsmarktexperten nennen das „Re-

shoring“. Erst in der Automobil-Produktion, dann im Maschinenbau, schließlich in zahlreichen anderen Branchen. Das ist gründlich schiefe gegangen.

AI: Warum?

Obama: Die republikanische Administration glaubte, sie könne mit ihrer „America First“-Strategie dem Fortschritt ein Schnippen schlagen, indem sie sich einfach am Wohlstandsmodell des 19. und 20. Jahrhunderts orientierte. Das ist Sozial-Romantik. Denn zeitgleich haben Amazon, Google & Co. eine ganz eigene, neue Welt aufgetan. Die Ironie dabei ist: Trump und Pence haben mit ihrer protektionistischen Wirtschaftspolitik dafür überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen.

AI: Das müssen Sie erklären, Mr. President.

Obama: Das Paradoxon unserer zunehmend digitalisierten und vernetzten Welt ist doch das Phänomen des „beschäftigungslosen Wachstums“ – also ein nie dagewesenes Wirtschaftswachstum dank Automatisierung bei gleichzeitigem massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen. Wir erleben eine grundlegende wirtschaftliche und soziale Umwälzung. Silicon Valley hat das schon lange begriffen; in Washington gehen die Uhren etwas langsamer. Ausbaden müssen es die kleinen Leute.

AI: Geben Sie uns doch bitte ein Beispiel.

Obama: Nehmen Sie Amazon: Das Unternehmen begann 1994 als Online-Versandhaus für Bücher. Heute können sie dort 3,8 Milliarden verschiedene Artikel mit einem einfachen Handy-Sprachbefehl kaufen. Ein Drittel der Waren werden durch den Amazon-Drohnen-Dienst „Busy Bees“ ausgeliefert. Logistikunternehmen wie Federal Express haben diesen Trend verschlafen. Ihre LKW- und Luftfracht-Flotten gehören der Vergangenheit an. Und das ist erst der Anfang. Industrie-4.0-Unternehmen wie Amazon schicken sich an, unsere gesamte volkswirtschaftliche Wertschöpfung zu revolutionieren. Der Schlüssel dafür liegt in der vollkommenen Automatisierung der Produktionsabläufe auf der Grundlage von Big-Data-Mining.

AI: Sie sprechen von Amazons jüngster Gründung „Design on Demand“.

Obama: Ja. Amazon hat Exklusivverträge mit rund zwei Dutzend der renommiertesten Modedesigner der Welt geschlossen. Ihnen stellt Amazon sämtliche Daten zur Verfügung, die Kunden beim Kauf von Kleidung auf Amazon-Portalen bereitwillig preisgeben

– rund um den Globus, 24 Stunden am Tag. Auf diese Weise kann Amazon von jedem Kunden ein differenziertes Käufer-Profil anfertigen. Der Laden weiß über Ihre Kleidergröße, Ihren Stil und Ihre Farb-Präferenzen besser Bescheid als Sie selbst (lacht).

AI: Worin liegt Ihrer Meinung nach die industrielle Revolution?

Obama: Im Jahr 2019 hat der deutsche Maschinenbauer Karl Bayer eine voll automatisierte Textil-Produktionsanlage auf Basis der Cloud-Technologie entwickelt. Die Anlage heißt „Spin Doctor“ und webt nicht nur eigenständig feinste Garne zu hochwertigen Stoffen; durch die Einspeisung von Amazon-Kundendaten und 3-D-Body-Scans produziert sie auch vollautomatisch maßgefertigte Designermode. Der gesamte Produktionsprozess wird durch Algorithmen aus der Amazon-Cloud gesteuert – hier fließen Mode-Designs, Kundendaten, Produktions- und Versandinformationen zusammen. Alles geschieht vollautomatisch. Nur der letzte Arbeitsschritt – die Qualitätskontrolle – wird noch von Menschenhand durchgeführt.

AI: Was bedeutet das für den amerikanischen Arbeitsmarkt?

Obama: 2016 erzielte die amerikanische Textilindustrie einen Umsatz von rund 74 Milliarden US-Dollar und beschäftigte rund 565.000 Menschen. Die Einführung der Importzölle auf asiatische Textilprodukte durch die Trump-Administration zeigte hier den gewünschten Re-Shoring-Effekt – amerikanische Textilunternehmen weiteten in der Tat ihre Produktion im Land aus. Doch obwohl mittlerweile fast 70 Prozent aller Qualitätsstoffe aus den USA kommen und im Geschäftsjahr 2024 ein Umsatz von 342 Milliarden US-Dollar erzielt wurde, ist der Beschäftigungsanteil in der Textilbranche in den vergangenen acht Jahren dramatisch gesunken.

AI: Wo macht sich dieser Verlust von Arbeitsplätzen vor allem bemerkbar?

Obama: Das trifft vor allem Menschen in den Südstaaten Amerikas, dem Stammland unserer Textilindustrie. Im Übrigen rekrutieren die Republikaner dort einen bedeutenden Teil ihrer Wähler.

AI: In Bangladesch, China und Ägypten hat dieser Re-Shoring-Effekt zum Zusammenbruch der dortigen Textilindustrien geführt. Es scheint, als gäbe es in diesem

Spiel nur einen einzigen Gewinner: Die IT-Unternehmen.

Obama: Sie treffen den Nagel auf den Kopf. Was im 20. Jahrhundert das Erdöl für die Schwerindustrien war, sind für die Cloud-Industrien des 21. Jahrhunderts die Massendaten. Big Data und die Fähigkeit, sie individuell zu verarbeiten, entscheiden heute über das Machtgefüge in der Welt. Für die nachholenden Ökonomien hört sich all das wie Science Fiction an. In den globalen Wertschöpfungsketten spielen die von Ihnen genannten Länder schon lange keine Rolle mehr. Das macht die Welt nicht stabiler und auch nicht sicherer.

AI: Lassen Sie uns noch einen Moment bei der Innenpolitik bleiben, Mr. President. Was Sie für die Textilindustrie beschrieben haben, trifft ja in weitaus stärkerem Maße auf die Automobil-Branche zu. Elon Musk hat mit seinem E-Mobilitätskonzept den Automobil-Sektor quasi auf der Überholspur revolutioniert.

Obama: Der endgültige Durchbruch der E-Mobilität im Individual- und öffentlichen Nahverkehr ist das Eine. Das allein ist ein großer Schritt im Kampf gegen den Klimawandel und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Das Revolutionäre an Elon Musks Erfolg aber ist, dass Autos fortan dezentral produziert werden können. Als Bausatz. Von jedermann. In der heimischen Garage. Aus dem Internet können Sie von Tesla den Datensatz zum Druck von Chassis und Karosserie mithilfe von 3-D-Carbonfaser-Druckern herunterladen; die vier Elektromotoren samt Rädern, Radaufhängung, Bremssystem und Innenausstattung liefert Ihnen Amazon frei Haus. Mikro-Batterien so groß wie ein Reisekoffer ebenso. Es ist wie Lego – zusammenstecken, fertig. Nachdem sich das System selbst überprüft hat, kann es losgehen. Vorbei sind die Zeiten endlos langer Produktionshallen im „Rostgürtel“. Und die Fahrzeuge sind so gut wie wartungsfrei.

AI: Das ist in der Tat faszinierend, doch wohin führt uns das aus Ihrer Sicht, Mr. President?

Obama: Zu einem vollkommen neuen Gesellschaftsvertrag. Wenn das Gros der Menschen bei der wirtschaftlichen Wertschöpfung keine Rolle mehr spielt, dann muss auch ihre soziale Rolle neu definiert werden. Gesellschaft im 21. Jahrhundert wird weder eine Volksgemeinschaft noch eine Wohlstandsgemeinschaft sein. Sie muss zu einer Solidargemeinschaft werden.

AI: Wie könnte ein solcher Gesellschaftsvertrag aussehen?

Obama: Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss ein Solidaritätsversprechen sein, das über die Grenzen unseres Landes hinausgeht. Grundeinkommen in den jeweiligen Volkswirtschaften gehört ebenso zu diesem neuen Gesellschaftsvertrag wie Transferzahlungen an schwächere Volkswirtschaften. Im Prinzip ist es das Modell, das die Europäische Union seit 1992 probt; für die Vereinigten Staaten wäre es Neuland. Dieses Konzept muss nun global gedacht werden.

AI: Wie kann das gelingen, wo Unternehmen in der Cloud Economy doch an jedem beliebigen Ort der Welt produzieren können?

Obama: Nur, wenn soziale Standards zwischen den großen Wirtschaftsregionen der Welt gemeinsam verhandelt werden, können die Unternehmen auch gesellschaftspolitisch in die Pflicht genommen werden. Mit dem Austritt der USA aus dem GATT hat sich Präsident Pence jedoch für einen anderen Weg entschieden – für weitere Abschottung und damit Konfrontation. Die Folgen sind fatal: Über kurz oder lang wird der amerikanische Binnenmarkt mit seinen rund 380 Millionen Konsumenten zu klein sein, um wettbewerbsfähig zu sein. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Filetstücke der amerikanischen Cloud Economy von chinesischen oder auch europäischen Unternehmen aufgekauft werden.

AI: Lassen Sie uns nun einen Blick auf die Außenpolitik werfen, Mr. President. Wie sehen Sie die jüngsten Entwicklungen im Mittleren und Nahen Osten?

KURZ UND KNAPP

Von Politikerinnen und Politikern werden Orientierung, Führung und weitestgehende Entscheidungen erwartet. Viel verlangt, in einer zunehmend unübersichtlichen und komplexen Welt. Wo endet die Verantwortlichkeit von Politikern und wo beginnt die Eigenverantwortung des Einzelnen?

Diskutieren Sie mit unter:
www.aspen-insight.de
Denn Ihre Meinung zählt.

Obama: Die Neuordnung des Irak in drei autonome Teilrepubliken entlang ethnisch-religiöser Siedlungsgrenzen hat nicht zu der erwünschten Stabilisierung geführt, sondern den inner-islamischen Konflikt eher verschärft. Denn während Sunnistan zu einem Vorposten Saudi-Arabiens geworden ist, nutzt der Iran Schiastan als Brückenkopf, um den Nahen Osten unter seine Vorherrschaft zu bringen. Im Norden des Landes hat sich der türkisch-kurdische Konflikt weiter verschärft, weil kurdische Milizen seit mehr als acht Jahren die in Nord-Syrien eroberten Gebiete als Faustpfand besetzt halten.

AI: Wie kann diese nicht enden wollende Spirale aus Gewalt, Krieg und Zerstörung durchbrochen werden?

Obama: Mehr als 20 Jahre nach der Zerschlagung des Baath-Regimes im Irak und anderthalb Jahrzehnte nach dem gescheiterten Arabischen Frühling erleben wir gerade die Endphase der Neuordnung des Mittleren und Nahen Ostens, – nur die USA werden dabei keine Rolle mehr spielen.

AI: Solch geopolitische Umwälzungen sind in der Vergangenheit selten friedlich abgelaufen. Müssen wir mit noch mehr Gewalt, womöglich einem ausgedehnten Krieg in der Region rechnen?

Obama: Ich gehe nicht davon aus, dass es zu einem direkten militärischen Schlagabtausch zwischen Saudi-Arabien und dem Iran kommen wird. Denn für beide Regime – das extrem konservative saudische Königshaus und die Mullahs im Iran – geht es ums politische Überleben. Mit der Teilung des Iraks sind die Einflusszonen vorerst hinreichend abgesteckt. Streitpunkt bleibt die Zukunft Syriens, weil hier neben den Saudis und den Mullahs auch Russland und die Türkei ein Wörtchen mitreden wollen.

AI: Als Reaktion auf das Attentat in Peking hat Chinas Präsident Xi Jinping Militärschläge gegen Teheran angekündigt. Geht es Peking wirklich nur um Vergeltung oder stehen dahinter strategische Interessen?

Obama: Hinter einer solch weitreichenden Entscheidung steht immer eine wohl kalkulierte strategische Entscheidung Pekings. Bei Lichte betrachtet spielt das Pekinger Attentat Xi Jinping im Grunde in die Hände: Es liefert ihm einen willkommenen Vorwand, um bei der nun fast abgeschlossenen Neuordnung des Nahen und Mittleren Osten die Karten noch einmal neu zu mischen. Ich bezweifle, dass Peking die Situation eskalieren wird. Allein die Entsendung der chinesischen Trägergruppe verändert schon das fragile Gleichgewicht in der Region.

AI: Was sind Chinas langfristige Ziele im Nahen Osten? Und mit welchen Mitteln wird Peking diese durchsetzen?

Obama: Pekings Ziele sind offenkundig und sie lassen einen langen Atem vermuten. Führende Analysten sind sich einig, dass das Mullah-Regime in Teheran auf lange Sicht keine Chance hat zu überleben. Dafür sind die gesellschaftlichen Fliehkräfte zu groß und die Reformfähigkeit des Regimes zu gering. Die iranische Gesellschaft ist jung, gut ausgebildet und weltoffen. Es ist davon auszugehen, dass das Mullah-Regime nach dem Tod von Ajatollah Ali Chamenei an sein Ende kommt.

AI: Das bedeutet...?

Obama: Im besten aller Fälle bedeutet dies das Ende des extremistischen politischen Islam, wie wir ihn seit 1979 kennen. Das würde dann eine einmalige Chance zur Erneuerung der Gesellschaften in der gesamten Region eröffnen. Wenn es Saudi-Arabien und den Golfstaaten im gleichen Maße gelingt, ihre Gesellschaften und ihre Volkswirtschaften zu modernisieren, dann bestehen gute Aussichten auf einen zweiten Arabischen Frühling. Diesmal allerdings von den Eliten gesteuert.

AI: Und welche Rolle spielt dabei China?

Obama: Für China eröffnet ein solches Szenario das Tor zu drei strategisch wichtigen Weltregionen: im Westen Richtung Europa sowie in den Mittelmeerraum, im Süden zur Arabischen Halbinsel und zur afrikanischen

Welche Entscheidung man auch trifft, sie führt nur in ein noch tieferes Tal der Tränen.

Barack H. Obama

Ostküste. Ich habe keinen Zweifel, dass der jetzige Vorstoß Pekings von diesen geostrategischen Überlegungen geleitet ist. Es ist der erste Eckstein einer Hegemonie Chinas im 21. Jahrhundert.

AI: Und das nur 15 Jahre nach dem Abzug amerikanischer Truppen aus dem Irak – eine Entscheidung, die Sie, Mr. President, als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte zu verantworten haben. Inwiefern hängt Amerikas Niedergang als Weltmacht Nr.1 mit dieser Abzugsentscheidung zusammen?

Obama: (zögert) Die Frage scheint mir verkürzt. Ich könnte es mir leichtmachen und auf das Erbe meines Vorgängers George Bush verweisen, der unter fadenscheinigen Begründungen im Frühjahr 2003 einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein angefangen hatte...

AI: Einmal abgesehen von diesen Erblasten: Worin sehen Sie selbst Ihr größtes Versäumnis, wenn es um die Befriedung und Neuordnung dieser Region geht?

Obama: In der Rückschau ist es eine Verkettung zahlreicher Umstände. Bitte vergessen Sie nicht, unter welchen Voraussetzungen ich meine erste Amtszeit angetreten habe. Amerika schlitterte 2008/2009 in die größte Wirtschaftskrise seit dem Schwarzen Freitag 1929. Die USA haben seit dem Ende des Kalten Krieges die Hauptlast zur Befriedung von Konflikten im Nahen Osten, in Nordafrika, ja selbst auf dem Balkan getragen. Seit 2001 führten die US-Streitkräfte in Afghanistan, ab Frühjahr 2003 schließlich auch im Irak zwei

verlustreiche, teure und demoralisierende Kriege – ohne Exit-Strategie und ohne eine langfristige Ordnungsvision. Amerika wurde kriegsmüde, ohne dass es zu einer wirklichen Verbesserung der Sicherheit in der Welt gekommen war. 2011 war es einfach an der Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen.

AI: Sie würden also im Rückblick genauso handeln?

Obama: Das ist nicht mein Punkt. Im Gegenteil, ich möchte meine Entscheidungen jener Zeit bloß in ihren historischen Kontext einordnen. Natürlich habe ich Fehler gemacht – der größte Fehler war womöglich, das irakische Volk zu einem Zeitpunkt im Stich gelassen zu haben, als bereits offensichtlich war, dass der schiitische Ministerpräsident al-Maliki das Land in die Teilung treiben würde. Das Entstehen des IS und das Massensterben im syrischen Bürgerkrieg sind zum Teil auch eine Folge meiner Unentschlossenheit und Schwäche gegen den Widerstand im eigenen Land zu tun.

AI: Was würden Sie in der Rückschau anders machen, Mr. President?

Obama: (nachdenklich) Ich wünschte, ich wäre entschlossener in Syrien gegen Bashir al-Assad vorgegangen. Wahrscheinlich hätten wir den Bürgerkrieg schon 2012 beenden können.

AI: Warum haben Sie trotz Ihrer Warnung, bei einem Chemiewaffeneinsatz zu militärischen Mitteln zu greifen, nicht gehandelt?

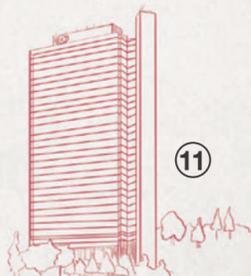
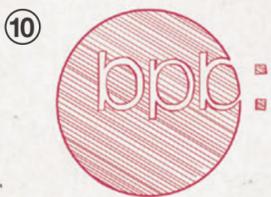
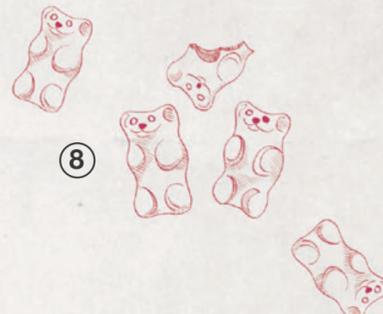
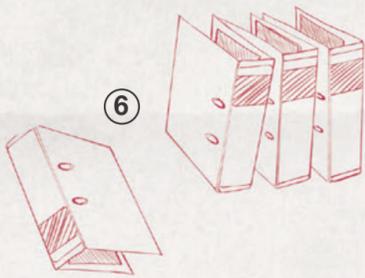
Obama: Mein sicherheitspolitisches Team und ich haben seinerzeit mehrere Szenarien durchgespielt. Und alle Szenarien führten zum selben Ergebnis: Ein militärisches Eingreifen der USA hätte womöglich al-Assad entmachtet. Aber alles deutete darauf hin, dass Syrien danach in einen noch blutigeren Bürgerkrieg abgerutscht wäre. Und ein weiteres machtpolitisches Vakuum in der Region wollten wir unter allen Umständen verhindern.

AI: Welche Lehren haben Sie aus dieser Erfahrung gezogen?

Obama: Wissen Sie, als amerikanischer Präsident haben Sie es häufig mit solchen Dilemma-Situationen zu tun. In der Politik gibt es selten Schwarz und Weiß, nur Grau. Hellgrau und Dunkelgrau. Welche Entscheidung man auch trifft, sie führt nur in ein noch tieferes Tal der Tränen. Heute aber weiß ich: Besonnenheit wird häufig als Unentschlossenheit und Schwäche ausgelegt. Allein das verändert das geopolitische Machtgefüge, denn in der Außen- und Sicherheitspolitik spielen Wahrnehmungen eine weitaus größere Rolle, als wir Politiker uns zumeist eingestehen wollen. Das ist wohl die banalste Einsicht meiner achtjährigen Amtszeit. Wahrscheinlich würden die Welt und Amerika heute anders aussehen, hätte ich im Sommer 2012 mehr Entschlossenheit gezeigt.

AI: Mr. President, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Born in Bonn



1) Der erste Haushund: vor 14.500 Jahren, 2) Der römische Legionär Cassius: 3. Jahrhundert n. Chr., 3) Ludwig van Beethoven: 1770, 4) Universität Bonn: 1818, 5) Beueler-Weiberfastnacht: 1824, 6) Soennecken-Ordner: 1875, 7) Johannes Klais Orgelbau: 1882, 8) HARIBO Gummibärchen: 1922, 9) Grundgesetz: 1949, 10) Bundeszentrale für politische Bildung: 1952, 11) Langer Eugen: 1969, 12) Entwicklung der ersten App: 2004.

Große Ideen und Menschen aus Bonn.
Unter ihnen: die Bundeszentrale für politische Bildung.
Seit 65 Jahren aktiv für Demokratie und Zivilgesellschaft

www.bpb.de

bpb Bundeszentrale für politische Bildung

NRW zieht Olympia-Bewerbung zurück

SPORT In Zeiten permanenter terroristischer Bedrohungen werden sportliche Großereignisse immer häufiger abgesagt. Nun ziehen Chicago und das Land Nordrhein-Westfalen ihre Bewerbungen für die Olympischen Spiele 2036 zurück. Ursachenforschung in der Grauzone von tatsächlicher Bedrohung, vermeintlicher Sicherheit und eingeschränkter Bürgerrechte.

Die Sicherheit bei Sportgroßereignissen wird nicht erst seit dem überraschenden Verzicht Nordrhein-Westfalens und Chicagos auf die Olympia-Bewerbung 2036 diskutiert. Offiziell heißt es seitens des Bewerbungskomitees in Düsseldorf, die horrenden Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen sprengten den finanziellen Rahmen der Veranstaltung. Doch was sind die wirklichen Gründe für den Rückzieher?

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOK), Tom Bachmann, hält sich bedeckt. Auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz gestern Nachmittag bemühte er sich um Schadensbegrenzung. Sein Sprecher teilte mit: „Dass die Bewerbungskomitees sowohl in Nordrhein-Westfalen wie auch in Chicago so kurz vor der offiziellen Entscheidung ihre Bewerbungen zurückgezogen haben, ist zwar bedauerlich, aber kein einmaliger Vorgang.“ Auch in der Vergangenheit sei es immer mal wieder zum Rückzug von Bewerbungen gekommen. „Angesichts des aufwendigen Verfahren und der finanziellen Implikationen ist das auch keineswegs verwunderlich.“

Dass nun das Tandem Israel und Palästina zum Zuge kommt, ist zwar aus politischer Sicht ein starkes Signal, hinterlässt aber zugleich einen faden Beigeschmack. Denn die Doppelbewerbung aus dem Nahen Osten war die einzig noch verbleibende, auf die das IOK zurückgreifen konnte. Bachmann dagegen verströmt Zweckoptimismus: „Israel ist bekannt für seinen reibungslos funktionierenden Sicherheitsapparat. Und dass nun Juden und Palästinenser die Spiele gemeinsam ausrichten werden, ist doch wichtiger

als Budgetfragen“, so Bachmann lakonisch. Über eine Frage kann Bachmanns trotzig Reaktion aber kaum hinwegtäuschen: Warum schrecken Großstädte und Metropolregionen immer häufiger davor zurück, Großereignisse jedweder Art auszurichten? Nordrhein-Westfalen, Deutschlands am dichtesten besiedelte Metropolregion, kann auf eine lange Geschichte sportlicher und kultureller Großveranstaltungen zurückblicken: Fußball-Weltmeisterschaft 2006, allwöchentliche Punktspiele der fünf großen Revier-Klubs in der Fußball-Bundesliga, Leichtathletik-WM 2020 in Düsseldorf, im vergangenen Jahr die World Cyber Games in Köln mit mehr als vier Millionen Besuchern. Und nicht zuletzt ist da der Karneval mit seinen Rosenmontagszügen, die Jahr für Jahr Millionen Besucher auf die Straßen locken.

IOK-Sicherheitsanforderungen durch deutsche Rechtslage nicht gedeckt

Der Präsident des Landesamts für Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheit im Cyberspace (LKSC), Ludger Meinert, erklärte dem „Aspen Insight“ am Donnerstag, dass die Absage Nordrhein-Westfalens vor allem mit den strengen Sicherheitsvorschriften des

wieder wurden diese Vorschriften verschärft, zuletzt im Oktober 2024 nach den vereitelten Attentaten in Paris.

Die derzeitigen IOK-Anforderungen überschreiten jedoch die gegenwärtigen Anti-Terror-Gesetzgebungen in Deutschland und der EU bei weitem. So verlangt das IOK umfassende Sicherheitsüberprüfungen aller Athleten vor Antritt ihrer Reise ins Gastgeberland (u.a. durch Abgabe eines genetischen Fingerabdrucks), die vollständige visuelle, akustische und elektronische Überwachung von Mannschaftsunterkünften sowie die Erfassung biometrischer Daten sämtlicher Besucher von Sportveranstaltungen. Allein die Software zur Gesichtserkennung im Umfeld der Sportveranstaltungen hätte mit knapp 250 Millionen Euro zu Buche geschlagen.

Attentat auf die Olympischen Spiele in Tokio 2020

Doch es geht um mehr: „Würden wir die Anforderungen des IOK erfüllen“, so eine hochrangige Quelle im Bundeskanzleramt, „dann müssten wir Deutschland zu einem lückenlosen Überwachungsstaat ausbauen.“ Ohnehin sei es „aberwitzig“, dass sich ein souveränes Bewerberland den Sicherheitsvorschriften des IOK beugen müsse. „Das ist völlig inakzeptabel und pervertiert zudem die olympische Idee“, hieß es ergänzend aus der Staatskanzlei in Düsseldorf.

Ohnehin gehe seit langem der Anteil konventioneller terroristischer Taten zurück – also Attentate mit Schusswaffen oder Sprengstoffen. „Wir müssen uns vielmehr auf virtuellen Terrorismus einstellen sowie auf Anschläge mit geringsten Spuren biologischer, chemischer oder gar nuklearer Substanzen wie zuletzt in Tokio“, erklärt LKSC-Präsident Meinert. „Dem ist mit konventionellen Sicherheitskonzepten, wie sie das IOK vertritt, nicht beizukommen.“ Was zähle, seien neueste Methoden des Täter-Profilings, engste geheimdienstliche Koordination und Kooperation vor allem im Cyberspace sowie das rechtzeitige Erkennen und Schließen potenzieller Sicherheitslücken – etwa durch freiwillige Sicherheitsüberprüfungen der Olympia-Delegationen durch die entsendenden Nationen selbst, erläutert Meinert.

Droht Olympia ein stiller Tod?

Dagegen fordern andere: Ungeachtet der Attentate von Tokio und jüngst beim Champions-League-Finale in Madrid – der Sport dürfe sich dem Terror nicht beugen. „Wenn wir dem internationalen Terrorismus erlauben, die olympische Idee zu zerstören“,



Wird wohl Bauruine bleiben: Der unvollendete Stadion-Neubau in Essen

Bild: Damien Poitry/flickr CC BY-SA 2.0, modified

Katar wird Eishockey-Weltmeister

Riad. Es ist eine Sensation: Der neue Eishockey-Weltmeister heißt Katar. In einem packenden Finale setzte sich am gestrigen Abend die Nationalmannschaft des kleinen Golfstaates mit 6:5 Toren gegen den Überraschungsfinalisten aus Saudi-Arabien durch. Russland, langjähriger Spitzenreiter im Welt-Eishockey, schied im Halbfinale ebenso unerwartet aus wie der Mit-Favorit Kanada. „Das Epizentrum des internationalen Eishockey-Sports liegt nun auf der arabischen Halbinsel“, jubelte der Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani nach dem Sieg. Die diesjährige Eishockey-Weltmeisterschaft hatten erstmals in Riad stattgefunden.

Motorsport ab 2026 CO₂-neutral

Silverstone. Kommende Saison wird die Formel 1 vollkommen CO₂-neutral sein. Nach Einführung von Elektromotoren zur Saison 2022/23 und der Vorstellung des zehn Punkte umfassenden Konzepts „Green Formula 1“ verspricht die Federation Internationale de l'Automobile (FIA) nun „authentische Rennergebnisse ohne klimaschädliche Emissionen“. Größte Herausforderung war der Aufbau einer vollends schadstofffreien Logistik-Kette. Denn der Formel-1-Betrieb ist ein weltumspannendes Unternehmen: Zwischen Melbourne und Spa, Mexiko-Stadt und Silverstone treten alle 14 Tage zwölf Teams mit je zwei Fahrern zum Grand Prix an. Das bedeutet: Dutzende Transportmaschinen umrunden permanent den Globus, um Fahrer, Fahrzeuge, Techniker und Werkstätten an jeder Rennstrecke einsatzbereit zu haben. Im Jahr 2009 führte dies zu einem CO₂-Ausstoß des Formel-1-Zirkus (ohne die Emissionen durch Anreisen der Zuschauer) von 215.588 Tonnen – so viel wie eine deutsche Kleinstadt mit 20.000 Einwohnern in einem ganzen Jahr. Das hat nun ein Ende. Mehr noch: Formel-1-Chef Nicki Lauda kündigte gestern ein noch ambitionierteres Ziel an: Der Rennzirkus soll künftig sogar eine positive CO₂-Bilanz aufweisen. Entlang von 10 der 22 internationalen Rennstrecken plant Lauda großflächige Wiederaufforstungsprogramme. Damit würde der Atmosphäre dauerhaft schädliches CO₂ entzogen.

Was ist uns wichtiger: Spiele oder Selbstbestimmung?

Prudence Warner, Human Rights Watch

IOK zu tun habe: „Das IOK verlangt Sicherheitsstandards, für die in Deutschland erst noch der rechtliche Rahmen geschaffen werden muss“, so Meinert.

Bis zu den Sommerspielen 2020 in Japan lag die Zuständigkeit für das Sicherheitskonzept olympischer Spiele bei den Veranstaltern. Doch nach dem Anthrax-Anschlag während der Tokioter Eröffnungsfeier am 24. Juli 2020, dem 254 Menschen zum Opfer fielen, änderte das IOK seine Vorschriften. Seitdem verlangt es von Bewerbern einen Mindestkatalog an Maßnahmen, ohne deren Erfüllung sie erst gar nicht zum Zuge kommen. Immer

KLEINE MELDUNGEN

Deutsches Team enttäuscht bei Drohnenflug-WM



Bild: pibaiba/CCO

Dakar. Enttäuschte Gesichter beim deutschen Team um Trainer Malte Liebig: Das deutsche Drohnenflug-Team konnte die beeindruckende Form der Saison bei der Weltmeisterschaft im senegalischen Dakar nicht abrufen. „Uns hat der unberechenbare Wind vom offenen Atlantik wertvolle Zeit gekostet, die wir trotz guten Materials nicht wettmachen konnten“, so Liebig nach der Siegerehrung. An der Technik-Kooperation mit Siemens wolle man dennoch festhalten. Gewonnen hat das japanische Team vor Südkorea und Taiwan.

DFB-Studie: Profi-Fußballer immer älter

Frankfurt. Die vom Deutschen Fußballbund in Auftrag gegebene Studie „Demografischer Wandel im deutschen Amateur- und Profi-Fußball“ warnt vor einer weiteren Verschärfung des Talente-Mangels im Profisport. Betrug das Durchschnittsalter in der Fußball-Bundesliga vor gut 10 Jahren noch 25,3 Jahre, so stieg es zur Saison 2024/25 auf 32,8 Jahre an. Die Studie warnt vor einem „irreversiblen Trend“. Schon heute hat die Bundesliga im Vergleich zu anderen Ligen die höchste Zukaufrate an ausländischen Spielern. Eigene Talente sind Mangelware, so dass viele Profi-Clubs keine B-Teams mehr aufstellen können. Deutschlands letzter Triumph mit der U20 liegt nun schon neun Jahre zurück. Der DFB kündigte die Einsetzung einer Expertenkommission zur Nachwuchsförderung an. Ihre Aufgabe ist es, ein umfassendes Nachwuchskonzept aufzustellen, das für die nächsten zwei Jahrzehnte die Richtung weist. Darin soll auch die Frage beantwortet werden, ob im Ligabetrieb künftig Spieler-Roboter zum Einsatz kommen sollen.

Asien-Spiele erstmalig in Virtual Reality

Seoul. Das Veranstaltungskomitee der kommenden Asien-Games hat für 2026 eine bahnbrechende Entscheidung getroffen. Erstmals in der Geschichte soll ein internationales Sportgroßereignis dezentral in Virtual Reality abgehalten werden. Sportler konkurrieren dann in der eigens programmierten „Asiarena“ und treffen ausschließlich virtuell auf ihre Gegner in der jeweiligen Disziplin. Das Komitee gibt sich enthusiastisch: „Sport war schon immer ein Ereignis, das Menschen zusammenbringen konnte. Mit unseren virtuellen Asia Games bringen wir das Sporterlebnis auf eine neue Stufe: Wir vernetzen den gesamten asiatischen Kontinent in einer virtuellen Arena, in der sich die besten Sportler messen können.“ Besonders stolz sei man auf die neuen Qualifikationsregularien: Jeder könne sich online für die Qualifikation in seinem jeweiligen Land registrieren und ein Virtual-Reality-Kit zusenden lassen. So erhoffe man sich, auch die ländlichen Räume stärker einzubinden.

Deutscher Senioren-Sport boomt

München. Mit Zufriedenheit blickt der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) auf die Mitgliederentwicklung im Senioren-Bereich. Für 2024 konnte ein neuer Mitgliederrekord der über 60-Jährigen in Sportvereinen und Fitness-Studios verzeichnet werden: Knapp 19,8 Millionen Deutsche über 60 Jahren gehen somit regelmäßig einer sportlichen Aktivität nach. „Eine wahrlich beeindruckende Entwicklung“, heißt es aus Funktionärskreisen, die man noch ausbauen wolle. Senioren-Profi-Ligen, wie sie bereits für die Sportarten Fußball, Handball, Air-Hockey und Tennis existieren, wolle man „kontinuierlich“ auch auf andere Sportarten ausdehnen. Für die Olympischen Senioren-Spiele, die erstmals kurz nach den Sommerspielen 2028 in Los Angeles stattfinden werden, wolle man ein „starkes Team“ formen. Angesichts der jüngsten Mitgliederentwicklung zeigt sich der DOSB zuversichtlich, im olympischen Medaillenspiegel einen der oberen Plätze einnehmen zu können.

IMPRESSUM

„The Aspen Insight“ ist ein Projekt des Aspen Institute Deutschland e.V.

Projektleitung

Dr. Anna Kuchenbecker, Stellvertretende Direktorin, Aspen Institute Deutschland (Berlin)

Partner und Unterstützer

Lotto Stiftung Berlin (Berlin)
Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)
Bureau für Zeitgeschehen (BfZ) GmbH (Berlin)

Workshop-Teilnehmer

Ranj Alaaldin, Visiting Fellow, Doha Center, The Brookings Institution (Doha); Ricardo Alcaro, Senior Fellow, Istituito Affari Internazionali (Rom); Louis Bédier, Chargé de mission, Institut Aspen France (Paris); Dr. Trine Flockart, Professor of International Relations, Director of Research, Rutherford College University of Kent (Kent); Jonas Grinevičius, Director, Eastern Neighborhood Policy Department, Ministry of Foreign Affairs of Lithuania (Vilnius); Manuel Kilian, Referent Strategische Planung und Koordination, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (Berlin); Dr. Michal Kofan, Deputy Director, Aspen Central Europe (Prag); Philippe Legrain, Visiting Senior Fellow, London School of Economics and Political Science (London); Dr. Nazrin Mehdiyeva, Independent Consultant (London); Heiko Nitzschke, Forschungsbeauftragter Planungsstab, Auswärtiges Amt (Berlin); Dr. Nicola Nymalm, Researcher, Swedish Institute for International Affairs (Stockholm); Dr. Vira Ratsibornyska, Visiting Scholar, NATO Defense College (Rom); Peter Rough, Fellow, Hudson Institute (Washington, D.C.); Dirk Schmittchen, Senior Projektmanager, Internationale Beziehungen Amerika und Asien, Robert Bosch Stiftung GmbH (Stuttgart); Ming Shi, Journalist und Autor (Berlin); James Shikwati, Founder, Inter Region Economic Network (Nairobi); Dr. Amanda Sloat, Fellow, Ash Center at the Harvard Kennedy School of Government (Cambridge/USA); Dr. Ulrich Speck, Senior Research Fellow, Brussels Office Elcano

Royal Institute (Brüssel); Knut Steinhäuser, Studienreferent Entwicklungspolitik, Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Berlin); Ashraf Swelam, Director, Cairo Center for Conflict Resolution and Peacekeeping in Africa (Kairo); Dr. Ivan Timofeev, Director of Programs, Russian International Affairs Council (Moskau); Ozgur Unluhisarcikli, Director, Ankara Office, The German Marshall Fund of the United States (Ankara); Agata Wacławik-Wejman, Head of Public Policy and EU Governmental Relations, Uber (Brüssel, zur Zeit beurlaubt); Christopher Walker, Vice President for Studies and Analysis, National Endowment for Democracy (Washington, D.C.)

Die Zukunftsbilder des „Aspen Insight“ werden nicht notwendigerweise von allen Mitgliedern des Projekts geteilt.

Methodologie und Moderation
Dr. Oliver Gnad, Geschäftsführer, Bureau für Zeitgeschehen (Berlin)

Redaktion
Dr. Oliver Gnad, Mike Raschke
Bureau für Zeitgeschehen (Berlin)
Dr. Anna Kuchenbecker,
Aspen Institute Deutschland (Berlin)

Art Direktion, Layout und Satz
Andreas Strack, Melanie Haamann,
SCHUMACHER — Brand + Interaction Design
(Darmstadt), www.schumacher-visuell.de (smr)

Karikaturen
Jennifer Wagner Media (Berlin)

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 90.000 Stück

Aspen Institute Deutschland e.V.
Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
T +49 (0) 30 804 890 0
E info@aspeninstitute.de
I www.aspeninstitute.de

Zu meiner Lebenszeit wird keine Frau Premierministerin werden.

Margaret Thatcher, 1974

Vorgedacht

Schon Oscar Wilde wusste:
Die Zukunft gehört denen,
die die Möglichkeiten
erkennen, bevor sie offen-
sichtlich werden. Wer also auf
die Zukunft vorbereitet sein
will, tut gut daran,
auf Vorrat zu denken.
Denn nichts ist so beständig
wie der Wandel. Auch deshalb
halten wir es gern mit
Lawrence Peter Berra: „Wenn
Du nicht weißt, wohin Du
gehst, könntest Du an einem
ganz anderen Ort landen.“

www.aspen-insight.de

Wir werden niemals Energie aus Atomen gewinnen können.

Albert Einstein, 1932

Nachgedacht

Max Frisch meinte einmal, Krise sei durchaus ein produktiver Zustand. Man müsse ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. Chinesen würden dem Schweizer unumwunden zustimmen – in ihrer Sprache besteht das Wort „Krise“ aus zwei Schriftzeichen: Das eine bedeutet Gefahr, das andere Gelegenheit. Alles eine Frage der Perspektive. Gut, wenn man in der Lage ist, sie zu wechseln.

www.aspen-insight.de



Bild: Adelia-Srajder/ESGaming.com

Ab sofort olympische Disziplin: e-Sports

e-Sports wird olympisch

OLYMPIA Das Internationale Olympische Komitee konnte sich dem unaufhaltsamen Trend nicht länger entziehen und erkennt nach jahrelangem Zögern die sogenannten e-Sports als olympische Disziplin an. Die Branche jubelt, doch was steckt dahinter?

Ort. e-Sports, das kompetitive Spielen von Computer- und Videospielen, ist fortan olympische Disziplin – sowohl bei den Sommer- als auch den Winterspielen. Entsprechend den Gepflogenheiten der e-Sports-Branche fand der Jubel über diese bahnbrechende Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOK) vor allem online statt. Kurz nachdem der IOK-Vorsitzende Tom Bachmann vorigen Dienstag nüchtern jene Entscheidung verkündete, auf die Gamer in aller Welt seit einem Jahrzehnt gewartet hatten, brachen alle Dämme. Auf Twitch, dem populären Streaming-Portal für Gameplay, feierten Größen der Branche die IOK-Entscheidung.

„Das ist der Ritterschlag für eine der jüngsten und populärsten Sportarten“, freute sich Lee Young-Ho, Vorsitzender der Internationalen e-Sport Federation (IeSF). Auf Twitter

und Facebook stürmte der Hashtag #better18thannever (zu deutsch „besser spät als nie“) weltweit die Bestenlisten. Nur eine Minute nach Bekanntgabe der IOK-Entscheidung waren mehr als 300 Millionen Kurznachrichten gepostet worden – ein einsamer Rekord.

Langer Kampf um Anerkennung

Blickt man zurück auf den langen Kampf der Branche um Anerkennung als Sportart, so ist die Euphorie verständlich. Über ein Jahrzehnt waren elektronische Sportarten gemeinhin als „Ausdruck einer gelähmten Wohlstandsgesellschaft“ verpönt, ja wurde die gesamte Branche nicht selten mit organisierter Jugend-Kriminalität in Verbindung gebracht. Vor allem in Deutschland glich die öffentliche Diskussion bisweilen einer Hexenjagd. Gamer wurden als krankhafte Randgruppen stigmatisiert – und dass, obwohl der digitale Wandel sie schon längst in die Mitte der Gesellschaft katapultiert hatte. Ärzteverbände warnten, der zunehmende Bewegungsmangel bei Jugendlichen würde vor allem durch exzessives Gaming hervorgerufen. Psychologen wurden nicht müde, auf die Gefahren virtueller Realität für Wahrnehmung und soziale Entwicklung hinzuweisen. Und in den turnusmäßig wiederkehrenden Debatten über sogenannte „Killerspiele“ überboten sich Politiker und Kirchen in der Verteufelung von e-Games als „gewaltverherrlichend“. Da diese Vorwürfe nicht gänzlich von der Hand zu weisen waren, hat sich die e-Sports-Branche schon vor drei Jahren einer freiwilligen Selbstkontrolle unterwor-

fen und einen Ethikrat ins Leben gerufen. Die Öffentlichkeit hat dies jedoch kaum zur Kenntnis genommen.

Das ist der Ritterschlag für eine der jüngsten und populärsten Sportarten.

Lee Young-Ho, Vorsitzender der Internationalen e-Sport Federation (IeSF)

In Asien ist man über diese Stufe der Empörung längst hinaus. Seit vielen Jahren werden an japanischen Schulen selbstlernende Computer-Spiele zur Stimulierung kindlicher Kreativität eingesetzt. Neurologen und Hirnforscher sind schon lange davon überzeugt, dass Lernen dann besonders gut voranschreitet, wenn Menschen sich emotional berührt fühlen und möglichst lebensnahe Rollen ausfüllen können.

e-Sports bald erfolgreicher als analoge Sportarten

Die Statistiken der e-Sports-Branche sprechen schon seit Jahren eine deutliche Sprache: In den Top-e-Game-Ligen werden mittlerweile Gehälter gezahlt, die selbst jene der bestbezahlten Fußballstars in den Schatten stellen. Tag für Tag versammeln die Gamer nicht nur ein Millionenpublikum vor den heimischen Bildschirmen, sie füllen mittlerweile auch immer mehr Stadien: Während der diesjährigen DOTA4-Championships, die vom 15. – 22. Juni 2025 in Seattle stattfanden, verfolgten 72.000 Menschen das Finale live im CenturyLink Field; weitere 150.000 auf Public-Viewing-Bildschirmen auf Mercer Island im Hafen der Stadt. Online waren knapp eine Milliarde User weltweit über Live-Streams, YouTube oder die e-Sports-Plattform Twitch zugeschaltet – die größte singuläre Sportveranstaltung aller Zeiten.

e-Sportarten können also schon heute mit den klassischen, analogen Sportarten mithalten. Ob Fußball, Leichtathletik oder Drohnen-Regatten: Analoge Sportarten leiden seit Jahren unter sinkenden Zuschauerzahlen. So musste jüngst auch Felix Mahn, Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB), neidvoll anerkennen, dass die Zuschauerzahlen der großen Gaming-Ligen DOTA und League of Legends diejenigen der Bundesliga weit

in den Schatten stellen. Zum Vergleich: Die Bundesliga-Saison 2024/25 kam auf durchschnittlich 51.648 Zuschauer pro Spiel, während die beiden größten Gaming-Ligen im selben Zeitraum zusammen auf 72.845 Zuschauer pro Spiel kamen. Traumzahlen bei den e-Sports, Katerstimmung in der Bundesliga.

Die macht sich auch bei den Werbeeinnahmen bemerkbar. Kleine Fußball-Bundesliga-Vereine wie zum Beispiel die Sport- und Spielvereinigung Velbert und Alemannia Aachen mussten in der vergangenen Saison deshalb Insolvenz anmelden und sich aus dem Ligabetrieb zurückziehen.



Bild: Steffie Wunder/ESGaming.com

Mannschaftsgeist, Kampfgeist und Fairplay zeichnen auch erfolgreiche e-Sportler aus



Bild: Helena Kristiansson/ESGaming.com

e-Sports: Höchstmaß an Konzentrations- und Koordinationsfähigkeit



Bild: Helena Kristiansson/ESGaming.com

Fans aus aller Welt lassen sich von der spannungsgeladenen Atmosphäre offline und online mitreißen

SPORT IM DIGITALEN ZEITALTER

Folgt man der Definition des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), darf sich nur Sportler nennen, wer eine „eigenmotorische Leistung“ erbringt. Im Umkehrschluss: Nur was Muckis macht, darf auch Sport genannt werden. e-Sports erfüllte diese Voraussetzung bisher nicht.

Doch wie sieht es eigentlich mit der „eigenmotorischen Leistung“ in den anerkannten Sportarten aus? Auch vor ihnen hat der technologische Fortschritt nicht Halt gemacht. Die Körperfunktionen von Hochleistungssportlern werden mittlerweile von im Blut schwimmenden Mini-Computern im Nano-Format vermessen; Vitamine und andere leistungssteigernde Substanzen können so vollautomatisch verabreicht werden. In Trainingszentren wird seit Jahren mit „augmented reality methods“, also computergestützter Erweiterung der Realitätswahrnehmung gearbeitet, um Sportler auf neue Wettkampfbedingungen vorzubereiten. Und die Textilindustrie stellt Trikots

zur Verfügung, die dank ihrer Sensor- und Kühltechnologie stets eine optimale Regulierung der Körpertemperatur garantieren.

„Inwiefern kann man hier noch von ‚eigenmotorischer Leistung‘ sprechen“, fragte jüngst der Präsident der International e-Sports Federation (IeSF), Lee Young-Ho, in einem Interview mit dem Sender BBC Sports bissig. Die völlig unzeitgemäße Definition einer „eigenmotorischen Leistung“ habe nicht nur den technischen Fortschritt ignoriert, sondern auch „völlig unnötig“ einen Keil zwischen die Generationen getrieben, so Young-Ho.

Das Internationale Olympische Komitee ließ sich jedoch Zeit, viel Zeit. Dabei fanden bereits im Jahr 2000 die ersten World Cyber Games statt und 2016 – parallel zu den Olympischen Spielen in Rio – die ersten e-Games. Mit der IOK-Entscheidung von dieser Woche hat die Zweiteilung der Sportwelt nun ein Ende. e-Sports ist fortan offiziell anerkannt – und damit olympisch.

E-SPORTS-STATISTIKEN

Mitglieder (Stand: 2024/2025)

7,74 Mio.

Mitglieder in Fußballvereinen (-8,9% im Vergleich zum Vorjahr)

4,92 Mio.

Mitglieder in e-Sportsvereinen (+10,4% im Vergleich zum Vorjahr)

Ablösesummen Fußballspieler

278 Mio. €

Ödegaard
Manchester United 2021/2022

222 Mio. €

Neymar
Paris Saint-Germain 2017/2018

Preisgelder e-Turniergewinne

235 Mio. €

Team Liquid (EU)

185 Mio. €

Wings Gaming (CHN)



KLEINES E-SPORTS-LEXIKON

E-SPORTS: Sammelbegriff für das kompetitive Spielen von Computer- und Videospielen im Mehrspielermodus.

DISZIPLINEN: Die Aufteilung in einzelne Disziplinen hängt meist von der Popularität einzelner Spiele ab, sodass die drei beliebtesten Spiele auch die jeweiligen Disziplinen begründen. Es wird zwischen taktischen First-Person-Shootern (FPS), Echtzeit-Strategiespielen, wie den populären MOBAs (Massive Online Battle Arena) sowie Sportsimulationen unterschieden.

CLAN: Name für Vereine oder organisierte Mannschaften im e-Sports Bereich. Die Bezeichnung setzte sich mit Hilfe des Computerspiels Quake durch, in dem sich Spielergruppen als Clan registrieren lassen konnten. Alternativ werden auch die Bezeichnungen Gilde oder Allianz verwendet.

CLAN WAR: Ein Aufeinandertreffen zweier Mannschaften wird im e-Sport meist als Clan War bezeichnet. Dabei treten Repräsentanten der jeweiligen Mannschaften über den Online-Modus eines Spieles gegeneinander an.

TWITCH: Das weltweit größte Videoportal von und für Gamer. Hier streamen (= Live-Mitschnitt) Gamer vor einem Millionenpublikum ihren eigenen Spielverlauf der beliebtesten e-Games und tauschen Taktiken, Tipps und Tricks aus.

larinteressen zurückzustellen und wieder an einem Strang zu ziehen. So war es in den 2010er Jahren beim Kampf gegen den Klimawandel, so war es beim Versuch, den erdnahen Asteroiden Apophis aus seiner Umlaufbahn zu drängen. Offenbar ist die Menschheit nur dann kooperationsfähig, wenn es ihr als Ganzes an den Krügen geht.

AI: Wo wir bei der Frage wären, was Ihnen in den vergangenen Jahren als UN-Generalsekretärin die größte Genugtuung verschafft hat?

Merkel: Genugtuung? Das ist eine Kategorie, die mir fremd ist. Es geht schließlich nicht darum, ob ich Genugtuung empfinde oder ob ich mit mir und meiner Arbeit zufrieden bin. Vielmehr geht es doch darum, ob man einen Beitrag zum Nötigen leistet...

AI: Da ist sie wieder, Ihre protestantische Ethik. Aber mal im Ernst: Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte jüngst, der Umbau des sklerotischen UN-Systems wäre ohne ihre Führungsstärke und allgemein anerkannte Autorität nicht denkbar gewesen.

Merkel: Emmanuel ist ein charmanter Mensch. Und er ist Franzose. Ich nehme das einmal so hin. Aber auch Sie wissen: Alles hat seine Zeit. Die Reform des UN-Systems stand über 30 Jahre auf der Agenda der Vereinten Nationen. Ja, die Erweiterung des UN-Sicherheitsrates auf nunmehr 20 ständige Mitglieder war gewiss kein leichtes Unterfangen. Aber das war nicht allein mein Verdienst. Jeder, der einmal eine große Organisation geführt hat, weiß, dass es schwerer ist, bestehende Institutionen zu reformieren als neue zu gründen. Nicht ohne Grund sind seit 1945 rund 200 internationale Organisationen ins Leben gerufen, aber nur sehr wenige abgewickelt worden. Ohne die Bereitschaft der fünf ehemaligen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (die sogenannten P-5) wäre diese Reform nicht denkbar gewesen.

AI: Tatsache ist, dass die UNO unter Ihrer Führung nicht nur die längst überfällige

Reform des UN-Sicherheitsrates angegangen ist, sondern auch dazu beigetragen hat, regionale Strukturen wie die Afrikanische Union, den Golf-Kooperationsrat oder die Shanghaier Organisation für Kooperation zu stärken.

Merkel: Anders wäre der Wiederaufbau nach den Reaktor-Havarien auch nicht möglich gewesen. Was vielerorts als Nothilfeprogramm unter Nachbarstaaten begann – etwa die Unterbringung der Millionen von Evakuierten – ging allmählich in dauerhafte Einrichtungen über. Der „Europäische Fonds für Migration und Entwicklung“ zum Beispiel geht auf diese Soforthilfeprogramme der Jahre 2021/22 zurück. Heute ist der Fonds nicht nur als Schnittstelle für innereuropäische Migration und Flucht tätig, er koordiniert auch sämtliche Migrations- und Flüchtlingsströme innerhalb der Euro-Mediterranen Union – vom Atlas-Gebirge in Nordafrika bis zum Nordkap, vom Atlantik bis nach Zentralasien. In enger Zusammenarbeit mit dem „Globalen Fonds für Migration und Entwicklung“ und anderen regionalen Fonds koordiniert er die Wanderungsbewegungen von und nach Europa.

AI: Ein solch eng abgestimmtes und planvolles Vorgehen in Fragen von Flucht, Migration und Entwicklung hätten Sie sich gewiss auch zu Ihrer Zeit als Bundeskanzlerin gewünscht...

Merkel: Mir hätte schon gereicht, wenn wir damals einen innereuropäischen Konsens über Menschenrechtsstandards erreicht hätten. Für mich war stets Artikel 1 unseres Grundgesetzes handlungsleitend: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht ja nicht: Die Würde der Deutschen oder die Würde von Europäern ist unantastbar. Wenn Menschenwürde also unteilbar ist, dann muss uns die Würde eines Syrers, eines Iransers oder eines Afghanen ebenso viel wert sein wie unsere eigene Würde. Tatsächlich ist es doch so: Treten wir die Würde fremder Menschen mit Füßen, verlieren wir auch unsere eigene. Glauben Sie mir: Als Ostdeutsche weiß ich, wovon ich rede.

AI: Aus der Distanz von zehn Jahren. Würden Sie heute genauso wieder handeln, wie im September 2015, als Sie rund 8.000 Flüchtlinge aus Ungarn holen ließen und Ihren legendären Satz prägten „Wir schaffen das“?

Merkel: (nachdenklich) Ich weiß nicht, wie oft mir diese Frage in den vergangenen Jahren gestellt worden ist. Und ich habe sie stets mit „Ja“ beantwortet. Menschen – gerade Journalisten – mögen klare, einfache Antworten. Entscheidungen sind aber meistens weder klar noch einfach. Das entspricht nicht der Welt, in der Politiker handeln. Und es war auch nicht die Situation, in der ich mich Anfang September 2015 wiederfand, als rund 8.000 Flüchtlinge vom Budapester Bahnhof in Richtung Österreich aufbrachen.

„Treten wir die Würde fremder Menschen mit Füßen, verlieren wir auch unsere eigene.“

Angela Merkel, UN-Generalsekretärin

AI: Was trieb Sie damals um?

Merkel: Psychologen nennen eine solche Situation ein „Gefangen-Dilemma“: Egal, welche Entscheidung Sie treffen, Sie werden aus dieser Lage nicht als Sieger hervorgehen. Und der Preis, den Sie zahlen, ist unverhältnismäßig hoch. Mehr noch: Wenn Sie unter hohem Zeit- und öffentlichem Druck eine Entscheidung zu treffen haben, verfügen Sie niemals über alle notwendigen Informationen, um eine „richtige“ Entscheidung treffen zu können. Und natürlich sind Sie von den Ereignissen beeinflusst, die um Sie herum geschehen.

AI: Erlauben Sie mir, trotzdem noch einmal nachzufragen, Frau Dr. Merkel. Nun, da Sie wissen, welche weitreichende

Auswirkungen Ihre Entscheidung von damals hatte – für die politische Landschaft in Deutschland, für die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, für den Zusammenhalt der Europäischen Union selbst: Was würden Sie heute anders machen?

Merkel: (nach einer langen Pause) Ein Jahr nach diesen Ereignissen schrieb die Wochenzeitung DIE ZEIT, es gebe nur wenige Entscheidungen, die einen ganzen Kontinent verändert haben. Heute weiß ich: Ja, das trifft zu.

AI: Die ganze Tragweite Ihrer Entscheidung war damals also auch für Sie selbst noch nicht absehbar?

Merkel: Natürlich nicht. Darum geht es aber auch nicht: In einer Lage wie dieser müssen

Außenpolitik nicht mehr den Realitäten unserer Zeit entsprechen, ist mir erst in den vergangenen Jahren als UN-Generalsekretärin vollends bewusst geworden.

AI: Das heißt...?

Merkel: ... dass wir Politik, Wirtschaft und Gesellschaft neu denken und vermitteln müssen. Das gilt vor allem für so reiche Gesellschaften wie die unsere. Wenn wir wie bisher von der Globalisierung profitieren wollen, dann müssen wir auch für jene Gesellschaften Verantwortung übernehmen, von deren Offenheit unser Wohlstand abhängt. Was wir brauchen, ist ein vollkommen neuer Gesellschaftsvertrag. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Weihnachtsattentate des Jahres 2021 haben uns wachgerüttelt. Es ist, als hätte die Menschheit eine zweite Chance bekommen. Die gilt es, jetzt zu nutzen.

AI: Frau Dr. Merkel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

KURZ UND KNAPP

Ist es wahr, dass die Menschheit immer nur dann zur Zusammenarbeit fähig ist, wenn sie in ihrer Gesamtheit bedroht ist? Oder braucht es jemand wie einst Willy Brandt, der den ersten Schritt tut und die Hand zur Versöhnung ausstreckt?

Wir möchten wissen, was Sie denken. Schreiben Sie uns auf: www.aspen-insight.de

bpb: **magazin**

Populismus

Mit Populisten reden – ja oder nein? – eine von **10 Debatten** der **10. Ausgabe** des **bpb:magazins**



Das **bpb:magazin** erscheint 2 Mal im Jahr

Kostenloses Abonnement unter www.bpb.de/magazin

Alle 10 Debatten: www.bpb.de/dialog/10-debatten

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung





Angela Merkel im Interview mit Aspen Insight

Bild: Thomas Koehler/photothek.net, Bildmodifikation: smr

Offenbar ist die Menschheit nur dann kooperationsfähig, wenn es ihr als Ganzes an den Kragen geht.

Das Gespräch führte Anna Kuchenbecker, Chefredakteurin des Aspen Insight.

INTERVIEW In ihrem ersten Interview als UN-Generalsekretärin spricht Angela Merkel über die Neuordnung der internationalen Beziehungen seit der Atomkatastrophe vom Dezember 2021, die Zukunft der Vereinten Nationen und die Bedeutung von Moral in der Politik.

Aspen Insight: Frau Dr. Merkel, im Januar 2022 sind Sie António Guterres im Amt als Generalsekretärin der Vereinten Nationen nachgefolgt. Wenn Sie eine Zwischenbilanz ziehen müssten: Was war in den zurückliegenden vier Jahren Ihre schwerste Stunde? Was Ihre größte Genugtuung?

Angela Merkel: Wissen Sie, Triumph und Niederlage liegen ja häufig eng beieinander. Aber es ist ganz unstrittig, dass der 23. Dezember 2021 zu den schwersten Stunden meines politischen Lebens gehört.

AI: ... der Tag des Cyber-Angriffs auf Kernkraftwerke in den USA, Russland, Frankreich, China und im Iran unmittelbar vor Ihrem Amtsantritt.

Merkel: Ja. Die Hackerangriffe auf die Atommeiler erfolgten in der Nacht auf Heiligabend. Zu dieser Zeit war ich bereits in New York, um mich auf meine neuen Aufgaben als künftige Generalsekretärin der Vereinten Nationen vorzubereiten.

AI: Was war Ihre erste Reaktion?

Merkel: António Guterres, der scheidende UN-Generalsekretär, und ich stellten sofort einen Krisenstab auf, beriefen eine Sonder Sitzung des UN-Sicherheitsrats ein und nahmen Kontakt zu den Regierungschefs jener Länder auf, die von dem Angriff betroffen waren. Auch standen wir mit NATO-Generalsekretärin Julia Doorn, EU-Kommissionspräsident Radek Sikorski, und Ashok Kumar von der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Kontakt. Zu dieser Zeit war die Lage ja noch völlig unklar, und wir mussten mit einer weiteren Eskalation rechnen.

AI: Der UN-Sicherheitsrat trat dann am 25. Dezember zusammen. Zu dieser Zeit stand der Reaktor Fessenheim an der deutsch-französischen Grenze kurz vor der Kernschmelze...

Merkel: Es war die dramatischste und chaotischste Sitzung des UN-Sicherheitsrats, die ich erinnern kann. Ständig kamen neue Hiobsbotschaften herein. Das gegenseitige Misstrauen war groß; schließlich war noch

völlig unklar, wer für die Anschläge verantwortlich war.

AI: Aber es waren doch beinahe alle Großmächte gleichermaßen betroffen...?

Merkel: Das erfuhren wir aber erst während der Sitzung. China, der Iran und Russland verfolgten zunächst eine restriktive Informationspolitik, weil sie hofften, die Lage doch noch in den Griff zu bekommen. Bis dahin glaubten die Europäer und Amerikaner, Russland, der Iran oder China stecke hinter diesen Angriffen. Umgekehrt verdächtigten Russland, China und der Iran die Amerikaner und Europäer – so vergiftet waren zu diesem Zeitpunkt die internationalen Beziehungen.

AI: Der UN-Sicherheitsrat hat damals eine weitreichende Entscheidung getroffen...

Merkel: In der Tat. In seiner Sitzung am 25. Dezember 2021 hat der UN-Sicherheitsrat die Lage als „größte Sicherheitsbedrohung seit Gründung der Vereinten Nationen“ beschrieben. Weil man im Hinblick auf die Täter sowie ihre Motive völlig im Dunkeln tappte und mit weiteren Anschlägen rechnen musste, beschlossen die 20 ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, bis auf weiteres sämtliche internationalen Internetknotenpunkte zu kappen.

AI: Damals ging für mehrere Wochen buchstäblich „das Licht aus“.

Merkel: Uns allen war die Tragweite dieser Entscheidung sehr wohl bewusst. Uns war klar, dass das Kappen der Datenleitungen zu einem vollkommenen wirtschaftlichen Stillstand und einem weitgehenden Erliegen des öffentlichen Lebens führen würde. Denken Sie nur an die Börsen. Von eben auf nachher konnten keine Wertpapiere mehr gehandelt werden. Am Tag vor der Katastrophe wurden an der Frankfurter Börse im Hochfrequenzhandel noch 15,8 Millionen Wertpapiere gehandelt. Einen Tag später kein einziges mehr. Die Menschen konnten weder Bargeld abheben noch Telefonate führen. Containerschiffe blieben in den Häfen, weil keine Disponenten-Listen und Navigationskoordinaten vorhanden waren. Der gesamte Flug-

und Bahnverkehr musste eingestellt werden, weil keine Steuerungsdaten übermittelt werden konnten. Die Stromversorgung war gefährdet, weil das europäische Verbundsystem zwischenzeitlich ausgesetzt wurde. Es war, als ob wir ins Mittelalter zurückkatapultiert worden wären.

AI: Angesichts der Tragweite dieser Entscheidung: Haben Sie in dieser Weihnachtssitzung des Sicherheitsrates auch andere Optionen durchgespielt?

Merkel: Selbstverständlich. Aber wir erkannten schnell: Solange wir nicht wissen, wer hinter den Anschlägen steckt, sitzen wir am kürzeren Hebel. Das ist es, was „Nuclear Blackmailing“ in einer anonymen Cyber-Welt bedeutet: ultimative Erpressbarkeit. Was Ihnen am Ende bleibt, ist die Wahl zwischen Pest und Cholera.

AI: In Deutschland wurden damals zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik die Notstandsgesetze in Kraft gesetzt. Das Post- und Fernmeldegeheimnis wurde aufgehoben. Die Bundeswehr übernahm Sicherungsaufgaben im Inland. Schützenpanzer und Soldaten in voller Kampfausrüstung gehörten bald zum Alltagsbild in deutschen Städten...

Merkel: In der Tat wurden in vielen Ländern der Ausnahmezustand und Ausgangssperren verhängt. Die Menschen mussten ja vor Plünderungen und Übergriffen geschützt und die Verteilung von Lebensmitteln, Medikamenten und den nötigsten Dingen des täglichen Lebens sichergestellt werden. Das ist uns glücklicherweise in den allermeisten Fällen auch gelungen.

AI: Was dann geschah, haben Sie einmal als „die Selbstheilungskraft der internationalen Gemeinschaft“ beschrieben.

Merkel: So prosaisch habe ich das sicher nicht ausgedrückt. Aber in der Tat hatte der UN-Sicherheitsrat in seiner Weihnachtssitzung 2021 auch beschlossen, die Koordination für alle weiteren Maßnahmen gemäß Artikel 52 der UN-Charta in die Hände regionaler Organisationen zu legen. Womöglich

war es das, was ich als „Selbstheilungskraft“ beschrieben habe. Denn der Beschluss stellte sicher, dass die 20 ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – allesamt regionale Großmächte – in die Pflicht genommen wurden. Von New York aus war diese Herausforderung nämlich nicht zu koordinieren.

AI: Kritiker sehen darin eine Marginalisierung des UN-Sicherheitsrates, wenn nicht der UNO insgesamt.

Merkel: Ach, wissen Sie: Es gibt immer Menschen, die selbst in solch existentiellen Lagen akademische Debatten führen wollen. Ihnen entgegne ich: Die Institutionen, die wir uns geschaffen haben, sind kein Selbst-

Es ist, als hätte die Menschheit eine zweite Chance bekommen.

Angela Merkel, UN-Generalsekretärin

zweck. Sie sollen uns helfen, in einer sich verändernden Welt Kompromisse zu schließen und Entscheidungen zu treffen, die den Herausforderungen unserer Zeit angemessen sind. Im Übrigen wiederhole ich gern, was ich jüngst einem chinesischen Journalisten entgegnet habe: Um die Vereinten Nationen brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Es gibt sie seit 80 Jahren und sie werden auch in Zukunft gebraucht. Wir sollten das ganz nüchtern und pragmatisch betrachten. Die Welt hat sich seit 1945 dramatisch verändert. Damals gab es mit den USA und der Sowjetunion zwei Weltmächte. Heute gibt es zahlreiche Machtzentren, die allesamt von großen und zum Teil konkurrierenden Regionalmächten dominiert werden. Es ist nicht verwunderlich, dass eine solche Machtekonstellation vermehrt zu Interessenkonflikten führt. Zugleich aber haben alle Inte-

resse an Frieden, Wohlstand und Stabilität. Nicht die Interessenkonflikte sind das Problem, sondern wie sie ausgetragen werden.

AI: Inwiefern hat die Weihnachtssitzung des Jahres 2021 die internationalen Beziehungen verändert?

Merkel: Denken Sie doch nur zehn Jahre zurück: Krieg und Konflikte, wo immer man hinschaute: ob in der Ukraine, im Nahen Osten, auf dem Balkan, in Nordafrika, im Südchinesischen Meer, in der Arktis. Überall versuchten die Großmächte – und jene, die es werden wollten – ihre Einflussphären gegeneinander abzustecken. Oft unter Einsatz militärischer Gewalt. Rückblickend erinnert mich diese Situation an den Vorabend des Ersten Weltkriegs, als der europäische Kontinent schlafwandelnd in die Katastrophe taumelte. Mit dem einzigen Unterschied, dass wir heute eine globale Dynamik haben – mit ungleich mehr Akteuren und ungleich gefährlicheren Waffenarsenalen. Mich hat das seinerzeit sehr beunruhigt.

AI: Aber im Falle Nordkoreas hat die entschlossene Intervention Chinas letztlich zur friedlichen Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas und einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel geführt...

Merkel: Gewiss, heute sind wir froh, dass der massive Druck Pekings auf Pjöngjang im Herbst 2020 zu einer politischen Lösung der koreanischen Frage geführt hat. Aber vergessen Sie nicht: Wir haben damals in den nuklearen Abgrund geblickt. Außerdem hatte die Befriedung der Region einen hohen Preis – die offene Feindschaft zwischen China und den USA. Seit der Wiedervereinigung Koreas und dem Rückzug der USA aus dem Fernen Osten standen sich diese beiden Supermächte im Pazifik misstrauisch und waffenstarr gegenüber.

AI: Nach den Cyber-Attacken im Dezember 2021 haben sich China und die USA aber wieder einander angenähert...

Merkel: Das ist ja die Ironie: Es brauchte eine gemeinsame, existenzielle Bedrohung und einen gemeinsamen Feind, um die Partiku-

Friedensspiele im Nahen Osten

OLYMPIA Internationales Olympisches Komitee vergibt Spiele an Israel und Palästina

Tel-Aviv, Ost-Jerusalem. In einer bahnbrechenden und zugleich höchst politischen Entscheidung hat das Internationale Olympische Komitee (IOK) am Freitag in Lausanne den Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2036 bekanntgegeben: Die Spiele werden in Israel und Palästina stattfinden und somit erstmals in zwei Ländern gemeinsam.

Der symbolische Wert dieser Entscheidung könnte größer nicht sein: Nach dem friedlichen Ende des Jahrzehntealten Nahost-Konflikts und der Gründung zweier Staaten vor knapp zwei Jahren, geht das IOK in Vorleistung: „Wir hoffen, dass der Olympische Geist Israel und Palästina weiter zusammenwachsen lässt“, begründete IOK-Präsident Tom Bachmann die Entscheidung.

Der Bekanntgabe wurde seit Wochen entgegengefeuert. Fernsehsender und Tageszeitungen – ob in arabischer oder hebräischer Sprache – kannten nur noch ein Thema: Olympia. Dann war es sowjet – Freitag, kurz nach 12 Uhr. Bachmann zieht aus dem Umkleekabinen Palästinas und Israels. Auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv und vor dem Damaskustor in Jerusalem brechen alle Dämme. Araber und Juden liegen sich in den Armen, singen ihre jeweiligen Nationalhymnen.

Historische Chance

Auch Israels Premierministerin, Tzipi Livni, ließ ihren Gefühlen freien Lauf. Arm in Arm mit ihrem palästinensischen Amtskollegen Majed Faraj erklärte sie mit tränenerstickter Stimme: „So viel Blut, so viele Tränen, so viel Leid in all den Jahrzehnten – ich kann es noch gar nicht fassen.“ Und Faraj fügte nicht minder bewegt hinzu: „Nun blickt die Welt nicht länger mit Skepsis und Ratlosigkeit auf unsere Region. Dies ist der Beginn

einer gemeinsamen Zukunftsvision für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern.“

Die Bilder der sich in den Armen liegenden Menschen sind anrührend und historisch zugleich: Zwei Völker, durch historische Entwicklungen auf engstem Territorium zusammengewürfelt und sich spinnfeind gegenüberstehend, richten nun gemeinsam das größte Sportereignis der Welt aus. Allein der Umstand, dass die gemeinsame Bewerbung in den Bevölkerungen eher auf Zustimmung denn auf Ablehnung stieß, wurde vom IOK wohlwollend kommentiert; wiederholt sprach IOK-Präsident Bachmann von einem wichtigen Beitrag zur Aussöhnung von Israelis und Palästinensern. Doch die Herausforderungen sind immens; beide Gesellschaften stehen vor einer Jahrhundertaufgabe.

Begünstigung Israels?

Schnell meldeten sich kritische Stimmen zu Wort, die bemängelten, vor allem Israel profitiere von der IOK-Entscheidung. Der jüdische Staat hat eine gut ausgebaute Infrastruktur mit rund 20 modernen Stadien (11 davon mit Kapazitäten von mehr als 10.000 Zuschauern). „Zwischen Israel und Palästina gibt es eine sehr ungleiche Verteilung der Kapazitäten“, erklärte Mohammed Abutteen, Sprecher des palästinensischen Anti-Olympia-Bündnisses „NO-lympia“. Es bestehe die Gefahr, auf vorhandene Strukturen in Israel zurückzugreifen und damit die Juden zu bevorzugen, so Abutteen. Man könne die Spiele auch direkt an Israel vergeben und sich den Etikettenschwund sparen, bemerkte er skeptisch.

Tatsächlich bewarb sich das israelisch-palästinensische Olympische Komitee mit einem Konzept, dessen Augenmerk auf „die langfristige Entwicklung der Infra-



Nach der IOK-Entscheidung feierten Juden und Araber gemeinsam auf dem Jerusalemer Tempelberg

struktur vor allem in Palästina“ abzielt. Dafür sollen knapp vier Mrd. Schekel (bzw. ca. eine Mrd. €) ausschließlich für palästinensische Infrastrukturprojekte bereitgestellt werden.

Knackpunkt Infrastruktur

Kritikern, die wie Abutteen eine Begünstigung Israels und Einseitigkeit in der Realisierung befürchten, soll so der Wind aus den Segeln genommen werden. In der Tat plant das olympische Bewerberkomitee nicht nur den Ausbau bestehender Stadien in Tel Aviv, Jerusalem, Hebron und Haifa, sondern auch den Neubau eines multifunktionalen olym-

pischen Dorfes zwischen Ramallah und Jerusalem. Es soll nach dem Ende der Sommerspiele als attraktives Wohnareal weiter genutzt werden. Nachhaltigkeit wird groß geschrieben.

Überhaupt offenbart das Konzept des Bewerberkomitees viel Feingefühl: Während der Ausbau bestehender Kapazitäten ausschließlich Israel vorbehalten ist, sollen neue Sportzentren wie beispielsweise Schwimm- und Leichtathletikhallen oder Verkehrssysteme bevorzugt in Palästina angesiedelt werden. Unmittelbar nach der Vergabeentscheidung des IOK hat die EU finanzielle Unterstützung zugesagt.

Klimaschutz „Made in USA“

ENERGIEWENDE Amerikanisches Städtebündnis ist Vorreiter im internationalen Klimaschutz

Entgegen aller Erwartungen hat sich der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen offenbar nicht negativ auf das Weltklima ausgewirkt. Das bestätigt nun auch der siebte Fortschrittsbericht des Weltklimarates IPCC.

Als der ehemalige US-Präsident Donald Trump im Sommer 2017 den Ausstieg seines Landes aus dem internationalen Klimapakt bekannt gab, beschworen Klimaexperten und politische Kommentatoren das Ende der Welt. Immerhin waren die USA seinerzeit der größte Emittent von klimaschädlichen Treibhausgasen – gemessen am CO₂-Fußabdruck seiner Bürger. Auch wenn Trumps Nachfolger, Mike Pence, dem Pariser Klimapakt nicht wieder beitrug, korrigierte er zuhause doch den Kurs. Zwar gibt es auch unter Pence noch immer keinen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Klimawandels, aber immerhin leugnet die republikanische Administration nicht länger seine menschl-

lichen Ursachen. Auch beendete Pence die Unterstützung der Kohle-Industrie – ein Schritt, der seinerzeit seine Position in den eigenen Reihen deutlich schwächte.

Während Washington in der internationalen Klimapolitik nicht länger das „Enfant terrible“ spielte, entwickelten sich die großen amerikanischen Metropolregionen zur Avantgarde im Kampf gegen den Klimawandel. Ende 2018 schlossen sich New York, Los Angeles, San Francisco, Chicago, Pittsburgh und Atlanta zur „Climate Change Action“ (CCA) zusammen; heute gehören diesem Bündnis 153 amerikanische Städte und Metropolregionen an – darunter Houston, das einstige Öl-Zentrum der USA. Gemeinsam haben sie eine gemeinnützige Aktiengesellschaft gegründet.

Waren Ende der 2010er Jahre vor allem die technologischen Innovationszentren in Kalifornien Treiber dieser Klimaschutzbewegung, so spielen seit Anfang der 2020er



Al Gore am vergangenen Mittwoch im Gespräch mit der New York Times

Jahre vor allem die amerikanischen Finanzzentren New York, San Francisco, Boston und Chicago eine entscheidende Rolle. Denn hier werden die begehrten „Green Innovation Bonds“ des CCA gehandelt. Anteilseigner können am jährlich stattfindenden CCA-Innovationsforum teilnehmen, das die innovativsten Klimaschutzideen von Social Entrepreneurs prämiiert. Wer hier gewinnt, hat Zugang zu prall gefüllten Venture Capital-Töpfen und wird zum Premium-Partner einer CCA-Metropole.

Dank dieser Initiativen konnte die Zahl der Kohlekraftwerke in den USA von rund 1300 im Januar 2017 auf 795 im Juni 2025 gesenkt werden. Seitdem werden nur noch zwölf Prozent des Stroms durch Kohlekraftwerke produziert (2017 waren es noch rund 30 Prozent). Allein dadurch und die technologische Optimierung weiterhin am Netz hängender Kohlekraftwerke sowie die Umstellung auf Gasbefuerung wurden in den vergangenen fünf Jahren 1,1 Billionen metrische Tonnen CO₂ eingespart.

Am Abend der Veröffentlichung des Berichts des Weltklimarates wurde Al Gore (77) von der New York Times um einen Kommentar gebeten. Die Antwort des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Vize-Präsidenten berührt: „Ich habe selbst nicht mehr daran geglaubt. Man sollte die Menschen in Amerika niemals unterschätzen.“

Zwei-Meeres-Kanal eingeweiht

NAHER OSTEN Pipeline verbindet Rotes Meer mit Totem Meer und liefert Trinkwasser nach Jordanien

Israels Premierministerin Tzipi Livni, Palästinas Präsident Majed Faraj und König Hussein II. von Jordanien haben gestern – vier Jahre später als geplant – den „Zwei-Meeres-Kanal“ eröffnet. Das Weltbank-Projekt, das mehr als vier Jahrzehnte in der Planung war, besteht aus zwei Teilen: Während eine 225 Kilometer lange Pipeline fortan Wasser aus dem Roten Meer ins Tote Meer führt, versorgt ein zweiter Strang künftig die jordanische Hauptstadt Amman mit Trinkwasser.

Mit der Inbetriebnahme des Kanals gelingt ein Durchbruch in der Wasserversorgung des Nahen Ostens; zugleich ist das Mega-Projekt ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung in der Region. Der Streit um Wasserrechte hatte in den vergangenen Jah-

ren immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israel, Palästina und Jordanien geführt.

Herzstück der Anlage ist die weltweit größte Entsalzungsanlage im Golf von Akaba. Sie kann bis zu 870 Millionen Kubikmeter Meerwasser jährlich entsalzen, was der stark wachsenden Bevölkerung Jordaniens zunächst mittelfristig eine Daseinsperspektive gibt. Zugleich wirkt der zweite Strang des Kanals der rasant fortschreitenden Austrocknung des Toten Meeres entgegen. Im 20. Jahrhundert war das biblische Meer ein Touristenmagnet; seither ist sein Spiegel um 40 Meter abgesunken, weil vor allem Israel dem Jordan – einziger Zufluss des Toten Meeres – immer mehr Wasser entnommen hatte.



Nach zehn Jahren Bauzeit eingeweiht: Der sogenannte „Friedenskanal“

Man sollte die Amerikaner niemals unterschätzen.

Al Gore, ehemaliger US-Vizepräsident

chen Ursachen. Auch beendete Pence die Unterstützung der Kohle-Industrie – ein Schritt, der seinerzeit seine Position in den eigenen Reihen deutlich schwächte.

Während Washington in der internationalen Klimapolitik nicht länger das „Enfant terrible“ spielte, entwickelten sich die großen amerikanischen Metropolregionen zur Avantgarde im Kampf gegen den Klimawandel. Ende 2018 schlossen sich New York, Los Angeles, San Francisco, Chicago, Pittsburgh und Atlanta zur „Climate Change Action“ (CCA) zusammen; heute gehören diesem Bündnis 153 amerikanische Städte und Metropolregionen an – darunter Houston, das einstige Öl-Zentrum der USA. Gemeinsam haben sie eine gemeinnützige Aktiengesellschaft gegründet.

LESERBRIEF

Vorbildlich: Smart City-Initiative

Alan A. Pease, Oberst i.R. der Britischen Rheinarmee und „Brexit-Exilant“, Hamburg

liebe Redaktion,

mit großer Erleichterung habe ich vernommen, dass das Abschmelzen der Pole vorerst gestoppt werden konnte. Ohne jede Übertreibung kann die europäisch-chinesische Smart City-Initiative als das weltweit erfolgreichste Großprojekt zur Verminderung von Treibhausgasen und Feinstaub angesehen werden. In letzter Minute sind sich die Europäische Union und China – zweit- bzw. drittgrößter Verursacher von Treibhausgasen – ihrer Verantwortung für das Weltklima und die Gesundheit ihrer Bevölkerungen bewusst geworden. Was aber noch ermutigender ist: Sie haben in einer beispiellosen Initiative gemeinsam gehandelt.

Doch dieser Vorstoß kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwei bedeutende Industrienationen so weitermachen wie bisher: die USA und Großbritannien. Wenn auch der Versuch amerikanischer Großstädte begrüßenswert ist, ein Klimaschutzprogramm nach dem Modell der chinesisch-europäischen Smart City-Initiative aufzubauen, so ist die Stagnation in Sachen Klimaschutz und Emissionsminderung in Großbritannien doch schockierend. Seitdem die Insel vor rund sechs Jahren der Europäischen Union den Rücken gekehrt hat, befindet sich Whitehall auch beim Klimaschutz sprichwörtlich in „splendid isolation“. (Und hier schreibt Ihnen jemand, der aus diesem Grund die Insel verlassen hat.)

Das Mutterland der Industrialisierung und europäischer Spitzenreiter beim CO₂-Ausstoß ergreift weiterhin keine wirksamen Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasen. Dabei sollten die Briten es besser wissen. Zur Erinnerung: Die erste große Smog-Katastrophe Englands fand 1952 statt und kostete Schätzungen zufolge bis zu 12.000 Briten das Leben. Doch aller Warnungen von Umweltschützern und Gesundheitsexperten zum Trotz, halten britische Regierung und Industrie an fossilen Brennstoffen fest. Schließlich seien Kohle, Öl und Gas so billig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im Übrigen könne man die angeschlagene Wirtschaft nicht noch durch hohe Investitionen in den Aufbau neuer Energiesysteme belasten. Doch was die Wirtschaft des Landes in den zurückliegenden Jahren vermeintlich schonte, belastet nun zunehmend die Gesundheit der Menschen: Wie jedes Jahr hängt zu Beginn der Heizsaison eine bräunlich-gelbe Feinstaubwolke über London. Die Krankenhäuser der Stadt meldeten zuletzt einen sprunghaften Anstieg chronischer Atemwegserkrankungen.

Man kann nur hoffen, dass die britische Regierung einlenkt, bevor in London, Liverpool und Sheffield ähnlich viele Menschen ihre Gesundheit oder gar ihr Leben verlieren, wie in den 2010er Jahren in Peking. Die Nationale Gesundheitsbehörde (NHS) schätzt, dass im vergangenen Jahr rund 125.000 Briten aufgrund drastisch überhöhter Feinstaubwerte vorzeitig starben – ein Fünftel davon Kinder unter zehn Jahren.

KURZ UND KNAPP

Kaum jemand glaubt noch an die Lösung des Nahost-Konflikts. Doch wer glaubte Anfang 1989 an die deutsche Einheit? Es war Michail Gorbatschow, der den Unterschied machte. Welchen Impuls braucht es, um Bewegung in den Nahost-Konflikt zu bringen?

Wir möchten wissen, was Sie denken. Schreiben Sie uns auf: www.aspen-insight.de

Polschmelze gestoppt

KLIMASCHUTZ Auch auf Grönland wächst erstmals seit Jahrzehnten wieder der Eispanzer

Bonn. „Die Polschmelze ist weitgehend zum Stillstand gekommen.“ Das ist der wohl spektakulärste Befund des knapp 3.200 Seiten starken Berichts des Weltklimarates (IPCC), der am Mittwoch – vier Wochen vor dem 31. Welt-Klimagipfel in Washington – veröffentlicht worden ist. Alle sechs Jahre legt der Weltklimarat im Auftrag des UN-Umweltprogramms (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) einen Bericht zum Stand der Forschung zum Klimawandel vor. Diesmal haben die Forscher rund 13.500 wissenschaftliche Studien ausgewertet – mehr als jemals zuvor. Schon aus diesem Grund gelten die Erkenntnisse als besonders gesichert.

„Wir hätten viel früher handeln müssen, dann hätten wir das Schlimmste noch verhindern können.“

Li Cheng Peng, Bürgermeister von Peking

„Alles deutet darauf hin“, erläutert Achim Steiner, der neu ernannte Generalsekretär des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) in Bonn, „dass die jahrelangen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Eindämmung des Klimawandels endlich zu einem sichtbaren Ergebnis geführt haben.“ Und das sogar früher als erwartet.

Die Gründe dafür sind zahlreich, doch eine Initiative der vergangenen Jahre sticht heraus. Entscheidend für die Trendwende war die europäisch-chinesische Vorreiterrolle beim Umbau der Verkehrs- und Energiesysteme. Ende der 2010er Jahre hatte sich die Lebensqualität in den Metropolen Europas und entlang der Ostküste Chinas aufgrund steigender Emissionen dramatisch verschlechtert.

„Es ist schon kurios“, erinnert sich der damalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Fritz Kuhn, der heute im Hochschwarzwald lebt und der Vorsitzende von „Ländle lebenswert“ ist. „Jahrzehntlang haben wir vor den Folgen des Klimawandels durch den Ausstoß von Treibhausgasen gewarnt. Doch jedes Jahr wurden mehr Kohle,

Öl und Gas verbrannt.“ Dass Gletscher und Polkappen so schnell abschmolzen „wie ein Eis am Stiel in der Sommerhitze“, habe letztlich niemanden wirklich interessiert. „Menschen müssen erst massenhaft krank werden und sogar sterben, ehe sie wirklich bereit sind, ihren Lebensstil zu verändern.“ Kuhn weiß, wovon er spricht: 2020, in seinem letzten Amtsjahr als Oberbürgermeister, starben in Stuttgart 4.546 Menschen vorzeitig an den Folgen der hohen Feinstaubbelastung und an Stickoxiden; deutschlandweit waren es fast 66.500 – zwanzigmal mehr als die Zahl der Verkehrstoten im selben Zeitraum.

Noch dramatischer entwickelte sich seinerzeit die Lage in den Megastädten entlang der chinesischen Ostküste. In Peking wurden seit 2014 regelmäßig durchschnittliche Feinstaub-Belastungen von über 350 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen – das 16-fache der erlaubten WHO-Grenzwerte. Am 23. Dezember 2019 wurde in der chinesischen Hauptstadt mit 954 Mikrogramm pro Kubikmeter die höchste jemals gemessene Feinstaubbelastung erreicht. Bereits 2015 hatte der Pekinger Bürgermeister Wang Anshun in aller Öffentlichkeit gesagt, Chinas Hauptstadt sei ungeeignet, um darin zu leben. Sein Statement rief keinerlei Widerspruch hervor. Heute gesteht sein Nachfolger Li Cheng Peng: „Wir hätten viel früher handeln müssen, dann hätten wir das Schlimmste noch verhindern können.“

Europäisch-chinesische Smart-City-Initiative

Im Dezember 2020 schlossen dann die EU-Kommission und der chinesische Staatsrat ein weitreichendes Kooperationsabkommen zur nachhaltigen Stadt- und Verkehrssystemplanung. Das Programm „Sustainable Lifestyles in Smart Cities“ (SLSC, Nachhaltige Lebensstile in smarten Städten) war nicht nur der Beginn einer umfassenden Forschungs-kooperation; Brüssel und Peking legten auch einen milliarden schweren Fonds zum Umbau der Energie- und Transportsysteme auf (siehe Info-Kasten).

Seit Beginn der europäisch-chinesischen Smart-City-Initiative hat der SLSC-Fonds mehr als 423 Milliarden Euro (= 2,1 Billionen Renminbi) an 1826 chinesische und 754 europäische Gemeinden, Städte und sub-staatliche Gebietskörperschaften (z.B. Landkreise und Provinzen) ausgeschüttet, um die Umstellung auf nachhaltige Energie- und Verkehrssysteme zu beschleunigen. Konkret bedeutet das die Abschalt-

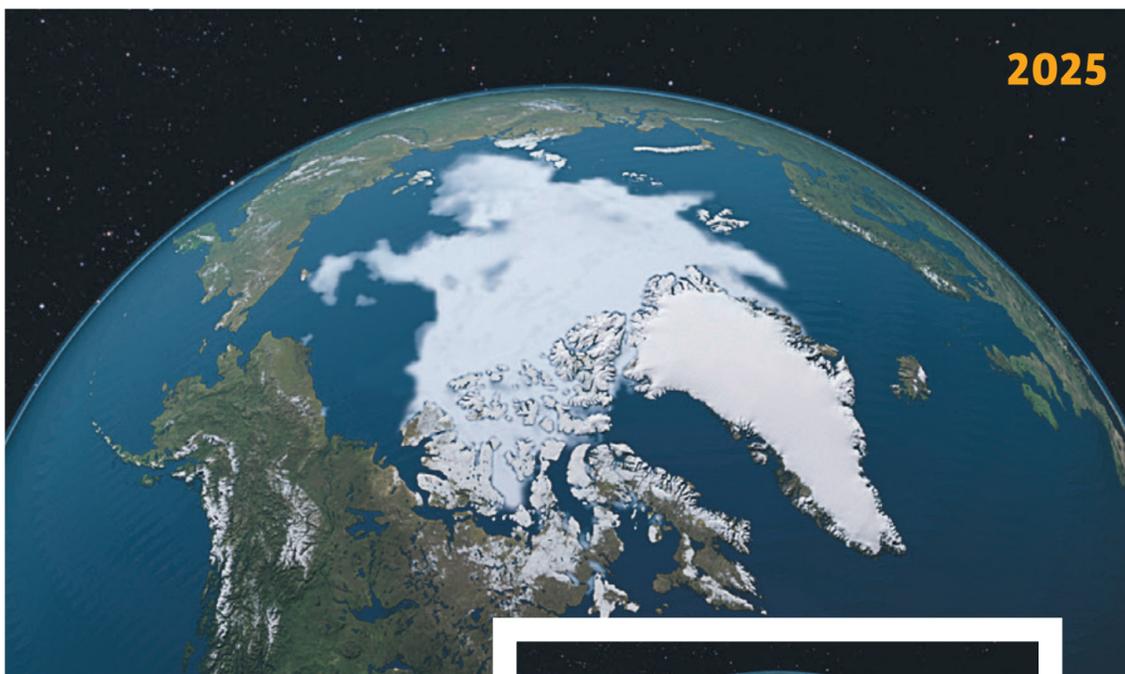
ung von Kohlekraftwerken zugunsten von Wind- und Solaranlagen sowie die Stilllegung von Verbrennungsmotoren zugunsten von e-Mobilität. Seitdem hat sich nicht nur die Luftqualität in den Städten Chinas und Europas deutlich verbessert. Auch der Anteil der Menschen, die aufgrund von überhöhter Feinstaubbelastung vorzeitig sterben, ist deutlich gesunken.

Entscheidend aber ist ein erwünschter „Nebeneffekt“: Im Vergleich zum Jahr 2020 ist der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen in Europa um 8,2 Prozent und in China um 14,7 Prozent gesunken. Kein Wunder also, dass der Weltklimarat die SLSC-Initiative in seinem jetzt vorgelegten Gutachten als „den bedeutendsten Einzelbeitrag zum Schutz des Weltklimas seit dem Weltnachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro im Jahre 1992“ würdigt.

Einziger Wermutstropfen: Durch die massive Verringerung von Partikeln in der Luft kann das Sonnenlicht nun leichter auf die Erdoberfläche durchdringen. Das führt zu einer leicht erhöhten Erderwärmung – im Jahresdurchschnitt um 0,2 Grad Celsius. „Was zählt“, gibt sich UNFCCC-Chef Steiner jedoch op-

timistisch, „ist das Anhalten der Abwärtsspirale. Den Rest bekommen wir auch noch in den Griff.“ So soll während des anstehenden Weltklimagipfels, der vom 10.–21. November 2025 in Washington stattfinden wird, der Einsatz von Geo-Engineering-Methoden beschlossen werden. Diskutiert werden derzeit unterschiedliche Optionen: Da sind zum einen die erdbasierten Lösungen. Diese umfassen unter anderem massive Aufforstungsprogramme sowie die „Düngung“ der Weltmeere mit Eisenoxid zur Anregung der Algenbildung. Beides hat zum Ziel, Kohlendioxid aus der Luft dauerhaft in der Flora zu binden. Zum anderen sind Eingriffe in die Erdatmosphäre vorgesehen, darunter die Verringerung der Sonneneinstrahlung durch Einbringen von Schwefeldioxid in die Stratosphäre sowie das Absaugen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre samt anschließender Deponierung.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Massnahmen geeignet sind, die weitere Erderwärmung und das Abschmelzen der Polkappen nicht nur zu stoppen, sondern den Trend umzukehren. Grund zum Optimismus gibt es.



Gestoppt: Abschmelzen der nordpolaren Eiskappe (1956 bis 2025)



2012



1984



1956

Bilder: NASA; Szenarios 1956/2025: smr

SLSC-FONDS: BESCHLEUNIGTE MODERNISIERUNG DURCH DAS „HASENRENNEN-PRINZIP“

Der Fonds der europäisch-chinesischen Initiative „Nachhaltige Lebensstile in smarten Städten“ (SLSC-Fonds) erhält die Hälfte seiner Gelder aus öffentlichen Mitteln, d.h. von Städten, Gemeinden und nationalen Haushalten. Die andere Hälfte steuern die europäische und chinesische Industrie bei. Auf diese Weise sind seit Auflage des Fonds im Januar 2020 mehr als 423 Milliarden Euro (= 2,1 Billionen Renminbi) zusammengekommen.

Was den Fonds für Industrie und Kommunen gleichermaßen interessant macht, ist das sogenannte „Hasenrennen-Prinzip“. Zunächst müssen alle Unternehmen und Kommunen entsprechend ihres Ausstoßes an Treibhausgasen Anteile in den Fonds einzahlen. Jahr für Jahr werden die maximal zulässigen Treibhausgas-Quoten gesetzlich gesenkt. Unternehmen, die mindestens zehn Prozent unter diesen Richtwerten bleiben, erhalten einen Rabatt, müssen weniger als gesetzlich vorgeschrieben in den Fonds einzahlen.

Richtig lukrativ wird es für Unternehmen aber erst, wenn sie am „Hasenrennen“ teilnehmen dürfen. Und das funktioniert so: Städte und Gemeinden, die sich am

SLSC-Fonds beteiligen, beschreiben in einem Projektantrag ihr größtes Umweltproblem und stellen es auf die „SLSC-Plattform für nachhaltige Lösungen“ – ein online-basiertes Wettbewerbsportal, auf das nur jene Unternehmen Zugriff haben, die ihre Emissionsziele deutlich unterschritten haben.

Nun beginnt das Hasenrennen: Innerhalb von 100 Tagen müssen die Unternehmen ihren Lösungsvorschlag für das beschriebene Problem vorstellen. Erhalten sie den Zuschlag, beginnt die Umsetzung des Projekts, wobei 20 Prozent der Entwicklungskosten aus dem SLSC-Fonds erstattet werden. Die entstehenden Anschaffungskosten für die auslobende Stadt oder Gemeinde werden ebenfalls mit 20 Prozent aus dem Fonds subventioniert.

Das Verfahren ist revolutionär: Städte bekommen so nicht nur ganzheitliche, maßgeschneiderte Lösungen, sondern stets auch die innovativsten Technologien. Früher war es genau umgekehrt: Städtische Kämmerer definierten in ihren Ausschreibungen, was Unternehmen liefern sollten, ohne dass diese das Problem in vollem Umfang verstanden. So wurden über Jahrzehnte ver-

altete Technologien angeschafft, welche die Probleme allzu oft nur unzureichend lösten oder im schlimmsten Falle sogar unbeabsichtigte Nebenwirkungen mit sich brachten.

Das „Hasenrennen-Prinzip“ des SLSC-Fonds beendet diese Unzulänglichkeiten. Und da erprobte Lösungen für vergleichbare Städte mindestens so attraktiv sind wie für die Vorreiter-Städte, profitieren alle davon: Innovative Unternehmen amortisieren rasch ihre Entwicklungskosten und können neue Kunden und Geschäftsfelder erschließen; Nachahmer-Städte – auch wenn sie die vollen Anschaffungskosten zahlen müssen – können sofort auf tragfähige Konzepte zurückgreifen. So dienen öffentliche Mittel schließlich dem Fortschritt und der umweltverträglichen Modernisierung und nicht der Nachsorge.

Nun steht das Modell Pate für andere Regionen: Die Afrikanische Union will es im kommenden Jahr in 30 afrikanischen Modellstädten einführen und auch das US-amerikanische Städtebündnis Climate Change Action (CCA) hat Interesse angemeldet.



Das Aspen Institut Deutschland dankt der Lotto Stiftung Berlin für ihre Unterstützung im Rahmen des Berliner Transatlantik Forums.

Annus Mirabilis 2018

RÜCKBLICK Wie der „Macron-Merkel-Plan“ die EU veränderte und die Menschheit zum Mars führte

Berlin. Für Demokraten und Liberale waren die Jahre 2016/2017 ein Schlag ins Kontor. Im Juni 2016 entschied sich eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union; im Herbst desselben Jahres wurde der Anti-Modernist Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt; und in Frankreich drohte bei den Präsidentschaftswahlen ein Sieg der rechtsradikalen Marine Le Pen. Doch es kam bekanntlich anders: Macron wurde französischer Präsident, auch in den Niederlanden blieb der Rechtsruck aus, und im Herbst verteidigte Angela Merkel ihre Kanzlerschaft und stellte im Dezember 2017 ihr viertes Kabinett vor.

Auf dem Höhepunkt ihrer Macht galt sie vielen als „Führerin der freien Welt“ (Economist), „mächtigste Frau seit Queen Victoria“ (Telegraph) und als „Regisseurin Europas“ (Tagesspiegel). „Was Merkel aber fehlte“, erinnert sich ihre damalige Medienberaterin Elsa Christiansen, „war historischer Nimbus.“ In der Tat war die Frage nach ihrem politischen Erbe zu Beginn ihrer vierten Amtszeit noch immer unbeantwortet. Glaubt man dem damaligen Stabschef Emmanuel Macrons, Alexis Kohler, war es genau diese Frage, mit der Macron im Frühjahr 2018 auf Merkel zuzuging, um sie von seinem Europa-Programm zu überzeugen. „Merkel hatte nie leidenschaftlich, programmatisch oder gar ideologisch gehandelt, sondern immer pragmatisch und intuitiv“, so Kohler rückblickend. „Macron war ihr Alter Ego – visionär, planvoll, überlegt. Die beiden wussten rasch, was sie aneinander hatten.“

Trotz ihrer Unterschiede waren sich Macron und Merkel bald einig: Nicht die zähen Brexit-Verhandlungen sollten in Zukunft die Schlagzeilen dominieren und die politische Energie absorbieren, sondern eine elektrisierende Vision für Europa. Es war vor allem Macron, der die Visegrád-Staaten überzeugte, sich der Initiative anzuschließen. In „Geheimgesprächen“, so erzählt es zumindest Alexis Kohler, habe Macron den Zentraleuropäern durchgestochen, dass Merkel bereit sei, „große Summen deutsche Steuergelder in eine gemeinsame europäische Zukunft zu investieren“.

Der Kompromiss: Brüssel würde Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückgeben, um den Nationalisten das Wasser abzugraben. Die EU-Kommission würde künftig also weniger tun, dafür aber effektiver. Zugleich sollte sich die EU auf ausgewählte Schlüssel- und Zukunftsbereiche fokussieren. Der „Macron-Merkel-Plan“ konzentrierte sich vor allem auf zwei Politikfelder: Zum einen auf sozial gerechtes und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum durch Innovation und einem massiven Ausbau digitaler Infrastruk-

turen. Zum anderen auf Sicherheit und Stabilität auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitskonzepts – darunter ein bis auf die kommunalen Ebenen reichender Migrations- und Integrationsplan. Das bedeutete aber auch: Vertiefung der Euro-Zone und Aufbau eines Europäischen Währungsfonds. Beinahe wichtiger war jedoch der sukzessive Abbau der teuren und rückwärtsgewandten Agrar-Subventionen, wodurch die notwendigen Finanzmittel zur Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften freigesetzt wurden.

Neuverhandlung der EU-Verträge

Trotz zum Teil heftigen Widerstands aus den eigenen Lagern, stieß der „Macron-Merkel-Plan“ bei den übrigen 25 EU-Mitgliedsstaaten weithin auf Zustimmung. Es war vor allem Macrons und Merkels Entschlossenheit und Führungsstärke zu verdanken, dass die Europäischen Verträge in nur zwölf Monaten neu verhandelt und schließlich am 9. Mai 2019 in Rom unterschrieben werden konnten. Nach der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten traten sie im Januar 2020 in Kraft.

Neben innerer und äußerer Sicherheit lag der Schwerpunkt des nun deutlich verschlankten EU-Haushaltes auf Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Dabei stand zunächst die Gründung von High-

Insgesamt hat der „Macron-Merkel-Plan“ zu einer breiten Qualifizierungsoffensive geführt. Damit strafte das europäische Modell jene Schwarzseher Lügen, die zum Ende der 2010er Jahre prognostizierten, digitaler Wandel führe bestenfalls zu „beschäftigungslosem Wachstum“.

Weil aber der „Macron-Merkel-Plan“ bewusst auf eine breitenwirksame Qualifizierung in den Bereichen Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz setzte, begann sich die Wirtschaftsstruktur in Europa mit Beginn der 2020er Jahre zusehends zu verändern: Weg von industriellen Großbetrieben hin zu dezentralen Innovations-schmieden rund um kleine und mittelständische High-Tech-Unternehmen.

Beide Schwerpunkte – Innovations- und Infrastrukturförderung auf der einen Seite, Fortbildung und Qualifizierung auf der anderen – erwiesen sich als enorm wirkungsvolle Katalysatoren für die wirtschaftliche und soziale Transformation Europas.

EU ist dynamischste Wachstumsregion weltweit

Im diesjährigen „World Economic Outlook“, dem alljährlichen Ausblick des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf die Entwicklung der Weltwirtschaft, heißt es: „Nirgendwo sind die Wachstumsraten in Wirtschaft und Beschäftigung dynamischer und beständiger als innerhalb der Europäischen Union.“ Laut IWF sind allein in den 24 Monaten zwischen Anfang 2023 und Ende 2024 europaweit mehr als 25 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden – vor allem in jenen Branchen, die von der Digitalisierung besonders profitieren: kleine und mittelständische Unternehmen in den Automotive-Zuliefererindustrien, in der Energiebranche mit ihren lokalen und regionalen Smart Energy-Konzepten, im FinTech-Sektor sowie im e-Government. Und nicht zuletzt im Bereich e-Learning. Allein im öffentlichen Sektor sind in den vergangenen fünf Jahren 2,2 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa entstanden, davon 346.000 in Deutschland.

Dabei sind die Einstiegsschwellen für den Einzelnen denkbar niedrig: Jene, die nicht qualifiziert sind für den digitalen Arbeitsmarkt, wird bis zu zwei Jahren ein Grundeinkommen gewährt, sofern sie in IT-Trainingsmaßnahmen einsteigen. Anders als in der Vergangenheit, absolvieren die Qualifizierungswilligen nicht einfach Kurse aus einem Standardkatalog. Vielmehr sind sie – wie bei der traditionellen handwerklichen Ausbildung – fest in einen Betrieb oder eine Verwaltung integriert und lernen begleitend zu ihrem Berufsalltag. Maßgefertigt, keine Konfektionsware. Während die Hälfte der

Qualifizierungskosten von den auszubildenden Unternehmen getragen wird, teilen sich die andere Hälfte die Heimatgemeinden, die dafür auf Mittel des EU-Fonds „Innovation und digitale Modernisierung“ zugreifen können, sowie die Auszubildenden selbst. Das mindert zwar zunächst ihr Grundeinkommen, steigert aber die Motivation. Denn alle Unternehmen, die in das Programm einsteigen, verpflichten sich zur Übernahme der Zöglinge nach der Fortbildung. Ein Konzept, das viele Vorteile bringt: Unternehmen können kostengünstig und bedarfsgerecht neues Personal rekrutieren, Auszubildende erhalten Anschluss an den rapiden technologischen Wandel. Wer zudem die Dinge als Unternehmer selbst in die Hand nehmen möchte, bekommt nicht nur Zugang zu Startkapital, sondern auch einen „digitalen Mentor“ zur Seite gestellt – cloud-basiert versteht sich. 24 Stunden täglich verfügbar, sieben Tage die Woche.

„Wohlstand, Selbstbestimmung und eine lebenswerte Zukunft“

Diese für viele überraschende Wendung hat auch zu einem willkommenen Nebeneffekt geführt: „Während die Mehrheit der Menschen – quer durch die Gesellschaften – Anfang der 2000er Jahre noch mit großer Skepsis, ja Ablehnung auf Globalisierung und Digitalisierung blickten, sehen die meisten darin nun die Grundlage für Wohlstand, Selbstbestimmung und eine lebenswerte Zukunft“, heißt es im diesjährigen World Economic Outlook. Nur Russland und der arabische Raum hätten noch Nachholbedarf, was angesichts vieler Jahrzehnte verschlafener Modernisierung nicht überrascht. „Aber auch in diesen Weltregionen ist der Trend eindeutig positiv“, weiß IWF-Präsident Václav Kafka.

Der Erfolg des „Macron-Merkel-Plans“ hat dazu geführt, dass er nun auch in anderen Weltregionen kopiert wird – in der Golfregion durch den Golfkooperationsrat, in Afrika von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Südamerika von Mercosur und in Zentralasien von der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Allmählich zeichnet sich ab, dass der freie Zugang zu Massendaten zum Aufbau einer digitalen Dienstleistungsgesellschaft und Cloud Economy der Schlüssel für breitenwirksames Wachstum und Beschäftigung ist. „Es war diese Trendwende“, erklärt die heutige UN-Generalsekretärin Merkel, „die dazu führte, dass die liberale Welt- und Wirtschaftsordnung wieder ihr ursprüngliches Versprechen einlösen konnte: Die Aussicht auf ein Leben in Wohlstand, Stabilität und Sicherheit für alle, die sich dieser Idee verschrieben haben.“

In Europa gibt es nun nicht nur ein Silicon Valley, sondern Dutzende.

EU-Kommissar Mark McCurios

Tech-Parks, der Aufbau von regionalen Erneuerbaren-Energie-Hubs zur Durchsetzung der Elektro-Mobilität sowie der Ausbau eines europaweiten Breitband-Netzes im Vordergrund. „Überall in Europa schossen die Innovationsparks wie Pilze aus dem Boden“, erinnert sich EU-Innovationskommissar Mark McCurios an den Beginn des Programms. „In Europa gibt es nun nicht nur ein Silicon Valley, sondern Dutzende“, so McCurios stolz. Nirgendwo sonst gebe es ein dichteres Netz aus hervorragenden Universitäten, einer vibrierenden Gründerszene und investitionsfreudigen Finanziers.

Meilensteine auf dem Weg zum Mars

Darmstadt. Nach der Bekanntgabe des Starttermins für die erste Mars-Mission veröffentlichte das internationale Raumfahrtkonsortium Space Quest einen Zeit- und Ablaufplan. Darin werden die Meilensteine bis zum Start am **29. OKTOBER 2029** aufgeführt.

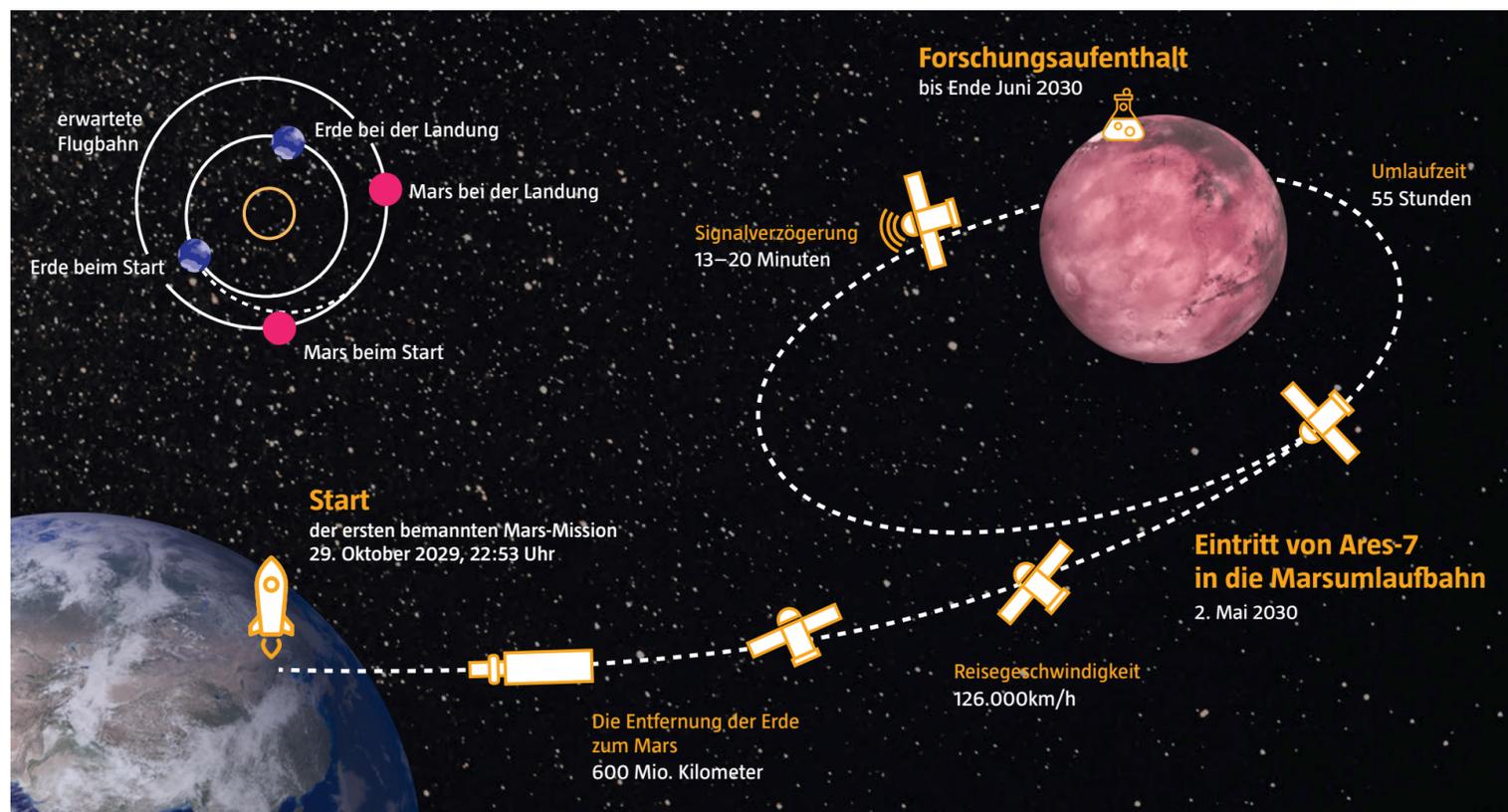
Dreh- und Angelpunkt der Mission ist das Deep Space Gateway (DSG), das seit zwei Jahren in einer luna-stationären Umlaufbahn in 250.000 Kilometer Entfernung zur Erde im All stationiert ist. Im **APRIL 2026** soll das DSG, das mit einem Gewicht von rund 300 Tonnen deutlich kleiner als die ISS-Raumstation ist, um ein Versorgungsmodul erweitert werden. Dieses Modul enthält Sauerstoff, Stickstoff- und Wasserstofftanks zur Frischluft- und Frischwasserversorgung. Zwei Monate später folgt ein weiteres Versorgungsmodul mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Ausrüstungsgegenständen. Im **SPÄTHERBST 2026** wird das DSG schließlich um ein Logistik-Modul ergänzt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die beiden Mars-Rover, Kommunikations-technologie sowie Sonnensegel und Wasserstoffzellen zur Energieversorgung. Zum Schluss folgen dann im **JANUAR 2027** das Wohnmodul sowie eine Luftschleuse. Zusammen bilden diese Module das Deep Space Transport System (DSTS), das vom DSG abgekoppelt als wiederverwendbares Raumschiff die Reise zum Mars antreten soll. Angetrieben wird es durch ein vollkommen neu entwickeltes chemisches Raketentriebwerk und einen Ionenantrieb.

Doch bevor die Mission tatsächlich Richtung Mars starten kann, sind aufwendige Testläufe geplant. Denn schon der Hinflug zu unserem Nachbarplaneten dauert sechs Monate; insgesamt wird die Mission 23 Monate in Anspruch nehmen. Zunächst wird das DSTS in einem sechsmonatigen Testlauf unbemannt auf seine Leistungsfähigkeit überprüft. Dazu wird es vom Deep Space Gateway abgekoppelt und in eine stabile Mondumlaufbahn geschickt. Es existiert also fortan als autonome Raum-basis. Dabei wird auch das Landemanöver des Ares-Landers getestet sowie sein Relaunch zur DSTS.

ENDE 2028 werden die Daten dieser Vor-Mission ausgewertet sein. Erst danach erfolgt ein erster bemannter Testflug, bei dem die Mannschaft um Kommandant Ming ein ganzes Jahr in der Station verbringen wird, um Material und Besatzung unter realistischen Missionsbedingungen auf den eigentlichen Flug vorzubereiten. Verläuft diese Testmission erfolgreich, werden DSG und DSTS mit frischem Treibstoff und Vorräten ausgestattet, um am **29. OKTOBER 2029** zum Roten Planeten aufzubrechen.

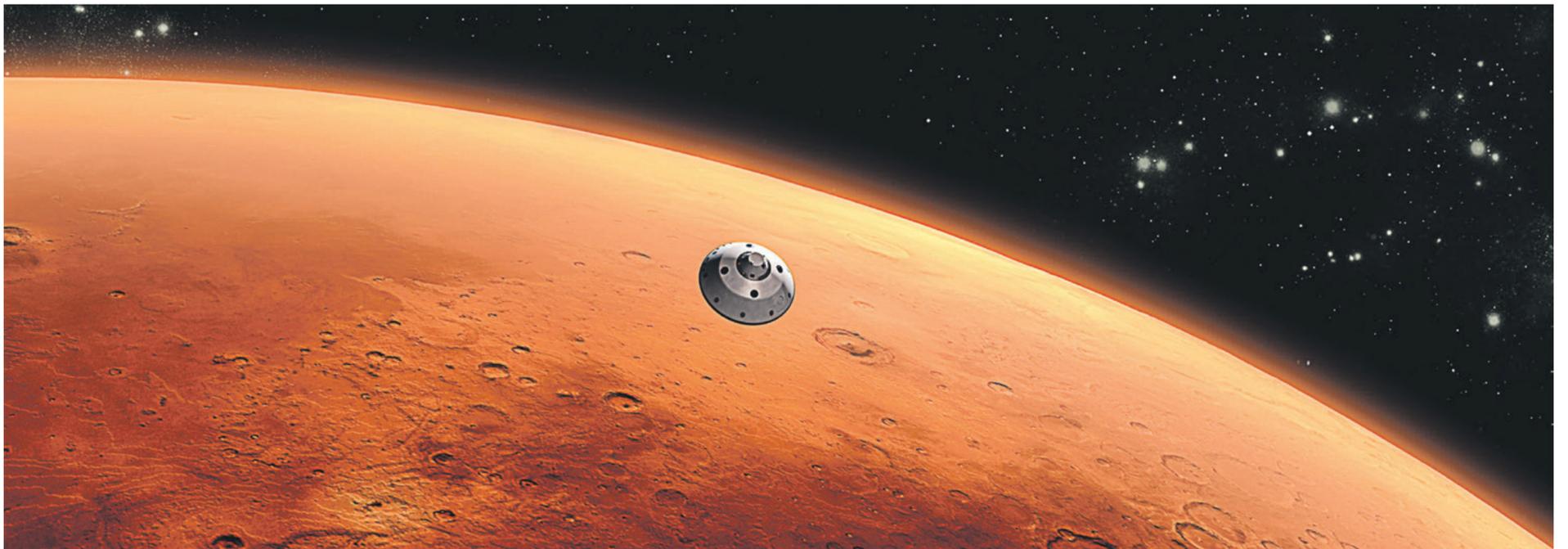
Verläuft alles nach Plan, tritt Ares-7 am **2. MAI 2030** in eine Mars-Umlaufbahn ein. Die Landung erfolgt dann – je nach Wetterbedingungen im Landegebiet – zwei bis drei Tage später. Nach einem knapp zweimonatigen Forschungsaufenthalt wird die Crew **ENDE JUNI 2030** dann die Heimreise antreten. Das Wieder-Andock-Manöver an das Deep Space Gateway ist kurz vor Weihnachten vorgesehen. Dort wird die Crew schließlich von einer Sojus-Kapsel abgeholt und auf die Erde zurückgebracht.

Der Touch-down in der kasachischen Steppe ist unmittelbar vor **WEIHNACHTEN 2030** geplant. Allerdings werden die Astronauten die Feiertage nicht mit ihren Familien verbringen können. Sie müssen mindestens zehn Tage in Quarantäne verbringen um auszuschließen, dass sie vom Mars keine tödlichen Keime mitgebracht haben. Danach beginnt eine mehrjährige Phase zur Auswertung der Missionsdaten. Ziel ist, dauerhafte menschliche Siedlungen auf dem Mars zu ermöglichen.



Die erste bemannte Mars-Mission wird rund 14 Monate dauern

grafik.smr



Das internationale Raumfahrtkonsortium „Space Quest“ will den Mars systematisch kolonialisieren

Cild: NASA/JPL-Caltech; weitere Motive: NASA

Bemannte Mars-Mission 2029

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT Vierköpfige Ares-7-Crew startet am 29. Oktober 2029 zum Roten Planeten

Wir haben den Löwenanteil der technischen Hürden genommen.

James Shikani, Direktor von „Space Quest“

Darmstadt. Das halbstaatliche, internationale Raumfahrtkonsortium „Space Quest“ hat den Termin für die erste bemannte Marsmission bekanntgegeben: Am 29. Oktober 2029 um 22:53 Uhr mitteleuropäischer Sommerzeit startet eine 4-köpfige Crew vom Deep Space Gateway (DSG) in Richtung Mars. Die Raumstation Deep Space Gateway umkreist seit 2023 den Mond und ist nicht dauerhaft bemannt. Sie dient bisher den Kassiopiea-Mond-Missionen als temporäre Start- und Versorgungsplattform. Dieselbe Funktion übernimmt die DSG-Raumstation nun auch für die anstehende Mars-Mission. Dafür wird sie bis 2027 um Versorgungs- und Logistik-Module erweitert (siehe nebenstehenden Bericht).

„Natürlich haben wir bis dahin noch einen langen Weg vor uns“, räumt Space Quest-Direktor James Shikani ein. „Aber nach Abschluss der ersten Kassiopiea-Mond-Missionen haben wir den Löwenanteil der technischen Hürden genommen.“

Die Mars-Mission trägt den Namen „Ares-7“ und steht unter dem Kommando des chinesischen Kosmonauten Shu Ming. Neben Ming gehören dem Ares-Team die Amerikanerin Amanda Sloan (37), der Russe Igor Timofejev (41) sowie der Franzose Louis Barbier (35) an. Der 43-jährige Ming gilt als der derzeit erfahrenste Weltraumfahrer. Seinen ersten Flug zur chinesischen Raumfahrtstation Tiangong-2 trat er im Oktober 2016 an. Seitdem hat er fünf weitere Missionen absolviert, zuletzt eine Mondlandung im Rahmen des Kassiopiea-Programms. Das ebenfalls vom internationalen Raumfahrtkonsortium „Space Quest“ initiierte Mondlande-Programm dient in erster Linie dem Training von Start- und Landemanövern, wie sie auch für die Ares-Mission vorgesehen sind.

Seit dem amerikanischen Apollo-Programm galt eine bemannte Mars-Landung

als technisch machbar. Nun, da ein Starttermin feststeht, rückt dieser Menschheitstraum in greifbare Nähe. Seit den 1960er Jahren wurden knapp ein Dutzend Raumfahrt-Programme aufgelegt, um eine bemannte Mars-Mission zu realisieren – in den USA, Russland, China und der Europäischen Union. Alle scheiterten – entweder an den Kosten oder wechselnden politischen Prioritäten. Als die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA im Sommer 2011 überraschend das Space-Shuttle-Programm einstellte, und die EU aufgrund ihrer inneren Krise weder die nötigen Mittel noch den politischen Willen für ein Mars-Programm aufbringen konnte, schien dieser Traum – zumindest für diese Generation – ausgeträumt.

Ein Menschheitstraum rückt in greifbare Nähe

Doch Space Quest-Direktor Shikani hat einen anderen Blick auf die Dinge: „Die Mars-Programme der Vergangenheit sind nicht an finanziellen Engpässen gescheitert“, beharrt er, „sondern an einem Mangel an visionärer Führung.“ Das sei diesmal anders, denn das Ares-Programm erfreue sich der nötigen politischen Unterstützung.

Das Programm geht auf eine Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und der ehemaligen deutschen Kanzlerin und heutigen UN-Generalsekretärin Angela Merkel zurück. „Technische Innovationen verpuffen, wenn sie nicht durch eine gesellschaftliche Vision getragen werden“, erklärt Shikani ein wenig pathetisch.

Es war der junge und ehrgeizige Macron, der im Frühjahr 2018 auf die ewige Kanzlerin zuging und ihr die Neuverhandlung der Europäischen Verträge samt Gründung einer „Europäischen Agentur für Innovation und Digitalisierung“ (EU-AID) vorschlug. Dass dieser politische Vorstoß in einem internationalen Programm zur interplanetaren Raumfahrt münden würde, war damals noch nicht abzusehen. Vielmehr ging es Macron zunächst um die Modernisierung der industriellen Basis Europas.

Mars-Mission als politischer Marketing-Coup

„Macron wusste genau, was er zu tun hatte, um den Deutschen den Umbau der EU schmackhaft zu machen und sie durch zähe Überzeugungsarbeit zum Zahlen zu bewegen“, erinnert sich der damalige EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker. „Weder die politischen Eliten in Berlin noch die Mächtigen der Industrie im Land konnten sich letztlich der Vision einer dauerhaft wettbewerbsfähigen deutschen Industrie entziehen“, so Juncker.

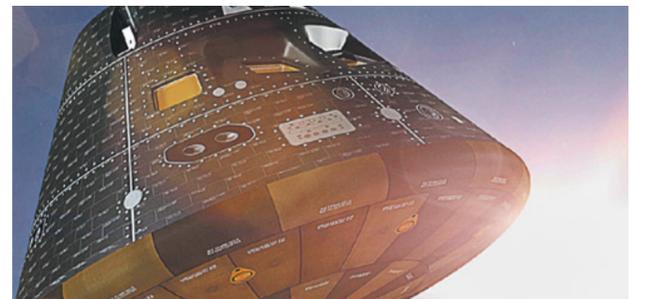
Ursprünglicher Kern des „Macron-Merkel-Plans“ war ein massives Investitions- und Qualifizierungsprogramm zum Umbau der europäischen Volkswirtschaften zu „Cloud Economies“. Erst als der Plan zu versanden

und an den Partikularinteressen alter Eliten sowie Protesten von Modernisierungsverlierern zu scheitern drohte, sei die Idee einer weltweit koordinierten Mars-Mission geboren worden. „Ein Marketing-Coup, der von der IT-Industrie und politischen Spin-Doctors ausgeheckt wurde, um die Zauderer auf Linie zu bringen“, erzählt Juncker. „Es musste schon etwas ganz Großes sein; etwas, was die Menschen über alle Kulturkreise hinweg inspirieren und vom alltäglichen Gezänk ablenken würde“, so der heute 71-jährige Luxemburger. „Was hätte man sich Aufregenderes vorstellen können, als eine internationale Mission zum Mars?“ Die Idee lag auch deshalb nahe, weil auf weitreichende Vorarbeiten in Nord-Amerika, Asien und Europa zurückgegriffen werden konnte.

Der Urheber dieser Idee ist übrigens ein Amerikaner: Alec Ross. Ross war während der ersten Obama-Administration Senior-Berater für Innovation im US-Außenministerium. Er hatte die Kampagne „21st Century Statecraft“ geleitet und so amerikanische Außenpolitik für Soziale Medien und „Digitale Diplomatie“ geöffnet. 2013 verließ er die Regierung, um sein Buch „The Industries of the Future“ (Zukunftsindustrien) zu schreiben – ein New York Times-Bestseller, der in 18 Sprachen übersetzt wurde. Im Herbst 2018 wurde Ross zum Gouverneur seines Heimatstaates Maryland gewählt. Als Emmanuel Macron kurz darauf Washington und Baltimore besuchte, trafen sich die beiden Männer zum ersten Mal. Der Rest ist Geschichte.



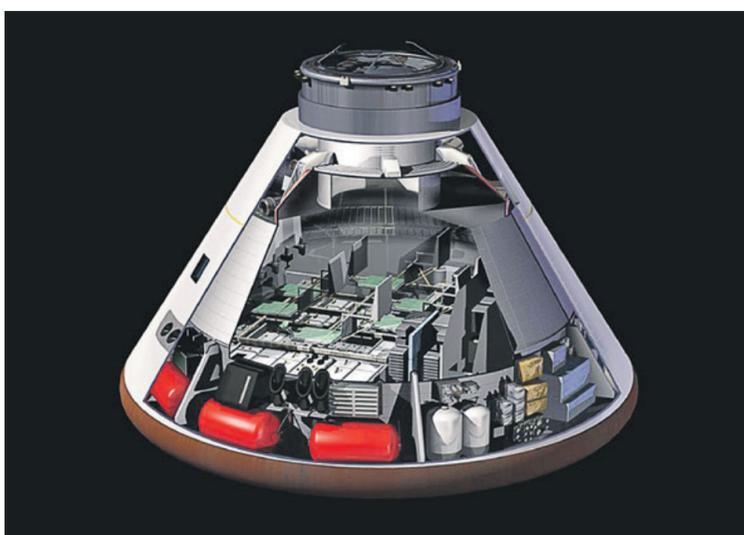
Das Deep Space Gateway – Zwischenhalt auf dem Weg zum Mars



Die Ares-7-Raumkapsel beim Eintritt in die Mars-Atmosphäre (Simulation)



Ares-7 mit Booster auf dem Weg vom Deep Space Gateway zum Mars



Die Ares-7-Raumkapsel bietet Platz für vier Astronauten

„Die Welt ist wieder ein sichererer Ort“

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG Globaler Pakt gegen Terrorismus zieht positive Zwischenbilanz



Illustration: Jennifer Wagner, Cerlin

Genf. Drei Jahre nach seiner Gründung im Oktober 2022 zog der „Globale Pakt gegen Terrorismus“ (Global Compact Against Terrorism, GCAT) diese Woche eine positive Zwischenbilanz. „Erstmals seit den Cyber-Angriffen auf Atommeiler im Dezember 2021 vor fast vier Jahren ist die Welt wieder ein sichererer Ort“, erklärte GCAT-Generalsekretär Kuno Rütli im Genfer Völkerbundpalast gegenüber mehr als 1500 Diplomaten und Medienvertretern aus 203 Staaten. „Niemals zuvor ist die Staatengemeinschaft so entschlossen gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Menschenhandel vorgegangen wie seit Gründung des Globalen Pakts.“ Rütli zeigte sich sichtlich zufrieden.

Dabei hatte nicht der konzertierte Cyber-Angriff auf Atommeiler in fünf Ländern den Ausschlag für die Gründung des GCAT gegeben, sondern das Anthrax-Attentat im Juli 2020 auf die Olympischen Sommerspiele in Tokio. Damals waren 254 Menschen getötet worden; mehrere Hundert trugen bleibende Gesundheitsschäden davon. Die Spiele waren seinerzeit vorzeitig abgebrochen worden. Bis die Täter und ihre Hintermänner identifiziert und festgenommen werden konnten, war der internationale Luftverkehr über Wochen fast zum Erliegen gekommen – mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen.

Seit seiner Gründung sind unter dem Dach des GCAT eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um effektiv gegen Terrorismus und unerlaubten Handel – Sammelbegriff für organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Menschen- und Waffenhandel – vorgehen zu können. Vorausgegangen war jedoch eine mehr als zweijährige Auseinandersetzung um eine länderübergreifende Terrorismus-Definition. Wer gilt als Terrorist, wer als Freiheitskämpfer oder Bürgerrechtler? An einer ähnlichen Debatte waren in den 2000er Jahren schon die UN-Menschenrechtskommission wie auch ihre Nachfolgeorganisation, der UN-Menschenrechtsrat gescheitert.

„Diese politisch und emotional hoch aufgeladene Debatte hätte beinahe auch die

Gründung des GCAT verhindert“, erinnert sich der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan (87). Unter seiner Vermittlung gelang im Sommer 2023 schließlich der Durchbruch. Annans Strategie war so simpel wie genial: Nicht über die Terrorismus-Definition sollten die Gründungsmitglieder Einigkeit erzielen, sondern über ihre langfristigen Ziele. „Man könnte sagen“, rät er metaphorisch ein hochrangiger französischer Diplomat, der damals an den Konsultationen teilnahm: „Annan wechselte einfach die Sportart. Er forderte uns auf, nicht länger Schach zu spielen, sondern auf eine inspirierende Ballonfahrt zu gehen. Das hat den ganzen Unterschied gemacht.“ Seitdem arbeitet der GCAT „im Geiste der UN-Charta sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Er hat rein koordinierende Funktionen; so steht es bis heute in der Präambel seines Gründungstexts.

GCAT: Club der Willigen und Fähigen

Eine bislang einmalige internationale Arbeitsteilung ist die Folge: Während die Durchsetzung polizeilicher und militärischer Maßnahmen den regionalen Sicherheitsorganisationen wie z.B. der Afrikanischen Union, der Shanghaier Sicherheitskooperation, dem Golf-Kooperationsrat oder der NATO obliegt, beschränkt sich der GCAT auf die Koordination der geheimdienstlichen Zusammenarbeit sowie die Entwicklung und Durchführung von Präventions-, Amnestie- und Wiedereingliederungsprogrammen für ehemalige Terroristen.

„Hilfreich war damals auch“, erinnert sich GCAT-Generalsekretär Rütli, „dass der GCAT keine UN-Organisation werden sollte, die Einstimmigkeit bei allen Entscheidungen verlangt, sondern ein Club der Willigen und Fähigen.“ Zwar wandten sich damals zunächst einige Staaten von der Gründungsidee ab, darunter Russland, die USA und China. Als aber klar wurde, dass sowohl die Europäische wie die Afrikanische Union, Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas), die Arabische Liga und auch der Golf-Kooperationsrat hinter dem Vor-

Mehr als 40 Jahre gingen von iranischem Boden Tod und Terror aus. Das wird nun ein Ende haben.

Kian Farhadian, iranischer Staatspräsident

schlag Annans standen, begannen Moskau, Washington und Peking, ihre Positionen zu überdenken. Mit allen drei Regierungen wurden in den vergangenen Jahren erneut Gespräche aufgenommen. Die Aussichten auf eine baldige Erweiterung des GCAT um diese Staaten „sind durchaus gut“, hieß es am Rande der Genfer Feierlichkeiten.

Jüngstes Mitglied des Pakts ist indes die Demokratische Republik Iran. Nach dem friedlichen Umbruch des Landes vor knapp zwei Jahren hatte Irans Präsident Kian Farhadian die Mitgliedschaft seines Landes im GCAT angekündigt. Nun unterzeichnete er in Genf den Aufnahmeantrag. „Mehr als 40 Jahre lang gingen von unserem Boden Tod und Terror aus“, so Farhadian, nachdem er die Beitrittsurkunde paraphiert hatte. „Das wird nun ein Ende haben“, versicherte er mit fester Stimme. Das schulde man auch dem eigenen Volk. Die Zustimmung der GCAT-Generalsversammlung zur Aufnahme Irans gilt ebenso als Formsache wie die Ratifizierung durch das Parlament in Teheran. Damit sind nun bald 173 Staaten und autonome Entitäten Mitglieder des GCAT.

KOMMENTAR

Anti-Terrorkampf beginnt zu Hause

von Seda Tütüncü, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

Dass nun auch der Iran dem Globalen Pakt gegen Terrorismus (GCAT) beigetreten ist, macht die Welt wieder ein Stück sicherer. Nach Jahren der Hilflosigkeit scheint die Staatengemeinschaft ein Rezept gefunden zu haben, um im Kampf gegen den Terrorismus die Oberhand zu gewinnen.

Am Ende waren es die vom Terrorismus besonders gebeutelten Europäer, die den Anstoß zur Gründung des GCAT gegeben hatten. Erinnern wir uns: Das Schengen-Abkommen erlaubte Terroristen, sich frei und unbehindert auf dem europäischen Kontinent zu bewegen. Heute Brüssel, morgen Paris, tags darauf Berlin oder Wien: Während die nationalen Geheimdienste und Polizeibehörden unkoordiniert nebeneinander her ermittelten, tauschten lose miteinander verbundene Terrorzellen munter Waffen, Munition, Ausbilder und Know-how aus. Stets waren die Terroristen den Sicherheitsbehörden mindestens einen Schritt voraus.

Als Ende der 2010er Jahre schwere Anschläge in Nizza, Cannes, Marseille und Paris erschütterten, schleuste der französische Geheimdienst mehrere Maulwürfe in die bei Salafisten und Dschihadisten beliebten Messenger-Dienste Telegram und Signal ein. Durch den Zugriff auf die Kommunikationskanäle und Netzwerkstrukturen von Terrorzellen konnten die europäischen Sicherheitsbehörden fortan Identitäten, Aufenthaltsorte und Anschlagpläne aufdecken. Viel zu lange hatten europäische Sicherheitsbehörden diese Chat-Dienste ignoriert; Hunderte mussten deshalb ihr Leben lassen. Erst die Gründung des „Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr“ im Juni 2023 kehrte dieses endlose „Hase-und-Igel-Rennen“ endgültig um – seitdem befindet sich der Terrorismus auf dem Rückzug.

Doch die Bündelung europäischer Sicherheitsbehörden mit einem robusten Mandat unter europäischem Recht ist nur ein Teil dieser Erfolgsgeschichte. Wesentlicher war vielmehr die Auflage des EU-weiten „Aktionsplans gegen den Terror“. Dieser Aktionsplan, der vom Europäischen Rat unmittelbar nach Gründung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr auf den Weg gebracht worden war, zielt darauf ab, dem Terrorismus in Europa den Nährboden zu entziehen und seine Finanzquellen auszutrocknen. Dabei steht nicht das Phänomen „Terrorismus“ im Vordergrund, sondern die Bekämpfung seiner Ursachen.

Was auf den ersten Blick wie defintitorische Haarspalterei aussieht, macht den ganzen Unterschied: Denn erstmals seit Aufkommen des internationalen Terrorismus in den 1970er Jahren erkennt die Staatengemeinschaft offiziell an, dass Menschen nicht als Terroristen geboren werden. Vielmehr sind sie das Produkt einer Mischung aus wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung,

Perspektivlosigkeit, Diskriminierung und Alltagsrassismus sowie ungelösten Identitätsfragen. Über Jahrzehnte haben wir die Augen vor den strukturellen Problemen von Jugendlichen – meist Kindern aus Migrantenfamilien der zweiten oder dritten Generation – in unseren Vorstädten verschlossen.

Auf die wiederkehrenden, eruptionsartigen Ausbrüche von Gewalt, wie in den Pariser Trabantenstädten, folgten vor allem politische Lippenbekenntnisse. Verschwanden die Ereignisse von den Titelseiten, erschlaffte auch die gesellschaftspolitische Debatte und allgemeine Ratlosigkeit machte sich breit. Doch in dem Maße, in dem Staat und Gesellschaft das Schicksal dieser Menschen ignorierte, wandten sich ihnen die Salafisten zu. Sie predigten die Abkehr von jener Gesellschaft, welche die Jugendlichen allein ließ, heuchelten Gemeinschaft im Namen von Allah – und fanden in ihnen willige Vollstrecker ihrer radikalen Weltanschauung.

Auch wenn es noch Jahre dauern wird, bis wir die Versäumnisse der Vergangenheit wettgemacht haben werden: Es ist Licht am Ende des Tunnels. Im Rahmen des „Aktionsplans gegen den Terror“ sind zum einen strenge Vorgaben für die Entsendung von Imamen und deren Ausbildung sowie für die Offenlegung und Kontrolle von Finanzquellen verabschiedet worden. Zum anderen konzentriert sich ein ganzer Katalog von Maßnahmen auf die EU-weite Bekämpfung der Jugendberufslosigkeit – unter anderem mithilfe einer Ausbildungs-offensive, die neben Fortbildungsprogrammen auch innereuropäische Freizügigkeit während der Ausbildungsphase gewährt.

Mit Mitteln des „Europäischen Fonds für Digitale Entwicklung und Innovation“ wurden in mehr als 540 europäischen Städten Präventions- und De-Radikalisierungsprogramme aufgelegt – auch in Jugendgefängnissen, die bislang als „Keimzelle des Dschihadismus“ galten. Mit Erfolg: Fälle, wie die des Mohammed Merah, der kurz nach Verurteilung seiner Haftstrafe 2012 in Toulouse und Montauban einen Soldaten sowie eine jüdische Familie kaltblütig ermordete, sind seither nicht mehr aufgetreten.

Kurzum: Der Anti-Terror Kampf beginnt zuhause, und das heißt vor allem: weitsichtige Prävention. Zwar greift auch der Globale Pakt gegen den Terrorismus (GCAT) auf solche Ansätze zurück, aber noch immer verlässt er sich vor allem auf traditionelle polizeiliche und militärische Terrorismusbekämpfung. Europas neue Strategie wird zeigen, wie eine effektive Terrorismus-Bekämpfung aussehen kann. Der Erfolg oder Misserfolg dieses Modells wird auch darüber entscheiden, in welche Richtung sich der GCAT entwickelt und ob es gelingt, die Handlungsmuster des 20. Jahrhunderts zu überwinden.

The Aspen Insight

SAMSTAG, 21. OKTOBER 2025 | NR. 1

Heute schon wissen, was morgen bewegt

GRATIS | 0,00 EURO

Es brauchte eine Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes, ehe wir bereit waren, unsere Differenzen im Interesse von Frieden und Sicherheit hinter uns zu lassen.

Emmanuel Macron, französischer Staatspräsident

HEUTE

Interview mit UN-Generalsekretärin Angela Merkel

Ein Gespräch über die zukünftige Rolle der Vereinten Nationen und Moral in der Politik

Weitblick ▶ Seite 8-9

Olympische Spiele 2036 in Israel und Palästina

IOK-Entscheidung trägt zur weiteren Stabilisierung des Nahen Ostens bei

Welt ▶ Seite 7

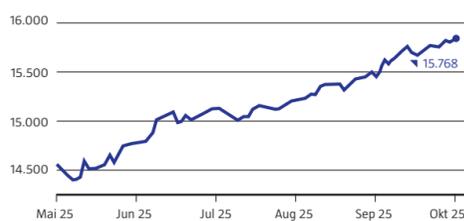
Steigende Migrationsdividende

Migrations- und Integrationspolitik führt zu Gewinnern auf allen Seiten

Politik ▶ Seite 3

BÖRSE INTERNATIONAL

Leitindex DAX Angaben in Punkten

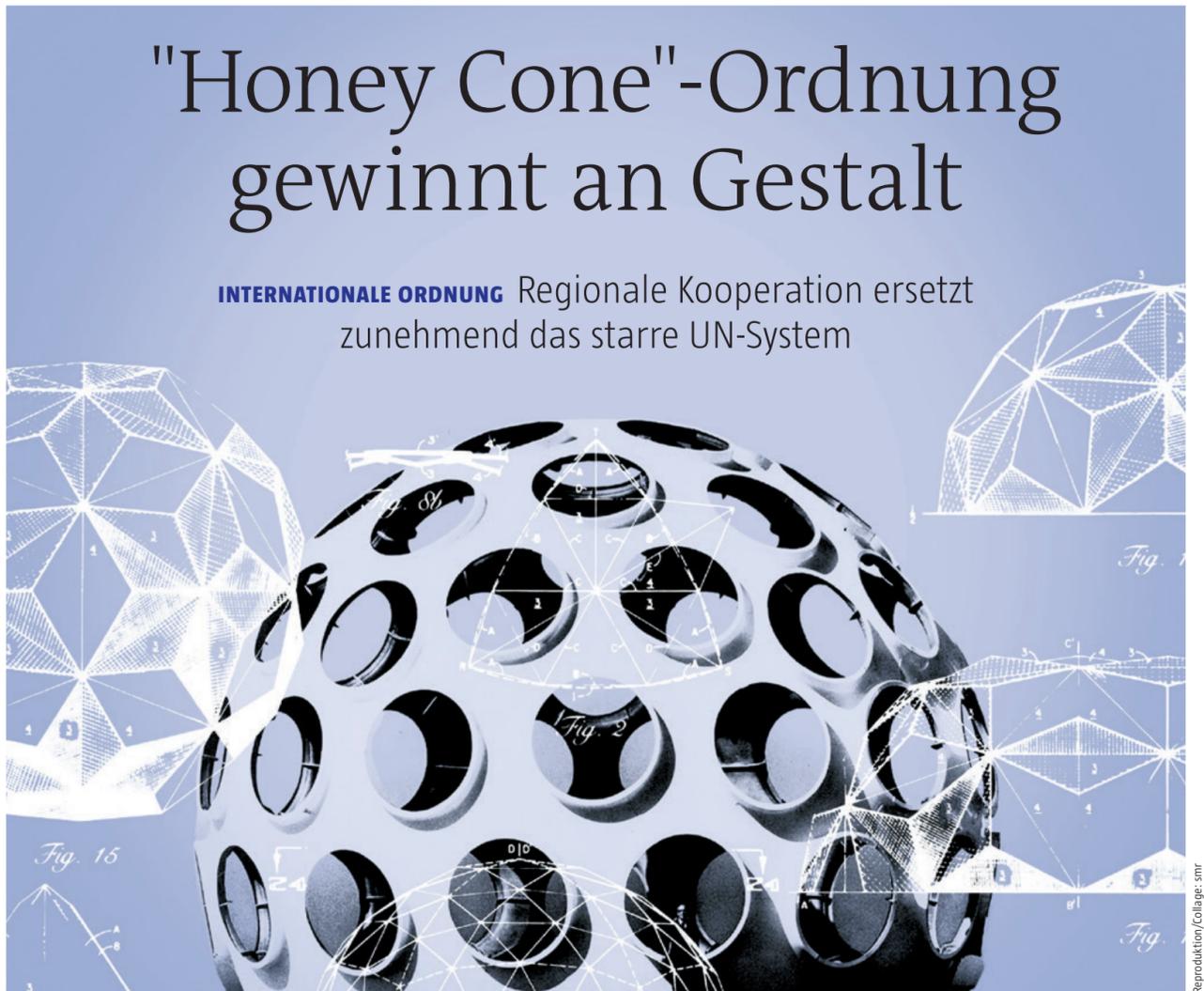


WETTER



The Aspen Insight – eine fiktive Zeitung aus dem Jahr 2025 – ist ein Projekt des Aspen Instituts Deutschland. Sie basiert auf den Ergebnissen eines internationalen Szenario-Workshops zur Zukunft der liberalen Weltordnung.

The Aspen Institute | Deutschland



"Honey Cone"-Ordnung gewinnt an Gestalt

INTERNATIONALE ORDNUNG Regionale Kooperation ersetzt zunehmend das starre UN-System

Nach jahrzehntelangem Reformstau wird das starre UN-System zunehmend durch flexible Strukturen regionaler Kooperation ersetzt

Der GCAT-Beitritt des Iran markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer neuen internationalen Ordnung. Seit der Nuklearkatastrophe von 2021 setzt die Weltgemeinschaft auf eine enge Kooperation auf der Basis gemeinsamer Interessen.

Berlin. Mit dem Beitritt des Iran zum Globalen Anti-Terror-Pakt (GCAT) ist die internationale Allianz zur Bekämpfung des Terrorismus nun weltweit handlungsfähig. Bis zum Sturz des Mullah-Regimes im Jahre 2023 war der Iran der größte staatliche Exporteur von Gewalt – im Mittleren und Nahen Osten, bisweilen weit darüber hinaus.

Damit fügt sich ein weiterer Baustein in eine sich neu herausbildende internationale Ordnung, die Analysten als „Honey Cone Order“ (zu Deutsch: „Honigwaben-Ordnung“) bezeichnen: ein Geflecht aus mehr oder weniger losen Zweckbündnissen, die sich wie Honigwaben zu einer flexiblen, an Sachfragen und gemeinsamen Interessen orientierten Weltordnung fügen.

„Die Vereinten Nationen begrüßen die steten Bemühungen der Staatengemeinschaft, weitere Allianzen zur Verbesserung von Frieden, Stabilität und Wohlstand ins Leben zu rufen“, erklärte UN-Generalsekretärin Angela Merkel am Rande des GCAT-Gipfels diese Woche in Genf.

Dabei hätte Merkel allen Grund zur Sorge. Denn tatsächlich ersetzen diese regional verankerten Ordnungsstrukturen zunehmend das sklerotische System der Vereinten Nationen. Aufgrund geopolitischer Rivalitäten und zunehmender Interessengegensätze hatte sich das UN-System seit den 2010er Jahren in

weiten Teilen als dysfunktional erwiesen – die letzte einvernehmliche Entscheidung im UN-Sicherheitsrat wurde 2019 getroffen. Also vor sechs Jahren; damals ging es um die Entsendung von UN-Friedenstruppen nach Syrien und den Irak.

Reaktor-Havarie als Auslöser

Mit dem Aufstieg zahlreicher Nationen zu Regionalmächten – manche mit geopolitischen Ambitionen – beschleunigte sich Anfang der 2020er Jahre die Konfliktodynamik in einem Maße, dass weithin mit kriegerischen Auseinandersetzungen gerechnet wurde: China, die USA und Japan stritten um die Vorherrschaft im Südchinesischen Meer; Iran, das Reich der Mitte und Russland um wirtschaftliche Dominanz in Zentralasien; die Arktis-Anrainer um die Kontrolle der Transitrouten im Eismeer. Und alle miteinander stritten um privilegierten Zugang zu den Rohstoffmärkten Afrikas, verhängten gegenseitig Strafzölle und führten Handelskriege.

„Machen Sie sich um die Vereinten Nationen mal keine Sorgen“, bügelte Merkel jüngst die Frage eines chinesischen Journalisten ab. „Solange ich denken kann, wird der Niedergang der UNO beschworen. Gerade haben wir ihren 80. Geburtstag gefeiert – Sie sehen mich also gelassen.“ Tatsächlich konnten sich alle UN-Generalsekretäre von Gladwyn Jebb bis Angela Merkel ihres Amtes stets sicher sein. Denn jeder zwischenstaatliche Konflikt, jede humanitäre Katastrophe, jede Bedrohung des Weltfriedens bestätigte aufs Neue die Daseinsberechtigung der Organisation am New Yorker East River.

Doch seit vier Jahren ist alles anders: Die Ereignisse am 23. Dezember 2021 stoppten diese unheilvolle Konfliktodynamik. An diesem Schicksalstag verübten Hacker einen konzentrierten, weltweiten Angriff auf die Kernkraftwerke Indian Point (USA),

„Man ändert die Dinge niemals, indem man gegen die existierende Ordnung ankämpft. Um etwas zu ändern, muss man ein neues Modell entwickeln, dass das alte hinfällig macht.“

Richard Buckminster Fuller (1895-1983), US-amerikanischer Architekt und Visionär

Rostow (Russland), Fessenheim (Frankreich/Deutschland), Fuqing (China) und Buschehr (Iran). Die Täter konnten niemals gefasst werden. Schätzungsweise 530.000 Menschen fanden unmittelbar den Tod; Millionen mehr wurden verstrahlt.

Die Auswirkungen dieser nuklearen Havarien werden noch über Jahrzehnte zu spüren sein. Doch gleichzeitig – wenngleich zu einem sehr hohen Preis – markiert diese weltweite Katastrophe einen entscheidenden Wendepunkt: Nach Jahren der Konfrontation ist sich die Staatengemeinschaft bewusst geworden, dass sie dieser unsichtbaren Bedrohung aus dem Cyber-Raum nur gemeinsam begegnen kann.

Euro-mediterrane Kooperation

„Es ist schon zynisch“, gab sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in einem Interview mit dem „Fi-

garo“ jüngst nachdenklich, „aber es brauchte eine Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes, ehe wir bereit waren, unsere Differenzen im Interesse von Frieden und Sicherheit hinter uns zu lassen.“ Macron hatte sich zur Jahreswende 2021/2022 dafür stark gemacht, dass die Europäische Union den Schulterschluss mit der Türkei, Israel und der Arabischen Liga sucht, um so einen „Cordon Sanitaire“ um den Mittelmeerraum herum zu spannen. Während die arabischen Staaten und Israel große Mengen verflüssigten Erdgases aus ihren Feldern im Mittelmeer nach Europa lieferten, um Energieengpässe zu überbrücken, entsandte die Europäische Verteidigungsunion zwei Cyber-War-Bataillone in die Levante, um Internetknotenpunkte abzusichern und ein provisorisches euro-mediterranes Breitbandnetz einzurichten. ▶ weiter auf Seite 2

Reproduktion/Collage: smr